

M MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 3/09 Jahrgang 58

ver.di



**25 Jahre
Privatfernsehen
Zum Gegenspieler
gemausert**

inhalt

titelthema privatfernsehen

- 8 **Zum Gegenspieler gemauert**
Von Günter Herkel
- 10 **Der Köder hat geschmeckt**
Zahlreiche Fernsehinnovationen fanden ein Publikum
- 11 **Schriill, vulgär, pfiifig**
Bernd Gäbler: Es gibt immer einen Kampf zwischen Geld und Geist
- 12 **„Kommerz TV – nein Danke!“**
Vom Wandel der Beziehung zwischen Privatfunk und Gewerkschaften

kolumne

- 6 **Mangelware**
Ohne mediales Feedback keine gegenseitige Kontrolle der Gewalten

porträt

- 7 **Die VJ-Queen**
Sabine Streich initiierte einen Award für Videojournalisten

 <http://mmm.verdi.de/archiv>

aktuell

- 4 **Kommentiert: Rundfunk im Fadenkreuz der Politik**
- 4 **Vergleich ohne Klärung**
- 4 **Tarifforderung der Drucker**
- 4 **Wieder Krankengeld**

journalismus

- 14 **Faszinierender „Schnacker“**
Über Auswirkungen von Sprache auf das „politische Gehirn“
- 15 **Verfehltes Comeback**
Debatte im Berliner taz-Café: Haben linke Medien in der Krise Konjunktur?
- 16 **Comics vom rechten Rand**
Ein bisher unterschätztes Feld faschistoider Propaganda
- 18 **Lesben kaum in den Medien**
Oft als sexuelle Praxis nicht als Lebensweise gesehen

print

- 19 **Streichkonzert**
WAZ: Noch mehr Stellenabbau – weniger Lokalredaktionen
- 20 **„Wir sind dann mal weg...“**
G+J auf unfairm Kurs im Umgang mit seiner Wirtschaftspresse



Mit hunderten schwarzen Luftballons als Symbol für jeden gestrichenen Arbeitsplatz demonstrierten Beschäftigte von ProSiebenSat.1 in Berlin

- 21 **Sammeln im Netz**
Deutsche Nationalbibliothek auf neuem Archivierungskurs
- 22 **MOZ lagert aus**
Zwei-Klassen-Belegschaft
- 22 **Unlust auf Umzug**
Mitarbeiter bei Suhrkamp fühlen sich außen vor gelassen
- 23 **Passauer Redakteure verzichten auf Gehalt**
- 23 **Aus für 20cent Saar und 20cent Lausitz**
- 23 **Wochenmagazin Vanity Fair eingestellt**
- 24 **dpa trägt sich mit Umzugsplänen**
- 24 **Burda Verlagshaus vor Reformprogramm**
- 24 **Frankfurter Rundschau umgezogen**

- 24 **Schon entdeckt? Literaturnachrichten Asien, Afrika, Lateinamerika**

rundfunk

- 25 **Fair Radio**
- 25 **Mehr Mäuse**
Erste Tarifverhandlungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

film

- 26 **Mit Tabus aufräumen**
Filmfestival „Ausnahmezustand – verrückt nach Leben“
- 26 **Debatte über Arbeitszeiten**
- 27 **Filmrezension: Maria am Wasser**

Ungeklärt

Von Gitta Düperthal | Journalisten aller Couleur haben zu spüren bekommen: Unternehmen können allerlei Repressalien ausüben, um unliebsame Berichterstattung zu unterbinden. Pressevertreter, die über Demonstrationen von Flughafenausbaugegnern und die Räumung des Camps der Umweltaktivisten im Kelsterbacher Wald berichten wollten, erfuhren: Pressefreiheit muss auch hierzulande mitunter hart erkämpft werden. Der Flughafenbetreiber Fraport hatte sich zum Ziel gesetzt, den Bau der Nordwestlandebahn am Airport in Frankfurt am Main temporeich zu realisieren und rodete rigoros den Kelsterbacher Wald. Vom Unternehmen beauftragte Security-Mitarbeiter – mitunter in Zusammenarbeit mit der Polizei – übten Schikanen gegen Journalisten aus, um sie an der Berichterstattung zu hindern. Betroffen waren Tageszeitungen, Presseagenturen, Fernsehsender von RTL bis Arte. Ständig hatte es im Wald Auseinandersetzungen zwischen Journalisten und Polizisten gegeben. Obgleich Polizeipressesprecher Manfred Füllhardt gegenüber der Tageszeitung Junge Welt bestätigt hatte, dass das Waldgebiet im Besitz der Stadt Kelsterbach ist, behaupteten Polizisten vor Ort immer wieder: Sie hätten dort „das Hausrecht der Fraport“ zu schützen. Journalisten wurde der Zutritt zum öffentlichen Gelände verweigert, sie wurden

kommentiert &

aufgefordert, ihre Taschen durchsuchen zu lassen. Höhepunkt aber war: Während der Räumung des Camps filmten Mitarbeiter der Flughafengesellschaft mit versteckter Kamera unter ihren Helmen Pressevertreter bei ihrer Arbeit. Was den RTL-Reporter Mark Kohlbecher veranlasste, zu fragen, ob sich Fraport gegen das Grundgesetz stelle. Weiterhin interessiert die Journalisten, was mit den heimlich gemachten Aufnahmen passiert. Das ruft die Datenschützer auf den Plan. Ungeklärt ist in der Tat, ob es eine Rechtsgrundlage für all diese Aktionen der Fraport gibt – inklusive der Rodung des öffentlichen Waldes. Dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel liegen 260 Klagen von Bürgerinitiativen und umliegenden Kommunen gegen den Ausbau vor, über die im Hauptsacheverfahren erst im Juni entschieden wird. Sollte der VGH die Klagen abwehren, bliebe den Klägern die Revision beim Bundesverwaltungsgericht Leipzig. Fragt sich jedoch, was das Gericht dann klären können soll – da der Flughafenkonzern vor dem Urteil unumkehrbare Fakten geschaffen hat: Der Bannwald, der die Bevölkerung in der Region vor Fluglärm schützen sollte, ist zerstört! Journalisten fordern den Hessischen Landtag auf, jene fragwürdigen Begebenheiten zu thematisieren, die in Behinderung der Pressearbeit gipfeln.

27 Drohende Insolvenz
Berliner Union-Film behält nur wenige Mitarbeiter

recht

- 28 Filmabgaben verfassungsmäßig?**
Deutscher Film im Aufschwung – nationale Förderung am Abgrund
- 28 Dämpfer für Verfassungsschützer**
Politische Vorwürfe unzureichend für G8-Akkreditierungsablehnung

internationales

- 29 „Das Kambodscha Desaster“**
- 29 Noch mehr Zensur**
Kambodscha: Mit verschärftem Mediengesetz Kritik unterbinden
- 30 Iran: Websites gesperrt**
Gefährdung des Islam als Begründung für beschränkte Informationsfreiheit

rubriken

- 5 Briefe an M**
- 32 Service**
- 36 Impressum**
- 37 Leute / Preise**

Dividende springt immer noch raus

Ob in Hamburg, Essen, Passau, Offenbach, Frankfurt / Oder, Berlin – hunderte Arbeitsplätze werden derzeit in der Medienbranche gestrichen. Oder sie verlieren an Wert, weil sie in nicht tarifgebundene Töchter, Auffanggesellschaften und derlei mehr verschoben werden. Begründung in den meisten Fällen: Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ist Schuld. Sicher, sie sind auch nur schwer zu übersehen, die Folgen der weltweiten Geldvernichtermaschinerie. Dennoch: Gleichet dieses Kehren mit dem eisernen Besen nicht einer Flurbereinigung von Unternehmensstrukturen, die eh durch Missmanagement schon beschädigt waren? Gefehlt haben doch offensichtlich in den letzten Jahren langfristige Konzepte für moderne und effiziente Medien im Internetzeitalter. Vielleicht hätten sie nicht die schnelle hohe Rendite gebracht, aber dafür höhere Inhaltequalität? Und wenn wir unterstellen, dass der Bürger umfassende Information bevorzugt, hätte das womöglich auf lange Sicht den Bestand einer vielfältigen Presse gesichert? Fragen, die sowohl in der Politik als auch in den

Medien selbst zu selten gestellt werden. Warum auch tiefer bohren, wenn man ja mit der anonymen Finanzkrise einen Schuldigen längst gefunden hat. „Die Verleger sind gegangen, die Kaufleute gekommen“, brachten es Betriebsräte bei der WAZ auf den Punkt, nachdem die Unternehmensberatung Schickler noch mehr „überflüssige“ Lokalredaktionen ausgemacht hatte, als zuvor angekündigt. (S. 19) Auch bei Gruner + Jahr (S. 20) wird künftig auf journalistischer Sparflamme gekocht, auf wirtschaftsjournalistischer wohl gemerkt. Wie sinnvoll: In einer Zeit, in der Fachkompetenz, gründliche und investigative Recherche vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik dringend geboten wären! Gerade im Zuge des Bankendebakels gerieten die Medien in die Kritik, dass sie den Einflüsterungen des Kreditgewerbes zu leicht erlagen, weit entfernt von einem unabhängigen Journalismus. Einmal mehr tut sich die Frage auf, ob der Journalismus aufgrund zu vieler vernachlässigter Themen seiner öffentlichen Berichterstattung- und Kontrollaufgabe noch gerecht wird (S. 6).

Das Privatfernsehen schaut derweil auf 25 Lebensjahre zurück. (Titel S. 8 – 13) Gemischte Gefühle kommen auf. Viel Schrott wurde produziert, aber auch Grimme-Preisträger und niveauevolle Quotenknüller waren dabei. Feierlaune will jedoch nicht bei allen aufkommen. Auch hier geht der Umzug von ProSiebenSat.1 von Berlin nach München mit dem Verlust von Arbeitsplätzen einher. Die Streiks der Beschäftigten konnten das Vorhaben nicht stoppen. Nur 32 von 222 der betroffenen Mitarbeiter folgten dem Sender an den neuen Standort, so Vorstand Andreas Bartl im Focus. Nach wie vor werden Verhandlungen zu einem Sozialtarifvertrag verweigert. Im krassen Widerspruch zum dramatischen Personalabbau steht die neuerliche Ausschüttung einer Dividende für die Aktionäre der ProSiebenSat.1 Media AG, konstatiert ver.di. Nutznießer ist die umstrittene Investmentfirma KKR Permira. So wie die Banken, so die Medien, scheint die Devise!

*Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin*

aufgespießt

Von Harald Gesterkamp | Dieser Prozess war von Anfang an eine Farce. Die Ermittler, die den Auftrag hatten, den Mord an der russischen Journalistin Anna Politkowskaja aufzuklären, haben erbärmlich gearbeitet und mehr verschleiert als Licht in die Sache gebracht. Beweismittel gingen verloren, nach anderen wurde gar nicht erst gesucht. Schließlich wurden Menschen angeklagt, die bestenfalls Randfiguren bei dem Auftragsmord vom Oktober 2006 waren. Keiner von ihnen hat geschossen oder den Mord an der Kreml-kritischen Journalistin in Auftrag gegeben. Nun sind die vier Männer freigesprochen worden – aus Mangel an Beweisen. Ein Sieg des Rechtsstaats? Davon kann man nach diesem Prozess nun wirklich nicht sprechen, auch wenn die Geschworenen Respekt verdienen. Erst haben sie dafür gesorgt, dass die Öffentlichkeit – anders als vom Militärgericht gewünscht – nicht ausgeschlossen wurde. Dann haben sie verhindert, dass Sündenböcke verurteilt wurden und damit den Alibi-Charakter des Prozesses entlarvt. Denn der mutmaßliche Schütze konnte nach einer Indiskretion des Geheimdienstes vor seiner Ergreifung aus Russland fliehen. Der Auftraggeber des politischen Mordes konnte oder sollte erst gar nicht gefunden werden. Einigen Spuren, die in Richtung Kreml wiesen, ging die Staatsanwaltschaft jedenfalls nicht entgegen nach.

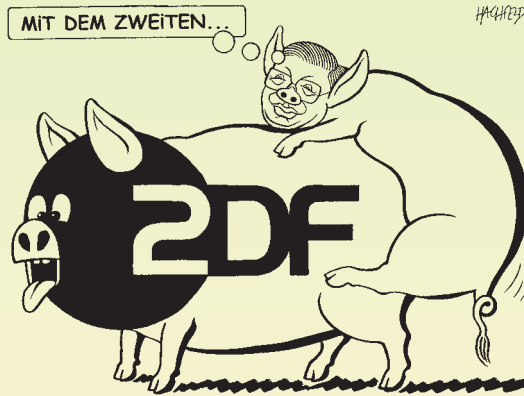
Ungesüht

Von daher kann der Prozess wahrlich kein Sieg des Rechtsstaats sein. Zudem können in zweiter Instanz die gleichen Verdächtigen – zwei Tschetschenen, ein Polizist und ein früherer Geheimdienstmitarbeiter – doch noch verurteilt werden. Das Ziel der russischen Behörden, endlich Ruhe vor den internationalen Nachfragen zu bekommen, könnte so noch erfüllt werden. Journalistenorganisationen sind deshalb zu Recht hellhörig. Sie verlangen nach dem Freispruch von Moskau eine vollständige Aufklärung des Mordes. Die Politik hingegen hat beim Pochen auf Menschenrechte durchaus Nachholbedarf: Man denke nur an den früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder, der in Wladimir Putin einen „lupenreinen Demokraten“ sah. Diese lupenreine Demokratie und ihre Justiz wollen allerdings den Fall Anna Politkowskaja offensichtlich nicht aufklären. Jetzt noch die Hintermänner zu ermitteln oder gar vor Gericht zu stellen, wird unendlich schwierig. Wie sicher sich Mörder in Russland vor Strafverfolgung fühlen, wenn ihre Opfer Kreml-Kritiker sind, zeigte kürzlich eine weitere Bluttat: Der Rechtsanwalt Stanislaw Markelow und die Journalistin Anastasija Baburowa wurden am 19. Januar erschossen – am helllichten Tag und mitten auf einer belebten Straße im Zentrum Moskaus.

Kommentiert

Rundfunk im Fadenkreuz der Politik

Von Günter Herkel | Soll ZDF-Chefredakteur Nikolaus Breder auch nach Ablauf seines bisherigen Vertrags 2010 im Amt bleiben? Bis vor kurzem hätte man dies eher als eine rhetorische Frage angesehen. Gilt Breder doch als brillanter und unabhängiger Journalist, der vor allem das informationspolitische Profil des Zweiten mit „Frontal 21“, aufwändigen Dokumentationen und erfolgreicher Personalpolitik (er holte Claus Kleber als Anchorman zum „Heute-Journal“ und verhinderte Anfang dieses Jahres seinen Abgang zum „Spiegel“) maßgeblich geschärft hat. Genau diese Unabhängigkeit Breders scheint einigen seiner Gegner nicht zu schmecken, wie die Attacke des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und seines bayerischen Hilfssheriffs Edmund Stoiber belegt. Es dürfte kein Zufall sein, dass sie gerade zu Beginn des wichtigen „Superwahljahrs“ 2009 erfolgt. Schließlich geht es wohl



auch darum, zu demonstrieren, wer bei der Besetzung von Spitzenpositionen bei ARD und ZDF letztendlich das Sagen hat.

Begehrlichkeiten hatte es oft gegeben. Erinnert sei an Niedersachsens Ex-Landesvater Ernst Albrecht, der immer wieder mal den NDR-Staatsvertrag attackierte. Oder an die NRW-CDU mit ihren langjährigen Attacken auf den „Rotfunk“ WDR. Stoibers Vorgänger Franz-Josef Strauß versuchte 1972, sich durch eine Aufblä-

hung des BR-Rundfunkrats bequeme politische Mehrheiten im Sender zu schaffen. Das Ansinnen scheiterte seinerzeit am „Volksbegehren Rundfunkfreiheit“. In diese Tradition reaktionärer Angriffe auf die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reiht sich der aktuelle Vorstoß ein. Entsprechend über-

wältigend fiel die öffentliche Ablehnung des Manövers aus. „Ein Ende der herabwürdigenden Diskussion“ forderte ver.di-Vize-Chef Frank Werneke, Mitglied im ZDF Fernsehrat. Die Kochsche Einflussnahme wertet er als „schwerwiegenden Eingriff in die Rundfunkfreiheit“. Eine ABERUFUNG von Breder, so „Heute-Journal“-Chef Claus Kleber im Spiegel, wäre „ein verheerendes Signal nach innen und nach außen“. Dass weitere 14 prominente ZDF-Journalisten in einem

Offenen Brief vor einer „gefährlichen Einmischung der politischen Parteien in die Souveränität unseres Hauses“ warnten, spricht für die politische Kultur im Sender. Die demokratische Öffentlichkeit dieses Landes sollte das Ränke-spiel des Tandems Koch-Stoiber entschieden zurückweisen und als das entlarven, was es ist: als Angriff auf die verfassungsrechtlich gebotene Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. ■

Karikatur: Rainer Hachfeld

Tarifforderung der Drucker

Die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen der bundesweit 170.000 Beschäftigten der Druckindustrie und der Zeitungsbetriebe sollen zum 1. April 2009 um 5 Prozent steigen. Diese Forderung erhob die Tariff Kommission der ver.di am 18. Februar in Frankfurt/Main. „Damit setzen wir ein klares Zeichen: Die Löhne und Gehälter müssen spürbar steigen“, unterstrich der gewerkschaftliche Verhandlungsführer und stellv. ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

Wieder Krankengeld

Zwei Monate nach dem Start des Gesundheitsfonds ändert die Bundesregierung Regelungen zum Krankengeld für gesetzlich versicherte Selbstständige wieder. Sie haben wie normale Arbeitnehmer künftig einen Krankengeldanspruch von der siebenten Woche an. Sie können sich aber auch weiter mit einem Wahltarif bei ihrer Krankenkasse absichern (www.mediafon.net).

Ein Vergleich ohne Klärung

Maulkorb bei Berichten über „Punktzielmunition“

Stefan Aigner (35), Herausgeber des Online-Magazins „regensburg-digital.de“, wird künftig nicht mehr schreiben dürfen, dass der Nürnberger Rüstungskonzern Diehl Streumunition produziert. Gleichwohl wird er bei seiner Feststellung bleiben, „dass Smart 155 gleich nach Landminen so ziemlich das Mieseste ist.“ (M 1–2/2009)

Ob die neue intelligente Kriegsmunition aus dem Hause Diehl mit dem technischen Namen „Smart 155“ zur Kategorie der international geächteten Streubomben zählt und als Streubombe bezeichnet werden kann, blieb in der mündlichen Verhandlung zur einstweiligen Verfügung vor der Pressekammer des Landgerichts München 1 außen vor.

Nach Ansicht der Diehl-Anwälte ist „Smart 155“ eine Punktzielmunition, die nicht die Kriterien der Streumunition erfüllt. Ganz anders sehen das Nichtregierungsorganisationen wie Handicap Inter-

national oder das Bündnis Landmine.de, die sich seit Jahren für die Opfer dieser Mordmunition engagieren. Doch deren Meinung zu „Smart 155“ war von den Richtern der 9. Zivilkammer nicht gefragt.

Mit einem Vergleichsvorschlag durch Richter Steiner endete nach einer guten Stunde das Verfahren „Rüstungskonzern Diehl contra Online-Journalist Aigner“. Danach akzeptiert das Ein-Mann-Unternehmen Aigner die einstweilige Verfügung und nimmt den Maulkorb hin, „um die wirtschaftliche Existenz von regensburg-digital nicht zu gefährden“. Im Gegenzug übernimmt der milliardenschwere Rüstungskonzern die Kosten des Verfahrens, einschließlich der Gerichtskosten. Für Stefan Aigner bleiben die Kosten für seine Anwältin. Ob Diehl mit diesem Vergleich eine Sprachregelung für Journalisten durchgesetzt hat, wird die künftige Berichterstattung in den Medien zeigen. **Waltraud Bierwirth** ■

Briefe sind willkommen! Die Redaktion behält sich jedoch Kürzungen vor.

ver.di Bundesverwaltung
Karin Wenk, «M»-Redaktion, 10112 Berlin
E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Ohne zu zuschauen

„Ohne Zuschauer“ in M 1 – 2.2009

Der Kolumnist weiß alles besser: Das hauptsächliche Problem mit dem Gaza Krieg war, dass Al Dschesira immer wieder ein Baby mit schweren Verbrennungen im Gesicht zeigte, und der amerikanische Facharzt nicht „live“ dabei erklären durfte, dass vielleicht die Verbrennungen nicht durch israelisches Phosphor verursacht wurden. Was sonst will der Autor uns mit seinem Bericht „Ohne Zuschauer“ mitteilen? ... Und wenn er dann verurteilt war, mit anderen „Zuschauern“ auf Hügeln in Israel die Explosionen der 500 kg Präzisions-Bomben aus sicherer Entfernung zu beobachten, warum berichtet er nicht über den Jubel der Israelis bei jedem Einschlag? Die Israelis wollten diesen Krieg, er gefiel diesen Zuschauern.

Dass er dann aber Hamas auch die Mit-

schuld dafür gibt, dass sich keine ausländischen Journalisten im GAZA aufhielten, ist schlichtweg verlogen. Hat er vielleicht vergessen, dass es die Israelis waren, die seit 2002 über 24 Journalisten in Gaza / West Bank getötet haben? Die westlichen Medien wollen einfach nichts wissen von Hamas und dem Leiden der Palästinenser. ... Nein das Problem mit der Berichterstattung über den Gaza-Krieg war nicht, dass er „ohne Zuschauer“ stattfand, sondern manche fühlten sich nicht in der Lage, hin zu schauen. *Jan Ralske, per E-Mail* ■

Falsche Terminologie

„Fotos entlang der Sperranlagen“ in M 1 – 2.2009

Interessant der Bericht über die israelischen Fotografen von „Activestill“. Doch dann am Ende der Hammer, wenn von „faschistischen Siedlern“ gesprochen wird. Und dies nicht als ein Zitat von irgendjemandem, sondern als Aussage und Einschätzung der M-Autorin. Ich bin empört! Zwar findet man diese Wortwahl u.a. auch bei dem Israeli und ehemaligen Knesset-Abgeordnetem Uri Avnery, jedoch berech-

tigt das keine deutsche Journalistin und keinen deutschen Journalisten in diese Terminologie zu verfallen.

*Wulf Beleites, Hamburg,
Mitglied des dju-Bundesvorstandes* ■

Fragliche Schubladen

„Ende von Ost-West“ in M 1 – 2.2009

Schade, dass auch meine Gewerkschaftszeitung – wie die Konkurrenz vom „Journalist“ – so oberflächlich auf die PR-Strategie des neuen Freitag-Eigentümers Jakob Augstein reinfällt. Man muss als Journalist zwar nicht von jeder Sache Bescheid wissen, über die man schreibt, aber schon der „alte“ Freitag kam, wenn die Post wollte, bereits am Donnerstag beim Abonnenten an. Manchmal allerdings auch erst am Samstag. Und was die Schubladen sollen, in die der Autor die *tageszeitung* als „Grünen-nah“ und die ehemalige (Deutsche) *Volkszeitung* als „kommunistisch“ packt, weiß er wohl allein. Das klingt verdammt danach, als kennt er diese beiden Zeitungen auch nicht. *Michael Knoche-Gattringer,*

*IG Bauen-Agrar-Umwelt, Redaktion
„Der Grundstein / Der Säemann“* ■

Mangelware

Ohne mediales Feedback keine gegenseitige Kontrolle der Gewalten

Von **Christiane Schulzki-Haddouti** | „Hauptaufgabe von Journalisten ist es, Öffentlichkeit herzustellen“, sagt Horst Pöttker, Professor am Institut für Journalistik an der TU Dortmund. Genau dies macht sie zur vierten Gewalt im Staate. Können oder wollen Journalisten ihrer Aufgabe nicht oder nur teilweise nachkommen, werden sie ihrer Kernfunktion nicht gerecht. Genau dies scheint die gegenwärtige Medienkrise so prekär zu machen: Berichten Medien über wichtige Themen nicht, kann ein gesellschaftlicher Diskurs nicht zustande kommen. Und ohne ein mediales Feedback kann in einer Demokratie die gegenseitige Kontrolle der Gewalten nur schwer funktionieren.

Dass Medien wichtige Themen vernachlässigen, ist jedoch nichts Neues. Horst Pöttker beobachtet das als Geschäftsführer der Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) seit Jahren. Die INA nominiert seit 1997 jedes Jahr bis zu zehn vernachlässigte Nachrichten und Themen. Dabei greift sie auf Themenvorschläge von Bürgern, Experten und zivilgesellschaftlichen Organisationen zurück, die von studentischen Rechercheseminaren an der TU Dortmund und der Universität Bonn mitunter monatelang überprüft werden. Jedes Jahr sind es neue Nachrichten, doch das Themenspektrum gleicht sich: Komplexe und daher aufwändig zu recherchierende Themen greifen Journalisten nicht gerne auf. Meist stammen sie aus den Bereichen Soziales, Umwelt, Europa, Finanzen, Militär und Entwicklungsländer.

Bereits vor dem Ausbruch der aktuellen Medienkrise bemängelte die INA im vergangenen Jahr, dass „Journalisten weniger recherchieren und sich zunehmend auf PR-Material verlassen“. Unabhängige Information werde so immer seltener. Oftmals sind es allerdings die klassischen Nachrichtenfaktoren, die dafür sorgen, dass Nachrichten die Öffentlichkeit nicht finden - etwa weil ein aktueller Aufhänger fehlt. Ein Beispiel hierfür liefert die aktuelle Top-10-Liste der vernachlässigten Themen: Bis heute ist nicht bekannt, was aus den 255 Millionen Euro aus dem Vermögen der früheren DDR-Außenhandelsfirma „Novum“ wurde, die 2003 der Bundesrepublik zugesprochen wurden. Noch immer werden hohe Teilschulden auf ausländischen Konten vermutet. Die Medien berichteten nur über das Urteil, nicht jedoch „über Mängel und Probleme

beim Vollzug der richterlichen Entscheidung nach der Urteilsverkündung“, so die INA. Verschleiernsbemühungen blieben so bis heute erfolgreich.

Themen werden aber auch vernachlässigt, weil in der Berichterstattung ein bestimmter Spin vorherrscht. Ein Beispiel hierfür aus der aktuellen INA-Liste: Noch 2001 diskutierten die Medien intensiv über die Langzeitfolgen von Uran-Munition. Als Reaktion darauf berief das Bundesverteidigungsministerium einen Arbeitstab, merkwürdigerweise unter der Leitung des damaligen Zeit-Chefredakteurs Theo Sommer. Neben Militärs und einem einzigen Wissenschaftler der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik saß mit Nikolas Busse von der FAZ noch ein weiterer Journalist in der Kommission. Der denkwürdig besetzte Ausschuss gab bald Entwarnung – und die Zeit verurteilte sukzessive die angebliche Panikmache der Journalisten. Obwohl die Gefährlichkeit der Uran-Munition bis heute ein völkerrechtlich ungeklärtes Problem ist und die UNO sich erst im Herbst 2008 erneut mit der Frage beschäftigte, gab es seit der Zeit-Schelte zum Thema in den deutschen Medien nur wenige Randberichte.

■ Über Stereotype zu Feindbildern

Auch die kulturelle Prägung bestimmt darüber, wie Journalisten Themen umsetzen. So sind Migranten beispielsweise in der deutschen Berichterstattung nicht unterrepräsentiert, doch sie werden häufig noch in stereotyper und zumeist negativer Weise dargestellt. Obgleich immerhin jeder fünfte Bundesbürger einen Migrationshintergrund aufweist, ziehen Journalisten für Recherchen weder ausreichend Migranten als repräsentative, „normale“ Bürger heran, noch berichten sie differenziert. Einen Grund hierfür sieht der Soziologe Rainer Geißler von der Universität Siegen darin, dass in den Medien zu wenige Journalisten mit Migrationshintergrund arbeiten. Insbesondere Menschen mit islamischem Hintergrund werden in negativen Stereotypen dargestellt. So titelten *Stern* und *Spiegel* mit „Der religiöse Wahn. Die Rückkehr des Mittelalters“, „Neue Serie: Die Wurzeln des Hasses. Mohammeds zornige Erben. 1400 Jahre zwischen Stolz und Demütigung“ oder „Weltmacht Islam“. Politikwissenschaftler Jörg Becker von der Universität Marburg kritisiert die hier

üblicherweise verwendete Mischung aus Bildsprache und Symbolen wie Menschenmassen, zornigen Männern und verschleierte Frauen. Die INA kritisiert, dass die Berichterstattung damit Feindbilder aufbaue und Vorurteile, ja sogar Fremdenhass schüre. Ein kulturelles Tabu vermutet die INA dahinter, dass deutsche Medien meist ein idealisiertes Mutterbild vermitteln. So verschwiegen sie in den letzten zwei Jahren, dass immerhin 15 Prozent aller Mütter an postnataler Depression leiden. Weil über die weite Verbreitung dieser gesundheitlichen Folgen nach der Entbindung wenig diskutiert werde, so die INA, blieben zwei Drittel aller Fälle unerkannt und ohne Therapie.

In diesem Jahr wird in der Printpresse der offensichtlichste Grund für die Nicht-Veröffentlichung lapidar „mangelnder Platz“ lauten. Das Anzeigenvolumen ist in den letzten Monaten dramatisch eingebrochen – und damit auch der für die Geschichten zur Verfügung stehende Platz. Geschrieben wird nur noch über das, was der Leser offensichtlich erwartet. Als randständig empfundene Themen haben es schwer. Hinzu kommt, dass Verlage massiv Stellen abbauen und Honorartöpfe für freie Journalisten deckeln oder ganz schließen. Damit beschäftigen sich weniger Köpfe mit eingeschränktem Themenspektrum.

Die jährliche Top-10-Liste INA wird von den deutschen Medien übrigens auch verschwiegen, obgleich die großen Nachrichtenagenturen sie immer aufgreifen. Damit befindet sich die INA in guter Gesellschaft: Auch Peter Philipps, der das amerikanische Schwesterprojekt „project censored“ vor über 30 Jahren gegründet hat, beklagt sich darüber, dass die großen Zeitungen das Projekt totschwiegen. Medienexperte Stephan Russ-Mohl sieht gleichwohl das Projekt im Schatten der Pulitzer-Preise, aber medienpolitisch hält er es für „womöglich die wichtigere Initiative“. Den Grund dafür nennt der amerikanische Medienjournalist Peter Laufer: „Es trägt zur Qualitätssicherung im Journalismus bei, und es macht die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, wie leicht sich Journalismus gezielt beeinflussen lässt.“ ■

▶ **C. Schulzki-Haddouti**



Christiane Schulzki-Haddouti ist seit 2000 in der Jury der INA und leitete zahlreiche Recherche-Seminare an der TU Dortmund und der Universität Bonn.

Foto: Hartwig Lohmeyer / JOKER

Die VJ-Queen

Sabine Streich initiierte einen Award für Videojournalisten

Von Irene Hell | „Videojournalisten sind die Egon Erwin Kischs des digitalen Zeitalters“, sagt die 38jährige Filmemacherin, Kamerafrau und Videojournalistin Sabine Streich. Seit zehn Jahren trainiert sie Redakteure bei der ARD, dem ZDF und der BBC zu Allroundtalenten. Aufgrund ihres außergewöhnlichen Könnens, ihrer Leidenschaft für den Film und ihres enormen Engagements, kürten sie Kollegen zur „VJ-Queen“. Am 11. Februar initiierte Streich gemeinsam mit dem ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brenner in Mainz ihren 4. International VJ Award. Ein Meilenstein.

„Sabine ist der Inbegriff der internationalen VJ-Szene“, sagt David Dunkley Gyimah, der eigens für den VJ Award aus London einflog, um in der Jury mitzuwirken. Gyimah stellt mit seinem „viewmagazin.com“ unter Beweis, dass es Videojournalisten möglich ist, selbst zu drehen, zu schneiden und ihre Filme gleich im Internet zu veröffentlichen.

► Buchtipp

„Videojournalismus, Ein Trainingshandbuch“, Sabine Streich, UVK, 1. Auflage 2008, 276 Seiten, br., Abb.: 50 fb. ISBN 978-3-89669-590-1, EUR 24,90 / CHF 44,00

„Preisgünstige Konsumkameras, die in der Lage sind, sendefähige Bilder zu liefern, haben weltweit das Fernsehgeschäft revolutioniert“, sagt Streich. Der neue frische Wind, der von den VJ ausgeht, erfasste zur Jahrtausendwende auch Deutschland. Etablierte Kameraleute, Tonleute und Cutter fürchteten, von den „jungen Wilden“ verdrängt zu werden. In den Anstalten des Öffentlichen Rechts tobte zunächst ein erbitterter Kampf. „Anfangs wurden wir öffentlich ausgepeitscht“, erinnert sich VJ-Pionier Bernd Kliebhan, der beim Hessischen Rundfunk (HR) die erste VJ-Abteilung der ARD aufgebaut hat. Als eine Märtyrerin der VJ-Bewegung fühlt sich Streich zwar nicht, aber sie spürte die Feindseligkeiten. „Ein VJ kann nie einen guten Kameramann oder Cutter ersetzen, weil er nur einen Ausschnitt des Handwerks beherrscht“, rechtfertigt Streich. „Ein VJ ist vielmehr eine Ergänzung zur klassischen Teamarbeit und eine Bereicherung für den Sender.“

Zusammen mit dem New Yorker VJ-Papst Michael Rosenblum gab Streich die ersten VJ-Bootcamps in Deutschland. Ihr Führungsstil basiert auf Kollegialität und Kooperation. In den vier bis fünfwöchigen Trainingskursen will sie das Beste herausholen aus ihren Schützlingen, einen „guten Journalismus“ lehren: „Einen Journalismus, der eine innere Motivation hat.“ Das sei notwendig, denn die Arbeit des VJ ist „brutal anstrengend.“ „VJ sein ist nix für Waschlappen“, sagt Streich. „Ein VJ muss in den einzelnen Disziplinen viel geben, sich mit Kamera, Schnitt, Dramaturgie und journalistischen Formen auskennen.“

Die Sender, die Streich regelmäßig buchen, erkennen die Qualität der „Einmannkapellen“.

„Nachdem Frau Streich bei uns einen Vortrag gehalten hat, haben auch wir uns entschieden, VJ auszubilden“, erinnert Benedikt Otto, Produktmanager aktuelles Fernsehen des MDR in Erfurt. Mittlerweile verfügen alle öffentlich-rechtlichen Sender über eine schnelle „VJ Eingreiftruppe“.

Mit ihrem in über 20 Jahren erarbeiteten Know How, Tipps und Technik-Tricks, z.B. wie man aus billigen Baumarkt Taschenlampen eine Kamerabeleuchtung bastelt, will Streich ihren Schützlingen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. „Videojournalisten sind frei und unabhängig. Sie brauchen keinen Kameramann und keine Verwaltung“, sagt Helmut Altenpohl, der, wie Streich auch, in der renommierten ARD-ZDF-Medienakademie in Nürnberg Kurse gibt für VJ.

■ „Geht gleich rein in die Story“

„Sabine kann Leute begeistern, ihren Ehrgeiz wecken“, beobachtet Altenpohl. „Aber auch quälen“, fügt Streich lachend hinzu. Zu einer ihrer Kursteilnehmerinnen sagt sie: „Ich bin bei dir ein bisschen strenger, weil ich weiß, dass Du es besser kannst.“ Ihr Credo: „Macht immer nur solche Filme, die ihr auch selber anschauen würdet!“ Dabei sehen sich Videojournalisten oft „Auge in Auge“ mit der Bestie, beispielsweise bei einem Bericht über eine Alligatorfarm in Hessen. Streich berichtet, wie ein VJ ins Wasser sprang, um von den riesigen, weit aufgerissenen Zahnreihen der Alligatoren Nahaufnahmen zu machen. Zwar meint Streich, „geht gleich rein in die Story“. Aber von solchen Kameereinsätzen sei abzuraten!



Foto: Irene Hell

Um ihre Leistungen zu würdigen und eine Gemeinschaft zu bilden, initiierte Streich als Kuratorin den Internationalen VJ-Award, der in der Branche hohes Ansehen genießt. ZDF-Redakteur Bodo Witzke lobte die hohe Qualität der 250 Einreichungen: „Der VJ-Award gibt Filmemachern eine Plattform, sich weiter zu bilden, Anregungen aufzunehmen und zu geben.“

Um die Kosten für das Event und Preisgelder in Höhe von insgesamt 12.000 Euro zu stemmen, holte Streich das ZDF, den Hessischen Rundfunk, die Bauhaus Universität Weimar, das Schweizer Fernsehen, die Deutsche Welle, den Westdeutschen Rundfunk, Apple und die Multimediainitiative Rheinland-Pfalz (rlp-inform) ins Boot.

„Ohne die Initiative von Frau Streich gebe es den VJ Award nicht“, sagt Otto anerkennend. Und auch ZDF-Kollege Jochen Klug beobachtet: „Sie ist die Galionsfigur der VJ.“ Schade nur, dass Klug offensichtlich ganz vergessen hat, die Initiatorin des Preises auch in seinem ZDF Nachrichtenbeitrag über den VJ-Award zu erwähnen. Doch auch ohne „Credit“ vom ZDF wächst die weltweite Fangemeinde der VJ-Queen, die gerade ein ausgezeichnetes Trainingshandbuch über Videojournalismus veröffentlicht hat.

Ihre glühende Leidenschaft für den Film, gepaart mit einer außerordentlichen Zähigkeit und einem nahezu missionarischen Sendungsbewusstsein, hält sie auch im 9. Schwangerschaftsmonat nicht davon ab, noch akrobatisch Kameras zu jonglieren. Ihr VJ-Award war der Erste Streich und der Zweite? „Sabine vergiss nicht dein Kind zu kriegen“, scherzt, Martin Ordolff vom ZDF, der sie einfach zu gut kennt. ■

Zum Gegenspieler gemausert

25 Jahre Privatfernsehen, aber der Jubel hält sich in Grenzen. Streikende Mitarbeiter vor der Berliner Sat.1-Zentrale, besorgte Gesichter bei RTL angesichts dramatisch sinkender Werbeerlöse – so rechte Feierstimmung will bei den großen Privatsendern derzeit nicht aufkommen. Mit geringer Verzögerung hat die Finanzkrise auch Teile der elektronischen Medien erfasst. Die Abhängigkeit vom Werbemarkt zeigt erste Auswirkungen auf die Programmpolitik der Privaten. Die fetten Jahre scheinen einstweilen vorbei.

Von Günter Herkel

Mit großem Pathos, begleitet von Händels Feuerwerksmusik und Dvoraks Sinfonie „Aus der Neuen Welt“ war vor 25 Jahren das erste private TV-Programm auf Sendung gegangen. Gerade mal 1.200 Zuschauer wohnten am 1. Januar 1984 in Ludwigshafen dem zum „medienpolitischen Urknall“ stilisierten Sendestart des Sat.1-Vorläufers PKS (Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk) bei. Nur einen Tag später folgte RTL (anfangs noch unter dem Namen RTL plus) – mangels deutscher Zulassung zunächst per terrestrischer Ausstrahlung aus Luxemburg – mit immerhin einer Reichweite von rund 200.000 Zuschauern. Was auf Sparflamme begann und wegen seiner inhaltlichen Armut von Medienkritikern zunächst belächelt wurde, mauserte sich rasch zum mächtigen Gegenspieler des öffentlich-rechtlichen Systems.

Ein Jahr nach dem „Urknall“ wurde die PKS in Sat.1 umbenannt. Einer der wichtigsten Kapitalgeber und Programmlieferanten war von Beginn an der Münchener Filmzar Leo Kirch. Er drängte im Laufe der Zeit die zunächst ebenfalls einflussreichen Zeitungsverleger aus dem Sender und übernahm 1997 die Kontrolle bei Sat.1. Sein Versuch, mit der kalten Übernahme der Axel Springer AG einen mächtigen Multimedia-Verbund zu formieren, scheiterte ebenso wie unlängst der umgekehrte Plan Springers, sich die später entstandene Senderfamilie ProSie-

benSat.1 einzuverleiben. Die Gewinnzone erreichte ProSiebenSat.1 erst nach dem Kirch-Konkurs und einer radikalen Sanierung durch den US-Investor Haim Saban.

Wirtschaftlich erfolgreicher verlief der Aufstieg von RTL. Ab 1985 sendete man auch per Satellit und baute in den Folgejahren seine Reichweite in Deutschland kontinuierlich aus. Schon 1990 machte man Gewinne, drei Jahre später wurde RTL erstmals Marktführer. Anfangs herrschte noch die Überzeugung, auf Dauer werde sich nur ein privater Sender etablieren können. Daher wurde in der Pionierphase mit harten Bandagen um die Zuteilung terrestrischer Frequenzen gerungen.

■ Zeit der Kabelpilotprojekte

Den Privaten ging der Ausbau des Kabelnetzes nicht zügig genug voran, und auch der Satellitenempfang war noch längst kein Massengeschäft. Für die Frequenzvergabe zuständig waren die Länder, was zu einer Standortpolitik mit klarer politischer Schlagseite führte. Während die SPD-regierten Länder RTL und dessen Hauptanteilseigner Bertelsmann begünstigten, favorisierte die CDU in ihrem Machtbereich eher Sat.1, dessen Chef Leo Kirch aus seinem freundschaftlichen Verhältnis zu Altkanzler Helmut Kohl keinen Hehl machte. Dies sei „quasi die Geburtsstunde der Standortpolitik“ gewesen, räumte unlängst der damalige Sat.1-Geschäftsführer

Jürgen Doetz ein. Als Gegenleistung für die Frequenzvergabe gelang es den Landesfürsten, den Sendern ein mehr oder weniger großzügiges regionales TV-Fenster abzutrotzen.

Wie kam es zu der rasanten Akzeptanz des Privatfunks? Es war der damalige SPD-Postminister Horst Ehmke, der 1973 die Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK) mit der Abfassung eines „Telekommunikationsberichts“ beauftragte. Trotz eines starken Übergewichts von Vertretern aus Wirtschaft, Verlagen und Banken lehnte die Kommission seinerzeit den Aufbau eines bundesweiten Kabelnetzes „wegen des Fehlens eines ausgeprägten und drängenden Bedarfs“ ab. Stattdessen empfahl sie so genannte Kabelpilotprojekte durchzuführen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sollten Entscheidungen über die gesellschaftliche Nutzung der Breitbandkommunikation, insbesondere des Kabelfernsehens, vorbereiten helfen. Die ab 1984 gestarteten vier „Modellversuche“ waren schon damals eher Politprojekte, Kampfarenen um das künftige Rundfunksystem. Verfolgte die CDU mit den Projekten die Strategie, auf elegante Weise ihre seit den 50er Jahren („Adenauer-Fernsehen“) nie aufgegebenen Privatfunkpläne endlich zu realisieren, hoffte die SPD auf Zeitgewinn, erlag gar der Illusion, diese „Versuche“ eventuell „zurückholen“ zu können. Spätestens als Ehmkes CDU-Nachfolger im Postministerium, Christian Schwarz-Schilling, sich an die Vollverkabelung der Republik machte, waren die vermeintlichen Pilotprojekte zu einem Anachronismus verkommen. In der Folge wurden in hektischer Eile in den meisten Bundesländern Landesmediengesetze verabschiedet, um in mehr oder weniger liberaler Weise privaten Kabel- und Satellitenrundfunk zu erlauben. Das Medienkapital hatte sich unterdessen den Weg zur Mattscheibe längst freigekämpft. Lediglich der Überbau hinkte wie üblich um Längen hinterher.

In seinem Vierten Rundfunkurteil sorgte das Bundesverfassungsgericht 1986



dafür, dass die neue Rundfunkordnung künftig eine „duale“ sein sollte. Den öffentlich-rechtlichen Anstalten wies das Gericht die Aufgabe zu, für die unerlässliche „Grundversorgung“ einzustehen. Zugleich hielten die Richter es aufgrund der unterschiedlichen Finanzierung für „gerechtfertigt, an die Breite des Programmangebots und die Sicherung gleichgewichtiger Vielfalt im privaten Rundfunk nicht gleich hohe Anforderungen zu stellen wie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk“. Eine Klarstellung, die die Privatfunkveranstalter dankbar aufgriffen. Vor allem RTL bewies angesichts bescheidener Ressourcen anfangs erstaunlich viel Kreativität bei der Entwicklung von Programmformaten, wie es sie bis dahin im deutschen TV nicht zu sehen gab. Blödsinn statt Bildung: Krawall-Formate wie „Explosiv“ und „Der heiße Stuhl“ oder mit Soft-Ero-

tik aufgeladene Shows wie „Tutti Frutti“ sorgten dafür, dass manche Kritiker dieser Spielart des Privat-TV bald das böse Prädikat „Unterschichten-Fernsehen“ verpassten. Mit dem Staatsvertrag der Länder „über die Neuordnung des Rundfunkwesens“ wurde 1987 die Koexistenz von privat-kommerziellem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk juristisch fixiert und bestätigt.

In den Folgejahren bauten die Pioniere des Privatfernsehens ihre Reichweiten und Marktanteile zügig aus. Die Hoffnung konservativer politischer Kräfte, die neuen TV-Player würden ihr jahrelanges Eintreten für freie Konkurrenz auf der Mattscheibe mit entsprechender politischer Sympathie vergelten, erfüllte sich freilich nicht. Nachrichten, Polittalks oder andere seriöse Informationsformate galten den Privatfunkern zunächst schlicht als Programmblocker. Es sollte Jahre dauern, bis mit „RTL aktuell“ eine halbwegs ernst zu nehmende private „Newsshow“ entwickelt wurde.

■ Eindrucksvolle Erfolgsbilanz

„Der Wurm muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler“ – nach dieser Devise setzte der frühere RTL-Geschäftsführer Helmut Thoma auf eine bedenkenlose Orientierung am Massengeschmack. (Was hinterher mit dem Fisch geschehen mochte, interessierte ihn weniger). Erfinderisch soll sich Thoma auch bei der Revolutionierung des Werbegeschäfts gezeigt haben, als er kurzerhand die Gruppe der 14- bis 49jährigen zur „werberelevanten Zielgruppe“ erklärte. „Das hat er schlicht erfunden, und später hat es sich dann europaweit verselbständigt“, behauptete unlängst Thomas Nachfolger Gerhard Zeiler. Ob Wahrheit oder Legende: Vor allem den öffentlich-rechtlichen Anstalten macht diese Klassifizierung des Publikums zu schaffen. Da die unterhaltungsorientierten jungen Zuschauer mehr und mehr zu den Privaten abwandern, haftet ARD und ZDF inzwischen das Negativimage von „Kukident“-Sendern an.

Eine kleine Zäsur in der medienpolitischen Entwicklung markierte die Wende von 1989. Anfangs setzten die basisdemokratischen Kräfte der untergehenden DDR auf eine Transformation des Deutschen Fernsehfunks und des DDR-Hörfunks in eigenständige „Säulen“ des bundesdeutschen Mediensystems. Doch die Hoffnung auf einen „dritten Weg“ scheiterte. Die etablierte Politik sorgte für eine nahtlose Integration der ostdeutschen Medien nach westlich-deutschem Muster. Die in der Nachwendezeit vorherrschende antiobligatorische Stimmung in der Ex-DDR trug zudem dazu bei, dass die als „Staatsen-

der“ missverstandenen öffentlich-rechtlichen Anstalten in der Gunst des Publikums gegenüber den Privaten früh ins Hintertreffen gerieten.

Wirtschaftlich warteten die Privatfunker mit einer eindrucksvollen Erfolgsgeschichte auf. Ihre Umsätze stiegen (unter Einschluss der Radio-Anbieter) bis 2008 auf rund acht Milliarden Euro – die Gebühreneinnahmen der Öffentlich-Rechtlichen belaufen sich auf sieben Milliarden Euro jährlich. Vor allem die Betreiber der privaten Vollprogramme haben die enormen Anfangsverluste der Pionierjahre mittlerweile verdaut; die Gewinne der gesamten TV-Branche werden auf jährlich etwa eine Milliarde Euro geschätzt. Auf diese vergleichsweise guten Zahlen im Free TV fällt allerdings der Schatten des schweren Verlustbringers Premiere. Auch aufgrund der hohen Anzahl frei empfangbarer Kanäle konnte sich das Bezahlfernsehen hierzulande bisher nicht durchsetzen. Im vergangenen Herbst sah sich Premiere nach einer gründlichen Karteibereinigung genötigt, die Zahl der direkten Kunden von 3,4 auf 2,4 Millionen zu korrigieren. Ob künftig ausgerechnet unter der Regie des größten Anteilseigners Rupert Murdoch eine Wende zum Besseren erfolgt, wird in der Branche eher skeptisch beurteilt.

Ginge es nach dem 1990 gegründeten „Verband privater Rundfunk und Telemedien“, wäre die Gebührenfinanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten längst eingefroren, öffentlich-rechtliche Werbung abgeschafft und der Funktionsauftrag von ARD und ZDF auf Kultur und Bildung, mithin das Bedienen von „Minderheiteninteressen“, reduziert. Doch trotz permanenten medienpolitischen Trommelfeuers der Privatfunklobby in Brüssel und den deutschen Ländern blieb das duale System intakt. Auch das Ansinnen der Privaten, ARD und ZDF eine angemessene Online-Präsenz zu untersagen, wurde trotz mancher Einschränkungen im jüngst verabschiedeten 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag abgeschmettert. Einige Großverlage kooperieren – zum Unwillen der Privatsender – bereits mit öffentlich-rechtlichen Sendern, um Bewegtbilder in ihren Online-Auftritt zu integrieren. Wenn es um solide Qualität geht, so führt eben auch ein Vierteljahrhundert nach dem „Urknall“ von Ludwigshafen kein Weg an den öffentlich-rechtlichen Anstalten vorbei. Dies belegt auch die Leistungsschau beim Adolf-Grimme-Preis. Nur sieben von 60 Nominierungen entfielen in diesem Jahr auf Produktionen privater Sender. Gerade in der Krise – so scheint es – zeigt sich, was die Gesellschaft an einem gut ausgestatteten öffentlich-rechtlichen System hat. ■

Der Köder hat geschmeckt

Zahlreiche Fernsehinnovationen fanden ein Publikum

Sat.1 war einen Tag schneller als RTL, doch das ist längst Schnee von gestern. Eine ganze Generation ist mittlerweile mit einer täglichen Serie wie „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ groß geworden, mit den Abgründen menschlichen Daseins in Talk- und Gerichts-Shows, mit dem Elends-Tourismus in Formaten, die angeblich der Lebensberatung dienen, mit beinahe allgegenwärtigem Klatsch und Tratsch sowie mit der Gewissheit, dass das Fernsehen aus unscheinbaren Zeitgenossen quasi über Nacht „Superstars“ machen kann.

Marktführer zumindest in der vermeintlich werberelevanten Zielgruppe der 14- bis 49-Jährigen ist seit einer gefühlten Ewigkeit der Kölner Sender RTL, der seinen früh erworbenen Vorsprung vor der kommerziellen Konkurrenz nie wieder eingebüßt hat. RTL ist es außerdem als erstem Privatsender gelungen, ein mehr oder weniger seriöses Image zu bekommen. Würde das Senderlogo – es steht für Radio Tele Luxemburg – in den Anfangsjahren noch spöttisch als Kurzform für „Rammeln, Töten, Lallen“ bezeichnet, sind RTL heute praktisch alle Fernseh-Innovationen in Deutschland zu verdanken. Auch wenn Medienkritiker, Lehrer und Arte-Zuschauer auf die meisten dieser Formate gut und gern verzichten können: Sie haben ihr Publikum gefunden. Mit Reinhold Beckmann, Johannes B. Kerner und Jörg Pilawa sind zudem einige der derzeit populärsten öffentlich-rechtlichen Moderatoren von Privatsendern abgeworben worden.

Genre-Importe in ARD und ZDF

Ohnehin haben ARD und ZDF nicht nur ihr Gesicht, sondern auch ihren Charakter in den letzten anderthalb Jahrzehnten stärker gewandelt als in den gut vierzig Jahren zuvor. „Konvergenz“ ist das Stichwort, die programmliche Angleichung zwischen öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Sendern: Aus lauter Angst, den Anschluss zu verpassen und damit ihr Publikum zu verlieren, wird mittlerweile jeder Trend mitgemacht. Tägliche Talkshows („Fliege“), „Daily Soaps“

(„Verbotene Liebe“), Quiz-Shows („Das Quiz mit Jörg Pilawa“), Telenovelas („Wege zum Glück“), Talentsuchen, Lifestyle-Beratung („Bruce“ mit Bruce Darnell): alles ursprünglich Genre-Importe von Privatsendern, alle von ARD und ZDF mit oft genug allenfalls durchwachsenem Erfolg abgeкупfert.

Natürlich kann und sollte man über viele Formate des Privatfernsehens streiten, und das keineswegs bloß, weil „Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!“ (RTL) auf diverse Fragen des guten Geschmacks

Steigende Senderzahl

Seit der Wende nahm die Zahl der Privatsender beträchtlich zu. Noch 1989 ging ProSieben auf Sendung, 1991 folgte der Pay-TV-Sender Premiere. 1992 starteten der Kabelkanal (seit 1994 Kabel 1) und der Nachrichtensender n-tv. Dann setzte der Boom der Spartensender ein. Vor allem Jugend-, Musik- und Sportkanäle wie MTV, Viva; DSF und Eurosport bevölkern seitdem die Mattscheibe. Zur RTL-Familie stießen Vox, RTL2 und Super RTL; die ProSiebenSat.1-Gruppe verstärkte sich mit N24. Mit dem Männersender Dmax (Nachfolger des Doku-Kanals XXP) startete Anfang 2009 die dritte Generation der Free-TV-Sender. Dazu gehören auch der Spielfilmkanal Tele 5 sowie der Kindersender Nick. Aufgrund staatsvertraglicher Auflagen kommen bei den großen Senderketten auch „unabhängige Dritte“ wie „Spiegel-TV“ und „Stern-TV“ zum Zuge. Dazu einige von interessierten Laien gestaltete „Offene Kanäle“. Während das Ballungsraum-TV selbst in Berlin nicht reüssierte (gerade erst ging das „Fernsehen aus Berlin“ FAB in Konkurs), erreichte in vielen Bundesländern Lokal- und Regional-TV eine gewisse Blüte. Der Schwerpunkt des Nahfernsehens liegt in den neuen Ländern. So tummeln sich derzeit in Sachsen 59 regionale Programme; in Berlin-Brandenburg sind es immerhin noch 33. Heute erlaubt die Digitalisierung, jedem Satellitenhaushalt theoretisch den Empfang von rund 350 privaten Kanälen. Ob Bibel-TV, Timm TV (der Sender für Homosexuelle), der Kochsender Gusto oder Tier TV – nahezu jede Geschmacksrichtung wird bedient.

ziemlich eklige Antworten gefunden hat. Dieter Bohlen's fragwürdiger Umgang mit talentlosen Sangeskünstlern bei „Deutschland sucht den Superstar“ (RTL) beschäftigt regelmäßig den Jugendschutz. Auf der anderen Seite hat das deutsche Fernsehen den Privatsendern einige herausragende Produktionen zu verdanken: Diverse Serien und Filme sind zu Recht mit seriösen Preisen geehrt worden.

Trotzdem sind es nicht immer die Top-Titel, die im Gespräch als erste fallen. Volker Szezinski zum Beispiel, bis vor kurzem langjähriger Leiter der Sat.1-Programmplanung, nennt nicht etwa die Quotenknüller „Der Tunnel“ oder „Der Tanz mit dem Teufel“, sondern die romantische Komödie „Wie angelt man sich seinen Chef?“. Nach der Erstaussstrahlung ist der Liebesfilm mit Sophie Schütt und Johannes Brandrup sechs mal wiederholt worden. Vier mal lagen die Marktanteile bei 20 Prozent. „Brot und Butter“ nennt der frühere stellvertretende Sat.1-Geschäftsführer solche Filme: „Die sind mir nicht weniger wichtig als ‚Das Wunder von Lengede‘, weil sie unser Kerngeschäft ausmachen.“

Misserfolge sofort ins Archiv

Anfang der Neunzigerjahre haben die Privatsender begonnen, eigene Fernsehfilme zu produzieren. Das Etikett „Der große Sat.1-Film“ gehört bis heute zu den bekanntesten Programmmarken. Sat.1 hat bislang über 400 „TV-Movies“ produzieren lassen. Derzeit sind es pro Jahr nur noch rund zwanzig. Bei RTL waren es bis 2000 fast vier Dutzend. Dann wurde das Geld knapper, der Sendeplatz „Der große TV-Roman“ lief aus. Heute liegt der Schwerpunkt bei wenigen Produktionen. Der düstere Zweiteiler „Das jüngste Gericht“ zum Beispiel war wegen seiner am Comic-Roman orientierten Bildgestaltung optisch der wohl innovativste Fernsehfilm des letzten Jahres.

Während die ARD gerade ihre Freitagsmelodramen durch sämtliche dritten Programme wandern lässt, muss eine Produktion bei der kommerziellen Konkurrenz auf Anhieb funktionieren. Misserfolge wandern ins Archiv; mit einer Wiederholung, erklärt Szezinski, „dupliziert man nur den Misserfolg.“ Erste Sat.1-Eigenproduktion war im November 1992 „Mit dem Herzen einer Mutter“: mit über 7 Millionen Zuschauern „ein gigantischer Erfolg“ (Szezinski); und eindeutig frauenaffin, lange bevor das Prädikat erst zum Schlag- und dann zum Unwort wurde. Ansonsten aber hat Sat.1 gerade mit seinen „Event“-Filmen viel fürs Image getan. Gleich sechs Mal gab es den begehrten Adolf Grimme Preis, unter anderem für Peter Keglevics



Foto: RTL

„Tutti Frutti“ 1990 mit Egon Hugo Balder

Entführungsdrama „Der Tanz mit dem Teufel“ sowie Jo Baiers Sedlmayr-Biografie „Wambo“ (beide 2001) und das zeitgeschichtliche Rettungsdrama „Das Wunder von Lengede“ (mit knapp 9,4 Millionen Zuschauern erfolgreichstes „Event“-Movie des Senders, Regie: Kaspar Heidelbach). Publikumsstärkstes „TV-Movie“ der RTL-

Geschichte ist mit über 11 Millionen Zuschauern der Katastrophenfilm „Die Sturmflut“ (Regie: Jorgo Papavassiliou). Die Reihe „Der große TV-Roman“ hingegen war auch berüchtigt für nicht immer geschmackssichere Titel („Die Bademeister – Busen, Beton Bieralarm“; „Gesteinigt – Der Tod der Luxuslady“).

Einen Grimme-Preis für ein TV-Movie hat RTL nie bekommen. Diese Ehre widerfuhr dafür ausgerechnet RTL 2: Der Sender hat für Nico Hofmanns großartigen Thriller „Der Sandmann“ (1995, mit Götz George) den ersten wie wohl auch letzten nennenswerten Preis für eine fiktionale Produktion erhalten.

Da ist die Filmografie von ProSieben vor allem dank diverser Polit-Thriller („Das Phantom“, „Das Staatsgeheimnis“, „Operation Rubikon“) ungleich beeindruckender. Kennzeichnender für die Eigenproduktionen des Senders aber waren Katastrophenfilme wie „Tsunami“, „Tornado“ oder „Das Inferno“, die zu den erfolgreichsten deutschen Filmexporten zählen. Mit den Remakes von Klassikern wie „Die Schatzinsel“, „Fleisch“, „Die Brücke“ und „Der Seewolf“ hat ProSieben zuletzt allerdings durchwachsene bis niederschmetternde Erfahrungen gemacht.

Tilmann P. Gangloff ■

Schrill, vulgär, pfiffig

Bernd Gäbler: Es gibt immer einen Kampf zwischen Geld und Geist

M | Wie haben Sie 1984 den Start der ersten Privatsender wahrgenommen?

BERND GÄBLER | Damals gab es die Schreckensvision einer „verkabelten Republik“. Es schien als sollten die Bürger, reduziert auf ihre Funktion als Endverbraucher, irgendwelchen Anbietern hilflos wie Marionetten ausgeliefert werden. Daran entzündete sich die Kritik. Das Programm des neuen privaten Fernsehens war zunächst uninteressant.

M | Wie haben die Privatsender den Fernsehkonsum hierzulande verändert?

GÄBLER | Das Privatfernsehen ist ja in Deutschland sehr spät gestartet. Da gab es wohl einen Bedürfnisstau mancher Zuschauer, die sich in ARD und ZDF nicht mehr aufgehoben sahen. Das Privatfernsehen wollte anders sein: laut und schräg, jenen eine Stimme geben, die bis dahin im Fernsehen nicht vorkamen. Es gab Sendungen wie „Tutti Frutti“ oder erste Sexualberatungen mit Erika Berger – das war neu, schrill und etwas vulgär.

M | Eine erfolgreiche Strategie?

GÄBLER | Sie hat dazu geführt, dass RTL in kaum zehn Jahren Marktführer wurde.

Das Privatfernsehen konnte sich dann konsolidieren und Programme anbieten, die auf den Mainstream zielen. So entstanden vor allem große, neue Unterhaltungsmaschinen, die nicht unbedingt mehr Pluralismus im Sinne staatsbürgerlicher, vielfältiger Meinungsbildung gebracht haben, aber ein buntes, oft auch überraschendes Angebot für noch mehr Zerstreuung.

M | Welchen Einfluss hatten die Privaten auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten?

GÄBLER | Die Erfolge der Privaten riefen Nachahmereffekte hervor. Zum Beispiel beim Organisationsschema eines Programms, dem so genannten „audience flow“. Die heutigen Tagesprogramme der öffentlich-rechtlichen Anstalten sind letztlich von Vorgaben der Privaten abgekupfert. Das gilt auf jeden Fall für die Serien und Boulevardmagazine an Nachmittag und Vorabend. Die Privaten haben Normen für das Programmieren gesetzt, denen das öffentlich-rechtliche System oft allzu willig gefolgt ist.

M | Welche von den Privaten eingeführten Formate haben das Fernsehen bereichert?

GÄBLER | Sicher gibt es einige Magazin-

formate – spiegel-tv und stern-tv – die unterhaltsam wie bereichernd sind. Auch „Wer wird Millionär?“ könnte natürlich prima im öffentlich-rechtlichen Fernsehen laufen. RTL hat eine Zeit lang eigene, recht pfiffige deutsche Serien entwickelt. Ich denke an „Nicola“ mit Mariele Millowitsch oder „Ritas Welt“ mit Gabi Köster, in denen sogar ganz zentral das Arbeitsleben vorkam. In der besten Zeit war das die Fortsetzung des traditionellen Volkstheaters mittels elektronischer Medien.

M | Einige Formate wie Big Brother, zuletzt die Dschungel-Show gerieten immer wieder in die Kritik. Bedarf es besonderer ethischer Verhaltens-Kodices für Private?

GÄBLER | Im Mediendiskurs existiert eine eigenartige Schiefelage: bei öffentlich-rechtlichen Programmen wird oft über die Quote diskutiert, bei den Privaten über die Inhalte. Eine spezielle Ethik-Debatte ist meist bizarr. Zur Aufsicht reicht das bestehende Recht.

M | Halten Sie die Kritik an den bekannten Container- und Ekel-Formaten für gänzlich unberechtigt?

GÄBLER | Im Gegenteil! Da das Unterhaltungfernsehen immer auch eine Schule

der sozialen Intelligenz ist, es um Normen, Einstellungen, Verhaltensweisen geht, brauchen wir unbedingt kenntnisreiche Kritik. Wenn Dieter Bohlen mit jungen Leuten umgeht wie ein Berserker und sie demütigt, dann muss darüber gestritten werden. Das ist eine genuine Aufgabe der Kritik.

M | Wird die aktuelle Finanz- und Medienkrise das Gleichgewicht – auch in Sachen Qualitätsproduktion – entscheidend zu Lasten der Privaten verschieben?

GÄBLER | Wir sind in einer Krise des werbefinanzierten Fernsehens, nicht im „endgame. In jeder Krise gibt es eine Verzerrung zugunsten der Subventionierten. Zwar ist es höchsttrichterlich nicht erlaubt, von der Rundfunkgebühr als Subvention zu sprechen, aber die gesicherte Finanzierung ist schon ein stabiler Rückhalt –



Foto: Carolin Nieder-Entgelmeier

Bernd Gäbler war Geschäftsführer des Adolf-Grimme-Instituts und ist Dozent für Journalistik in Bielefeld

und bei den Privaten gibt es größere Verunsicherung.

M | Wie wird angesichts der zugespitzten Marktsituation der Konflikt zwischen Qualität und Quote in der nächsten Zeit gelöst?

GÄBLER | Es gibt immer einen Kampf zwischen Geist und Geld. Und eine stabile Versorgung mit Geld sorgt für Ruhe, die auch Basis für Kreativität sein kann. Auch in Krisenzeiten braucht jeder interessante Angebote, um sich zu profilieren. Ich bin nicht so pessimistisch zu glauben, nur Mist könne überleben. Wir sehen aktuell eine neue Entwicklung: die Sender platzieren ihre Programm-Highlights gegeneinander. Früher ging man sich aus dem Weg. Der Wettbewerb wird härter, das verlangt auch attraktive Programme.

M | ARD und ZDF erreichen seit geraumer

„Kommerz TV – nein Danke!“

Vom Wandel der Beziehung zwischen Privatkfunk und Gewerkschaften

Harte Zeiten erfordern kämpferische Maßnahmen! Mit ihrem 36stündigen Streik gegen den geplanten Umzug nach München haben 500 Berliner Sat.1-Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter Rundfunkgeschichte geschrieben. Privatkfunk und Gewerkschaften – ein von Anfang an schwieriges Verhältnis.

„Verarscht in Berlin!“ – was lange kochte, wurde endlich Wut, als 500 Sat.1-Beschäftigte am 21. Januar für 36 Stunden die Brocken hinwarfen. Nach dem schon seit längerem anhaltenden Personalabbau wollte die Belegschaft diese Schikane nicht auch noch kampflös hinnehmen. „Ein historisches Ereignis“ kommentiert erfreut Kathleen Eggerling, connexx-av-Projektmanagerin in Berlin. Die neue Militanz macht sich auch in einem rasanten Anwachsen des gewerkschaftlichen Organisationsgrades im Unternehmen bemerkbar. Keine Selbstverständlichkeit in einer Branche, in der „Hire and Fire“ auf der Tagesordnung steht.

Zunächst stand die damalige Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) in der Gewerkschaft Kunst der Herausbildung kommerzieller Rundfunkstrukturen

äußerst kritisch gegenüber. Ebenso wie Teile der SPD, Grüne, Kirchen und außerparlamentarischen Initiativen war man der Auffassung, Information und Meinungsbildung dürften nicht zur Ware verkommen. Auch müsse die unter Marktverhältnissen absehbare Konzentration von Meinungsmacht in den Händen weniger verhindert werden. „Kommerz-TV – nein danke!“ – hieß die Parole der Stunde. Auch Gewerkschafter beteiligten sich daher bis Mitte der achtziger Jahre an Anti-Kabel-Initiativen, forderten einen Stopp der Verkabelung und lehnten aus Datenschutzgründen auch die Einführung von Bildschirmtext und das geplante Glasfasernetz ab.

Nach Durchsetzung der Vollverkabelung unter der Regierung Kohl war diese Position nicht länger haltbar. Angesichts der „normativen Kraft des Faktischen“ gingen Gewerkschaft Kunst, später die IG Medien dazu über, in den sich wildwüchsig formierenden privaten Medienbetrieben für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Keine einfache Aufgabe, schlug den Gewerkschaftern aufgrund ihrer langjährigen Gegnerschaft zum

privaten Rundfunk zunächst Misstrauen entgegen. Die spezifischen Bedingungen, unter denen das neue Medienzeitalter eingeläutet wurde, schrien geradezu nach gewerkschaftlichem Engagement. Kritiker der Verhältnisse beim Privatkfunk sprachen bald von einem „Drei-Klassen-Journalismus“. Zur dritten Klasse gehörten demnach vor allem die Journalisten und Techniker beim Privatkfunk. Begründet wurde dies mit in der Regel mangelhafter Ausbildung und unzureichender sozialer Absicherung. Tatsächlich war der Begriff Tarifvertrag beim Privatkfunk zunächst ein Fremdwort, die Bezahlung der Mitarbeiter miserabel, Arbeitszeiten und sonstige Konditionen anarchisch organisiert. Die Qualifizierung erfolgte meist in Form von „learning by doing“.

■ **Prekäre Arbeitsverhältnisse**

Daran hat sich grundsätzlich bis heute wenig geändert. Nach wie vor, so ergab eine Untersuchung des Hamburger Kommunikationswissenschaftlers Siegfried Weischenberg, ist die Hospitanz der „Königsweg in die Sender“. Nur ein gutes Drittel der journalistischen Mitarbeiter von Privatsendern verfügt demnach über ein abgeschlossenes Studium, im Durchschnitt aller berufstätigen Funkjournalisten sind es zwei von dreien.

Geblieben sind auch die gravierenden Einkommensunterschiede in den beiden Sendersystemen. Die TV-Journalisten von ARD und ZDF kamen nach der Weischenberg-Studie von 2005 auf durchschnittlich 2.800 Euro, die von privatkommerziellen

Zeit relevante Teile der jungen Menschen nicht mehr. In der Medienpolitik tauchte vor einiger Zeit die Idee auf, die Privaten an den Gebühreneinnahmen zu beteiligen, wenn sie Qualitätsprogramm auch für die Jugend machen. Was halten Sie davon?

GÄBLER | Ich bin ein großer Freund des dualen Systems, am besten mit Systemklarheit. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen sollte werbefrei sein. Damit kann es sich auch partiell von rein quantitativem Druck befreien. Mehr Mut, weniger Opportunismus könnte eine Folge sein. Das würde auch die Bemühungen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen erleichtern, den Generationsabriss zu korrigieren.

M | Aber wie soll das konkret aussehen?

GÄBLER | Das Fernsehen wird die Jugend ohnehin etwas verlieren. Dennoch kann

man sich um sie kümmern. Die Frage ist: wie und mit welchem Ziel? Ich glaube an die Bereitschaft vieler Jugendlicher, interessante Programme anzuschauen, an das Bildungsbedürfnis, an Angebote zur Identifikation und Diskussion. Ich habe allerdings den Verdacht, dass in der Gier nach Jugend manche Programmierer zu sehr auf die Medienplätze schießen, auf denen sich die Jugend ohnehin tummelt. Auf eine Formel gebracht: Ich plädiere für mehr „Neon“ und weniger Bohlen. Das ist zäher, langwieriger, aber auf Dauer auf jeden Fall interessanter.

M | Wie wird das duale System in zehn Jahren aussehen?

GÄBLER | Bin ich Hellseher? Aber relativ sicher ist, dass das Fernsehen als „lean back“-Medium noch eine ganze Zeit Massenmedium bleiben wird. Demgegenüber

werden sich die aktuellen Terrainkämpfe im Internet, dieses Abstecken von Claims in Folge des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrags bald als absurd erweisen. Das Netz wird boomen, es wird zahlreiche Sender-Verlags-Kooperationen geben.

M | Und was passiert mit den großen Unterhaltungsdickschiffen wie Sat.1 und RTL?

GÄBLER | Die wird es vermutlich auch in zehn Jahren noch geben. Aber zugleich dürfte die Bedeutung der kreativen Macher, also der Produktionsfirmen wie Teamworx, Brainpool und wie sie alle heißen, im Vergleich zu den Sendern noch zunehmen. Und die Medienpolitik steht vor einer schweren Aufgabe: sie muss ohne inhaltliche Eingriffe unbedingt etwas tun zu Sicherung von Qualitätsmedien – egal ob Print, TV oder Online.

Gespräch: Günter Herkel ■

Sendern gerade mal auf 1.550 Euro. Auch die Einkommen der Mitarbeiter des privaten Hörfunks können mit denen der öffentlich-rechtlichen Kollegen nicht mithalten. Eine wirkliche Gleichstellung der Arbeitsbedingungen dürfte auch künftig illusionär sein, räumt connexx.av-Projektmanager Wille Bartz und Privatfunkkenner der ersten Stunde, ein. Für Gewerkschafter und Betriebsräte im Privatfunk gehe es eher darum, das weitere „Abdriften der Branche in prekäre Arbeitsverhältnisse“ aufzuhalten. Festanstellungen bilden im Privatfunk längst die Ausnahme, in vielen Bereichen sind mittlerweile an die 90 Prozent der Kollegen befristet beschäftigt. Der unsichere Status lässt die Betroffenen meist auch bei unzumutbaren Arbeitsbedingungen stillhalten. Wer ständig um seinen Job oder seine Vertragsverlängerung bangen muss, nimmt zähneknirschend ausufernde Arbeitszeiten, massive Überstunden und die kurzfristige Änderung von Dienstplänen in Kauf.

Laut Studie über die „Wirtschaftliche Lage des Rundfunks in Deutschland 2006“, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten (ALM), waren Ende 2006 insgesamt 71.456 Festangestellte und freie Mitarbeiter im Rundfunk tätig. Von den 42.614 Erwerbstätigen entfielen gut zwei Drittel auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk: 9.336 arbeiteten bei privaten TV-Veranstaltern, 4035 bei privaten Hörfunksendern.

Anders als im öffentlich-rechtlichen System wirken sich wirtschaftliche Schwankungen in der Regel direkt auf die Jobsicherheit aus. Das kann in Einzelfäl-



Foto: Christian v. Polentz / Transit

Aktion der Berliner Beschäftigten von ProSiebenSat.1: Für jeden der mit dem Umzug nach München 225 wegfallenden Arbeitsplätze wurde ein schwarzer Luftballon steigen gelassen.

len schon mal zu extremer Fluktuation einer Belegschaft führen. Nach Angaben von Bartz hatte beispielsweise der landesweite private Hörfunksender ffn in Niedersachsen noch Anfang der 90er Jahre an die 160 Beschäftigte. Die „Entwertung“ der Privatradios, verbunden mit einer Flaute auf dem Werbemarkt, ließ diese Zahl zur Jahrtausendwende auf etwa 70 sinken. Aktuell beschäftigt der Sender wieder rund 100 Mitarbeiter.

Wie schnell Privatfunkmitarbeiter in eine prekäre Situation geraten können, belegt die gerade eingesetzte wirtschaftliche Rezession. Dabei gehen die großen Sender mit schlechtem Beispiel voran.

Nach Sat.1 stieg auch RTL vor zwei Jahren aus dem Manteltarifvertrag aus. Als beliebteste Mittel zum Abbau von Arbeitsplätzen setzen die Privatfunkmanager in jüngster Zeit auf Auslagerungen und Betriebsumzüge. Die RTL Group bedient sich derzeit dieses Instruments in Köln (vgl. M 12-08) ebenso wie die ProSiebenSat.1 Media AG beim geplanten Exodus von Sat.1 nach München-Unterföhring. Dass die Mitarbeiter beim Privatfunk sich nicht länger widerstandslos zur Schlachtbank führen lassen wollen, hat der historische Streik der Sat.1-Kolleginnen und Kollegen eindrucksvoll bewiesen.

Günter Herkel ■

Faszinierender „Schnacker“

Über Auswirkungen von Sprache auf das „politische Gehirn“

Elisabeth Wehling analysiert seit Jahren die Wirkung politischer Sprache auf unser Denken. Ihr im Frühsommer 2008 erschienenes Buch „Auf leisen Sohlen ins Gehirn“ (M berichtete) erlebt gerade seine zweite Auflage. Die Wissenschaftlerin und Journalistin kommt aus Hamburg und forscht als kognitive Linguistin an der Berkeley University in Kalifornien. Nachdem in den USA die Demokraten die Präsidentschaftswahl gewonnen haben, schaut sie auf die Sprache Obamas und das, was sie bewirkt.

M | „Yes, we can“, drei Worte, die kaum der Übersetzung bedürfen, haben weltweit fasziniert und sind sogar Teil der Werbung geworden. Was verändert Obamas Sprache?

ELISABETH WEHLING | Es sind nur drei Worte, aber sie stehen für eine ganze Weltanschauung. Barack Obama hat – entgegen der Tradition demokratischer Wahlkampfleitung – nicht nur über Zahlen und Programme, sondern über politische Wertevorstellungen gesprochen. Anfangs wurde er als eine Art „Redenschwinger ohne viel dahinter“ begriffen – oder um es in meinem Dialekt zu sagen: als „Schnacker“. Erst im Lauf des Wahlkampfes ist das Bewusstsein entstanden, dass über die Sprache viel passiert. Yes, we can, Ja, wir können, sind Schlüsselworte seiner Politikauffassung. Damit hat Obama das Denken der Amerikaner verändert, ihnen das Angebot gemacht, sich mit Werten zu identifizieren, die denen des konservativen Lagers entgegenstehen. Getan hat er das über die Sprache. Das fasziniert auch uns.

M | Offenbar wird seine Sprache als authentischer empfunden?

WEHLING | Wenn Obama redet – und das war auch der Eindruck bei seinem öffentlichen Auftritt in Deutschland, den Zehntausende direkt verfolgten – hat man die Vorstellung, dass er über etwas spricht, woran er wirklich glaubt. Er kommuniziert einfach. Selbstverständlich hat er Kommunikationsprofis, die ihn beraten. Aber

seine Reden schreibt er zum Teil selbst oder er nimmt starken Einfluss auf seine Redenschreiber.

M | Wird unsere politische Wahrnehmung durch eine andere Sprache anders?

WEHLING | Natürlich, und das trifft nicht nur auf die US-Amerikaner zu. Auch wir in Deutschland und Europa, die wir im US-Wahlkampfsjahr 2008 ständig „zugeschaltet“ waren, sehen zum einen die USA in einem neuen Licht. Zum anderen hat sich in unseren Köpfen etwas verändert. Mit Obamas Reden werden politische Werte-Muster erweckt, die gerade in Deutschland lange Tradition haben, aber wenig oder ungeschickt kommuniziert werden. Solche Denkmuster, sogenannte Frames, wurden zwar im Zusammenhang mit US-amerikanischer Politik aufgerufen, aber neurologisch gesehen sind unsere Gehirne jetzt darauf gepolt, diese Vorstellungen auf uns zu übertragen. Obamas Ideen liegt linke Politik zugrunde. Das bedeutet eine immense Chance für linkspolitische Parteien in Deutschland, vor allem im Wahlkampfsjahr 2009. Allerdings wird diese Möglichkeit nicht unbedingt erkannt. Es fehlt hier genau das, was Obama umgesetzt hat: Eine kohärente Kommunikation politischer Werte und das Einbetten von Fakten, politischen Interessen und Programmen. Das Entleihen eines Slogans wie Yes, we can in die deutsche Debatte reicht da nicht. Dieser Slogan war nur so erfolgreich, weil er im Zusammenhang mit Obamas übriger Sprache Sinn machte, der klare politische Werte zugrunde lagen.

M | Erliegen wir wieder Denkmustern, die – geschickter gemacht – Analogien zu denen der Bush-Rhetorik aufkommen lassen?

WEHLING | Ganz und gar nicht. Obama steht für komplett andere politische Ideen. Und darauf begründete sich sein Wahlerfolg. Er bot dem amerikanischen Volk nach Jahren einer durch konservative



Foto: Christian v. Polentz / transit

Werte strukturierten Debatte sprachlich eine alternative politische Weltanschauung an: Gegenseitige Verantwortung, Empathie – die Bereitschaft, sich in andere einzufühlen – und Schutz für jeden Bürger mit Sozialprogrammen, Bildung, Gleichberechtigung... Diese Ideen hat er nicht neu erfunden, sondern die Amerikaner daran erinnert. In Deutschland hätten diese Ideen sogar größere Chancen, weil unserer Politik ein sozialeres Staatsverständnis zugrunde liegt. Das ist eine Chance für Journalisten und Politiker, sozialstaatlichen Grundideen in der Debatte wieder zu mehr Geltung zu verhelfen.

M | Begründet Ihr Forschungsgebiet Framing – die Verknüpfung von Sprache und Denkmustern – einen neuen kommunikativen Trend?

WEHLING | Neu ist das nicht. Aber die Mechanismen rücken in unser Bewusstsein. Framing zeigt, wie politische Ideen bereits kommuniziert werden. Wir verstehen Sprache nur über Gehirnaktivität. Und Frames sind, schlicht ausgedrückt, genau das: Gehirnaktivität. Sich mit kognitiven Frames ernsthaft auseinanderzusetzen bedeutet, sich darüber klar zu werden wie wir – bewusst oder unbewusst – über Politik denken. Nach der zweiten Auflage meines Buches habe ich angefangen, auch in Deutschland und Europa diese Wechselwirkungen intensiv zu beobachten. Ich hoffe, dass viele politische Akteure und Journalisten sich stärker mit dem Framing politischer Ideen beschäftigen werden. Meine Website www.elisabethwehling.com bietet eine Anlaufstelle für jeden, der sich über die Auswirkung von Sprache auf das „politische Gehirn“ informieren will.

Interview: Bettina Erdmann ■

Verfehltes Comeback

Debatte im Berliner taz-Café: Haben linke Medien in der Krise Konjunktur?

In Deutschland erscheinen rund 23 Millionen Tageszeitungen. Verschwindende 0,5 Prozent davon entfallen auf Blätter, die dem linken Spektrum zuzuordnen sind: die *tageszeitung*, *Junge Welt*, *Neues Deutschland*, auch die *Frankfurter Rundschau* zählen viele dazu. Bei diesen Zeitungen müsste der wirtschaftliche Abschwung, den wir derzeit erleben, eigentlich zu einem Aufschwung führen. „Haben die linken Medien im Krisenjahr 2009 Konjunktur?“ fragte denn auch eine Diskussionsrunde, zu der die Linke Medienakademie in Zusammenarbeit mit der *taz* in Berlin eingeladen hatte.

Die größte Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg, das Scheitern eines neoliberalen Kapitalismusmodells, gar von Verstaatlichung ist die Rede: beste Voraussetzungen für eine linke, kapitalismuskritische Presse – mag man meinen. Doch weit gefehlt. Der ehemalige Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau*, Wolfgang Storz, heute freier Publizist, erklärte resümierend: „Die Medien, die als links gelten, haben erkennbar keine Auflagensteigerung. Wir hatten 2001 bis 2003 auch schon mal eine große Krise. Das ist nichts neues, die haben wir immer wieder. Und die Erfahrung zeigt, dass immer in diesen Krisen linke Medien nicht in dem Sinne reüssieren, dass sie häufiger gekauft werden. Sie profitieren nicht ökonomisch, was für diese Medien aber wichtig ist.“

Für diesen, zunächst recht überraschend klingenden Fakt hatte Storz auch gleich eine Erklärung parat. „Linke Medien gewichten soziale Themen sehr viel höher. In Wirtschaftskrisen wissen die

Leute aber Zeitungen zu schätzen, die eine Kompetenz und Glaubwürdigkeit im Bereich Wirtschaft haben, die analysieren können, was dort abläuft und wie man die Krise überwinden kann. Genau diese Kompetenz haben linke Medien oft nicht.“

Ein Fazit, dem niemand in der Runde aus Vertretern von *taz*, *Neues Deutschland*, der Wochenzeitung *Der Freitag* sowie Wolfgang Storz und der Bloggerin Anne Roth (Moderation: Petra Welzel, ver.di-Publik) so recht widersprechen mochte. Mehr noch. *taz*-Chefredakteurin Bascha Mika fand sogar gute Gründe dafür, dass die linken Medien aus der aktuellen Krise kein Kapital schlagen können. Sie sind quasi selbst Opfer des Systems, das sie kritisieren. „Der Neoliberalismus hat an vielen Punkten verbrannte Erde hinterlassen, auch in den Köpfen und in den Denkfabriken“, erklärte Mika. „Deswegen gibt es so wenig Antworten. Nicht nur, weil diese Krise eine ganz besondere ist, sondern auch, weil natürlich an linken Konzepten über viele Jahre an viel zu wenig Stellen weitergedacht worden ist.“

■ Forum für kritische Ideen

Dabei ist das, was für die Diskutanten ein linkes Medium auszeichnet und attraktiv macht, auf den ersten Blick recht simpel. Es gehe darum, aus der Perspektive des unteren Teils der Gesellschaft zu berichten, Forum zu sein für gesellschaftskritische Ideen, Machtfragen aufzuzeigen und vor allem: präzise die Lage zu analysieren. Gerade hier müssten die Linken nachrüsten; sprich: sich mehr Wissen an-

eignen. „Mein Bedürfnis von einem linken Medium ist, dass es verständlich recherchiert und mir erzählt, wie ernsthaft die Krise ist. Und ich will wissen: Warum hockt Herr Ackermann im Kanzleramt? Ich will wissen, ob zum Beispiel die Bundesregierung auf Analysen der Deutschen Bank basierend ihre Antikrisenprogramme schreibt. Das ist für mich eine Aufgabe für ein linkes Medium“, appellierte Wolfgang Storz.

Jürgen Reents, Chefredakteur des Neuen Deutschland, erklärte hingegen fast schon resigniert, wie schwierig es sei, zu vermitteln, dass die Verstaatlichung von Banken, wie sie derzeit diskutiert wird, in seinem Blatt nicht euphorisch gefeiert wird. „Die Debatte, die wir momentan haben, die Begriffe von Verstaatlichung, von Enteignung, von Vergesellschaftung – das ist doch ein Irrwitz“, so Reents. „Was momentan stattfindet, ist der Einkauf von Verlusten, der Einkauf von Schrott, die Ausgabe von Steuergeldern für längst dahin geflossene Werte.“ Das habe nichts damit zu tun, was jemals in der linken Debatte über Vergesellschaftung gedacht worden sei. Doch wie Alternativen vermitteln? Man stehe fassungslos vor der neuen Situation und müsse neu sortieren, was es an linken Überlegungen gegeben habe, die vergessen worden seien. Reents äußerte die Hoffnung, dass eine Zusammenlegung von Ressourcen in der linken Publizistikszene helfen könnte. Man müsse überlegen, ob man mehr voneinander profitieren könne, „was aber voraussetzt, dass diese Medien sich untereinander wahrnehmen“, so der *ND*-Chefredakteur.

Anderen Blättern fällt es offenbar leichter, wichtige Themen auf den Punkt zu bringen. Denn, so räumte *taz*-Chefin Mika ein, sie finde sehr wohl gute Analysen in der Presse – allerdings in der politisch nicht ganz so linken Konkurrenz wie etwa der *Financial Times Deutschland*. Und Wolfgang Storz setzte nach: „Wenn ich das *Handelsblatt* lese, weiß ich über die Wirtschaftskrise mehr, als wenn ich die *taz* lese.“ Problematisch für die linke Publizistik; dem kritischen Leser dürfte es in Zeiten des Internets relativ egal sein, wo er seine Informationen findet. „Jeder gute Artikel, egal, wo er erscheint, ist sinnvoll, weil er über das Internet endlos weiterverbreitet werden kann und auf diese Information kommt es an. Das ist der entscheidende Punkt“, so Storz. Vera Linß ■

Anne Roth, Bascha Mika, Jürgen Reents, Petra Welzel, Wolfgang Storz, Philip Grassmann



Foto: Vera Linß

Comics vom rechten Rand

Ein bisher unterschätztes Feld faschistoider Propaganda

Braune Comics sind als Einstiegsdroge ins rechtsradikale Gedankengut stets unterschätzt worden, so die These des Gründungsmitglieds der Gesellschaft für Comic-Forschung und Kommunikationswissenschaftlers Ralf Palandt. Derzeit ist er auf Vortragsreisen in der Republik unterwegs.

In Fachkreisen und bei Journalisten versucht der Comic-Forscher Ralf Palandt für die Gefahr der rechten Propaganda mit Karikaturen zu sensibilisieren. Einzig Rechtsrock oder Computerspiele mit antisemitischen, ausländerfeindlichen und gegen Linke gerichteten Inhalten, die in den sozialen Raum hineinstrahlen, seien bisher als Gefahr für die Gesellschaft erkannt, so Palandt. Darauf seien selbst Experten im Bereich Rechtsextremismus fokussiert. Von braunen Comics sei indes

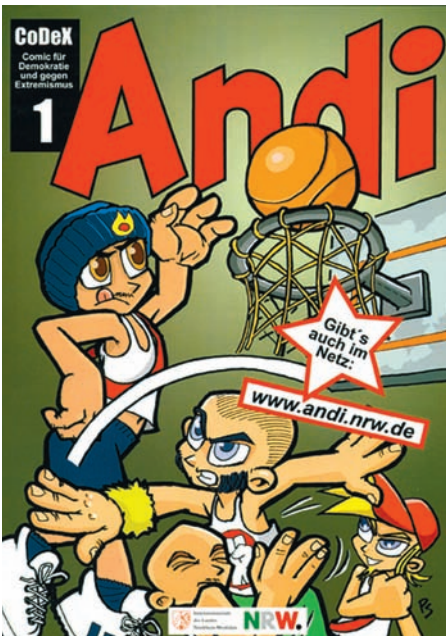
bild erklärt würden. In Fachkreisen hielten sich jedoch hartnäckig Gerüchte, nach denen der Rechtsradikalismus Comics abschließe, weil diese dort vermeintlich als „undeutsch“ angesehen seien. „Ein fataler Irrtum“, meint Palandt gegenüber M. Gerade in den von Rechtsextremen verbreiteten Comics werde „ganz tief in die unterste Schublade gegriffen“. Bei seiner Recherche in Printmedien und Fanzines der rechten Szene, Schüler- und Parteizeitungen, auf Flugblättern und in Booklets von der NPD auf Schulhöfen verteilten Rechtsrock-CDs stieß Palandt immer wieder auf Gewalt verherrlichende und faschistoide Comics. Karikaturen, die er auf Power-Point-Präsentationen vorführt, zeigen in der Tat Erschreckendes.

Viele dieser Pamphlete richten sich gegen Menschen, die sich als links verstehen. Demonstranten, die für ein Bleibe-recht für Asylbewerber eintreten oder Mitglieder der Partei Die Linke werden beispielsweise stereotyp mit Karl-Marx-Rauschebart und häufig als ungepflegt dargestellt. Als Erkennungszeichen gilt der rote Kommunistenstern. In Bild und Sprechblase wird geschildert, sie seien schmutzig, verwahrlost oder faul – und würden deshalb von Rechten verprügelt. Mitunter werden Linke als dumm und nahe liegendes übersehend stigmatisiert: In den ersten zwei Bildern eines Comics fordern derart trottelig dargestellte Figu-



„Comics gegen Rechts“ als Gegenpart zu bunt gemalter brauner Propaganda: Im Comic „Unter uns“ werden ein Junge und ein Mädchen als gleichberechtigte Handlungsträger vorgestellt, es wird ohne pädagogischen Zeigefinger erzählt, es bleibt viel Raum für eigene Gedanken.

ren Freiheit für Chile oder Peru – im dritten kommt schließlich ein Rechter, um Freiheit für Deutschland zu fordern. Punks sind im Visier rechter Comic-Zeichner als stinkend, kiffend und saufend dargestellt. Hier geht es heftig zur Sache – mit Geschichten, die ebenso böse wie diskriminierend sind. Beispiel: Ein Job suchender Punk bewirbt sich als Musiker im Hotel. Der Chef bestätigt grinsend, für ihn „andere Verwendung“ zu haben. Später sieht man die Hotelier-Gattin den Punk an den Beinen packen und ihn als Klobürste mit dem Kopf nach unten verwenden. Juden werden hässlich und mit großer Nase gezeichnet. So platt und Vorurteil beladen geht es im antisemitischen Comic zu: Eine Faust schlägt auf einen Mann ein: Dieser geht kaputt – es hagelt Dollarscheine. Diese rechtsextremen Comics symbolisieren



Der Comic „Andi“ startete mit einer Auflage von 100 000 Exemplaren

meist gar keine Rede – obgleich dort in sehr emotionalisierender Weise Juden, Punks, Linke, Andersdenkende aber auch der Staat und seine demokratischen Institutionen infam verhöhnt und zum Feind-

Informationsveranstaltungen über „Braune Comics?!“

Eine mehrtägige Tagung samt Begleitband am Ende des Jahres wird vom Archiv der Jugendkulturen und Ralf Palandt geplant: in Anlehnung an seinen Artikel „Braune Comics?! Bilder vom rechten Rand der Gesellschaft“ im Comic! Jahrbuch 2009 (Icom e.V., www.comic-i.com) „Comics von Rechts“, „Comics gegen Rechts“ und „Geschichtcomics im Unterricht“ sind Thema; wie auch im interdisziplinären Rahmen Untersuchungen und Erfahrungen über Inhalte, Funktionen, Mechanismen und Wirkung von Comics aus dem Themenkreis Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vorgestellt und diskutiert werden. Jede/r der hierzu arbeitet und Interesse hat, Erkenntnisse zu präsentieren oder Thesen und Theorien zu diskutieren, wird gebeten sich zu bewerben. Dafür soll ein Abstract für einen Vortrag oder Aufsatz bis zum 30. April 2009 per E-Mail an die Veranstalter geschickt werden. Informationen: www.jugendkulturen.de/index.html?projekte.html

Vortrag von Ralf Palandt: „Comics von Rechts – Comics gegen Rechts“ am 25. März, 19 Uhr, im EineWeltHaus München, Schwanthalerstr. 80

oft die von Rechten Rassisten erfundene so genannte jüdische Weltverschwörung: Juden beherrschten Regierungen, Wirtschaft und Medien. In Comicsprache sind rechtsextreme Kampfbegriffe und Codes eingeführt. „Nieder mit ZOG“. ZOG steht für „zionist occupied government“ (zionistisch besetzte Regierung). Häufig taucht die Zahl 88 auf. Die Acht steht für den achten Buchstaben im Alphabet, es geht um die Abkürzung für Heil Hitler. Wichtig sei es, Journalisten und Experten zu sensibilisieren, solche Comics erkennen und einordnen zu können. „Nur wer um die Bedeutung weiß, kann die Öffentlichkeit kompetent informieren“, meint Palandt.

Auch der Staat wird in braunen Karikaturen verunglimpft – gestänkert wird gegen Richter, Polizisten, Politiker oder Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. In Frankreich gehe bereits eine professionelle rechte Zeichner-Szene zu Werke und versuche Rassenideologie in eine die Jugend ansprechende Form zu gießen, so der Kommunikationswissenschaftler. Autodidakten und Laien erstellten so genannte Fanzines. Meist würden diese über Mailverteiler intern in der rechten Szene vertickt – aber auch unter Schülern gehandelt

und ausgetauscht. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien habe viele auf den Index gesetzt, weil darin Straftatbestände vorkämen wie Verfassungsfeindlichkeit, Volksverhetzung, Landfriedens-

In Anlehnung an „Andi“ kam ein weiterer Comic im Sächsischen heraus



bruch, Beleidigung, üble Nachrede oder Rufschädigung. Bei den Rechten hat man die sehr direkte und emotionale Wirkung von Comics erkannt: Feindbilder gehen mit Bildern intensiver und schneller in die Köpfe hinein.

Sehr bewusst betreibt die NPD in Zukunft vermeintlich harmlosen Comics Eigenwerbung. Einen Comic folgenden Inhalts verteilt die Partei auf Schulhöfen: Alex steht vorm Arbeitsamt. Vor der Tür ist ein Stand von der NPD zu sehen. Dort steht Tina, und erklärt Alex, warum er bei der NPD mitmachen soll. Der Jugendanteil wäre angeblich so groß.

Nach dem Motto „Was verboten ist, macht uns gerade an“, kursierten allerdings nicht nur jene vergleichsweise braven Comics, sondern auch die mit schmutzigen Inhalten unter Schülern. Darin würden Aktionen und Gewalttaten gezeigt, und auch ganz offen dazu aufgefordert. Erobert euch die Straße zurück, kämpft gegen die Feinde, knüppelt Juden, ausländische Mitbürger oder Linke und Punks, heiße es. Ein zweifelhafter Unterhaltungs- und Belustigungsfaktor mache diese Propaganda extrem gefährlich.

Gitta Düperthal ■

Anzeige

Lesben kaum in den Medien

Oft als sexuelle Praxis nicht als Lebensweise gesehen

Lesben tauchen in den Medien in der journalistischen Berichterstattung nur sehr selten auf. Verglichen mit Schwulen sogar noch seltener. Das zeigt bislang keine Studie. Doch die Aussagen lesbischer Funktionsträgerinnen von Lesben- und Homosexuellenverbänden sprechen eine deutliche Sprache. „Die Präsenz von Homosexuellen und homosexuellen Themen in den Medien ist meines Wissens noch nicht untersucht worden. Besonders auffällig in dieser Hinsicht ist übrigens die deutliche Unterrepräsentanz von weiblicher Homosexualität auch im Rahmen der CSD-Berichterstattung“, so Renate H. Rampf von der Pressestelle des Lesben und Schwulen Verbandes Deutschland (LSVD) auf Anfrage von M.

Die Lebensentwürfe und die Alltagsrealität frauenliebender Frauen finden nach einer Presseinformation der Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in Nordrhein Westfalen e.V. wenig oder keine positive Berücksichtigung in der Presse. „Gerade so genannte Frauenzeitschriften, aber auch die großen Jugend- und Publikumsmagazine lassen eine deutliche Einbeziehung lesbischer Themen nach wie vor vermissen – oder geben ihnen höchstens in Form von problematischen Coming-out-Geschichten Raum“, so die Geschäftsführerin Gabriele Bischoff. So täten sich nur wenig gute Identifikationsmöglichkeiten auf für eine Bevölkerungsgruppe, die laut einer *Brigitte*-Studie vom Frühjahr 2008 doch mindestens 9% der weiblichen Bevölkerung aller Schichten und Altersgruppen umfasse. Denn so viele junge Frauen zwischen 17 und 29 Jahren antworteten auf die Frage, mit wem sie in einer Partnerschaft zusammenleben wollten: „mit einer Frau“, weiß Bischoff.

Und Pressesprecherin Elke Heinicke vom bundesweiten Verein Lesbenring stellt fest: „Ganz oft weiß ich, dass in den Medien über Lesben berichtet wird, es steht aber nicht dabei.“ Über heterosexuell lebende Frauen sei häufig zu lesen: „Ist verheiratet, hat drei Kinder“, während bei lesbischen Frauen zu diesem Thema gar nichts stehe. Als Gründe sieht die Heidelbergerin, dass Lesben nicht unbedingt in ihre Vita schreiben, wie sie leben, da es nach wie vor nicht Karriere fördernd ist.

Oder es werde von den Zeitungen- und Zeitschriftenverlagen nicht gewünscht, dass das Lesbischsein auftauche. „Es passiert oft, dass die dann sagen: Wir schreiben bei den anderen auch nicht, was sie im Bett tun. Lesbischsein wird immer noch oft als sexuelle Praxis gesehen und nicht als Lebensweise“, sagt Heinicke. Dadurch blieben Lesben unsichtbar. Sie spricht aus eigener Erfahrung. Wenn sie selbst interviewt wird, muss sie fast schon regelmäßig darauf bestehen, dass ihr Lesbischsein miterwähnt wird. Andererseits befriedigen nach Heinicke weder lesbenpolitische Forderungen noch ein Coming Out den Hunger der Medien nach Sensationen, außer es handelt sich ausnahmsweise um eine ohnehin im Rampenlicht stehende Persönlichkeit. Wenn Lesben aber dennoch in den Medien auftauchen, ist nach den Worten der Dozentin für Sprachen die Regenbogenfamilie beliebter Gegenstand der Berichterstattung. „Die Medien suggerieren, dass es ein natürliches Bedürfnis einer jeden Frau sei, Kinder zu haben. Fürsorgliche lesbische Mütter scheinen im Mainstream am Leichtesten akzeptiert zu werden.“

■ Spektakuläres findet Platz

Bei Fernsehübertragungen von Christopher Street Day (CSD)-Paraden werde über Lesben in der Regel nur am Rande berichtet und obendrein würden sie im Kontrast zu den bunten, schrillen Schwulen dann oft auch noch als humorlos und verbissen dargestellt. Ihr Wunsch, „dass genauso selbstverständlich wie heterosexuelle Lebensweisen lesbische einfließen mit verschiedenen Berufen mit und ohne Kinder, politisch aktiv und nicht aktiv“. Mit politischen Forderungen sei es dagegen – auch für den etwa 7.000 Lesben vertretenden Lesbenring – schwierig, in den Medien Platz zu finden. Thematisch komme alles unter, was spektakulär sei. „Lesben haben oberflächlich die eine oder andere Forderung erfüllt bekommen wie die Homo-Ehe. Damit meinen alle, Diskriminierung sei heute kein Thema mehr“, erklärt Heinicke. Jedoch: „Je mehr Lesben in den Medien vertreten sind, umso leichter



wird es für die Einzelne, sich in ihrem Umfeld zu outen – privat wie beruflich.“ Da beiße sich die Katze in den Schwanz: Je schwerer es sei, sich zu outen, umso weniger kämen Lesben natürlich in den Medien vor. Und sie nennt für die Ignoranz der Medien gegenüber Lesben als Beispiel: „Als 2007 das Lesbenbewegungsbuch („100 Jahre Lesbenbewegung“) eingeführt wurde, wurde in Berlin ein rauschendes Fest gefeiert. Fünfzig von insgesamt hundert Autorinnen kamen aus ganz Deutschland. Es gab eine mehrere hundert Meter lange Schlange von Frauen, die nicht mehr reinkamen zur Party.“ Die Presse würdigte dieses Großereignis keines Wortes. Dagegen fiel der öffentliche Fokus just an diesem Wochenende auf die frisch geoutete Anne Will.

Elke Heinicke selbst hat einen Überblick. Sie liest möglichst breit gefächert von der *Frankfurter Rundschau* über eine Regionalzeitung, *Emma* und *Brigitte* bis zum *Spiegel* plus Internet. Denn einen Fernseher hat die in fester Partnerschaft Lebende nicht. Im Internet seien Lesben möglicherweise nicht mehr präsent als in den Printmedien. Da Lesben sich hier jedoch Plattformen geschaffen haben, könne sie die Seiten gezielt aufsuchen. „Auch mussten viele Lesbenzeitschriften in der Vergangenheit ihr Erscheinen einstellen wie die *UKZ*, die *IhrSinn* und der *Lesbenstich*, so dass Lesben hier die Möglichkeit genommen wurde, in größerem Maße in eigenen Medien sichtbar zu sein.“ Und zum Schluss meint sie noch: „Wir sollten unsere eigenen Medien wertschätzen. Niemand wird das abdrucken, was wir gerne lesen möchten, wenn wir es selbst nicht tun wie im *LesbenringInfo* und der *Krampfader – FrauenLesbenzeitschrift*.“

Britta Erlemann ■

Illustration: Petra Dreißler

Streichkonzert

WAZ: Noch mehr Stellenabbau – weniger Lokalredaktionen

60 Arbeitsplätze mehr als bislang angekündigt will die WAZ-Mediengruppe bei ihren vier Zeitungstiteln in NRW abbauen. Statt 272 von etwa 900 Beschäftigten sollen nun 289 Redakteurinnen und Redakteure und 41 kaufmännische Angestellte, also insgesamt 330 Beschäftigte ihren Job verlieren. Mehr Redaktionen, als zunächst geplant, sollen geschlossen werden.

Auf einer Pressekonferenz in Dortmund haben die Betriebsräte der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung/WAZ*, *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung (NRZ)*, *Westfälische Rundschau (WR)* und *Westfalenpost (WP)* die Pläne der Geschäftsführung und der Chefredakteure kritisiert und als „Streichkonzert ohne inhaltliches Konzept“ bezeichnet. Eigene Konzepte der Betriebsräte seien nur in „homöopathischen Dosen“ in das „reine Sparkonzept“ der Unternehmensberatung eingeflossen. Da allein 214 Stellen in den Lokalredaktionen abgebaut werden sollen, müssten viele Redaktionen demnächst unterbesetzt arbeiten. Dadurch sei die Qualität der Berichterstattung gefährdet. Dem Lokaljournalismus drohe ein „Tod auf Raten“. Dabei liege die Zukunft der Zeitungen gerade im Lokalen.

Die acht Betriebsräte beklagten auch den „nie wieder rückholbaren Verlust von Meinungsvielfalt“, der durch Redaktionsschließungen entstehe. Auch in ihrem Haus seien „die Verleger gegangen und die Kaufleute gekommen“, so dass ernüchternde Fazit der Betriebsräte nach einem mehrmonatigen Verhandlungsmarathon.

Ein Teil des Sparkonzepts besteht aus der Schließung oder Zusammenlegung dutzender Lokalredaktionen, z.B. im Sieger- und Sauerland. Das erste Opfer ist die vierköpfige Lokalredaktion der *WR* in Meschede. Die *Rundschau* erscheint dort seit Anfang März mit dem Lokalteil der *West-*

falenpost. Die Redakteure haben entweder den Verlag verlassen oder werden anderweitig eingesetzt. Beschlossen ist auch das Ende der *WR*-Lokalredaktionen in Bad Berleburg und Olpe. Die Siegener Redaktion wird von bisher 10 Redakteuren auf eine Minimallösung mit vier Redakteuren zurückgefahren. Fünf Redaktionen im Märkischen Kreis werden zentral zu einer Regio-Redaktion zusammengefasst, die bisherigen Redaktionen in Unna, Kamen, Lünen, Schwerte in den Dortmunder Newsdesk integriert. Nur etwa die Hälfte der Stellen bei der *WR* bleibt erhalten.

■ Lokale Vielfalt vorgetäuscht

Der andere Teil des Personalabbaus soll durch das sogenannte Branden, also durch blattspezialisierte Übernahme und Anmutung eines bereits vorhandenen Lokalteils erreicht werden. So wird sich die *NRZ* nicht nur fast komplett aus der Landeshauptstadt Düsseldorf zurückziehen, sie wird in der Kulturhauptstadt 2010 Essen z.B. zukünftig den Essener *WAZ*-Lokalteil branden, mit einer von 11 auf 4 Redakteure drastisch reduzierten Besetzung. Analog wird die *WR* in Hagen und Arnsberg den Lokalteil der *WP* bearbeiten. „Mogelpackungen“ nennt diese Art von Lokalausgaben der Dortmunder ver.di-Sekretär Norbert Szepan, da den Lesern nur noch eine lokale Vielfalt vorgetäuscht wird, die de facto nicht mehr vorhanden sei.

Der zentrale Contentdesk für die *WAZ*, die *WR* und die *NRZ* wird in Essen unter dem Dach der *WAZ* entstehen. 83 Redakteure werden dort unter der Leitung des Chefredakteurs Ulrich Reitz arbeiten. Acht regionale Produktionsdesks übernehmen für die noch verbleibenden Lokalredaktionen das Layout und die Seitenproduktion.

Die *Hagener Westfalenpost* soll als Sondermodell einer Heimatzeitung für Südwestfalen fortgeführt werden. Statt 156 werden zukünftig nur noch 105 Redakteure für diesen Titel arbeiten, der die Lokalredaktionen in Soest und Werl (was den Mitbewerber *Soester Anzeiger* aus der Ippen-Gruppe freuen dürfte), Warstein, Siegen, Ennepe-Süd und Wetter/Herdecke aufgibt.

Wie viele Beschäftigte Abfindungen erhalten oder Angebote zur Altersteilzeit oder Teilzeit angenommen haben, darüber liegen dem Verlag noch keine genauen Zahlen vor. Betriebsräte haben in einigen Redaktionen eine regelrechte „Abbruchstimmung“ registriert. Bis Ende Februar zahlte der Verlag Mitarbeitern, die zur sofortigen freiwilligen Aufgabe ihres Arbeitsplatzes bereit waren, eine „Sprint-Prämie“, bei der es auf die normale Abfindung noch einmal 60 Prozent obendrauf gab. Die Arbeitnehmervertreter sind nach wie vor optimistisch, dass auch der noch mal erweiterte Personalabbau sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen abläuft. Zufrieden sind sie mit den Konditionen, die mit der Geschäftsführung für Abfindungs- und Vorruhestandsregelungen ausgehandelt werden konnten. Über ein neuartiges Konzept für die bislang 55 festangestellten Fotografen bei der *WAZ* und bei der *NRZ* werden derzeit noch Gespräche geführt. Die Bild-/Textredakteure sollen mit Besitzstandswahrung in die New Media-Gesellschaft (Der Westen) ausgegliedert werden. Profitieren wird von der Umstrukturierung nur das nicht tarifgebundene Online-Portal derwesten.de, das um zwanzig Stellen aufgestockt wird.

Nennenswerte Proteste gegen die geplanten Redaktionsschließungen und den massiven Personalabbau hat es bislang nicht gegeben. Lediglich in Herne hatten etwa 80 Menschen am 13. Februar, aufgerufen von ver.di und DGB, für den Erhalt der *WAZ*-Redaktionen in Herne und Wanne-Eickel demonstriert. Unter dem Motto: „Stoppt die Walze“ gab es am 7. März auf dem Marktplatz von Soest eine Protestkundgebung. Bei der Demonstration durch die Stadt wurde für jede gestrichene Stelle ein Luftballon steigen gelassen. Der Unmut der Betroffenen und der Leser artikuliert sich vor allem in dem Gewerkschaftsblog www.medienmoral-nrw.de. Dort finden sich zahlreiche Artikel und Kommentare sowie Protestschreiben an die Gruppen-geschäftsführer Bodo Hombach und Christian Nienhaus. Frank Biermann ■

Betriebsratsvorsitzende: Volker Dörken (WP), Heinz-G. Lützenberger (WP), Sigrid Krause (WAZ), Barbara Merten-Kemper (WAZ), Markus Peters (NRZ) und Uwe Zak (NRZ) (v.l.n.r.)



Foto: Roland Geisheimer / atenzione



Warnstreik der Redaktionen Capital und impulse am 18. Februar in Köln

„Wir sind dann mal weg ...“

G + J auf unfairm Kurs im Umgang mit seiner Wirtschaftspresse

Bei der „Umstrukturierung“ seiner Wirtschaftspresse, sprich der Schließung der Standorte Köln (*Capital*, *impulse*) und München (*Börse Online*), der Kündigung aller Redakteure der drei Titel und der Gründung einer neuen, mit der *Financial Times Deutschland* (FTD) gemeinsamen Zentralredaktion in Hamburg zum 1. März, fährt Gruner+Jahr (G+J) weiterhin eine harte Linie und zeigt keine Kompromissbereitschaft. Die Verhandlungen über einen Sozialplan für die gekündigten Kölner Kolleginnen und Kollegen sind nach der siebten Verhandlungsrunde am 6. Februar gescheitert. Eine Einigungsstelle tagt erstmals am 10. März.

Am Anfang stand das Zitat des damaligen G+J-Zeitschriftenvorstandes Deutschland und ehemaligen FDP-Abgeordneten des schleswig-holsteinischen Landtags Bernd Buchholz: „Wenn Sie als Kapitän auf der Brücke stehen und eine Riesenwelle aufs Schiff zukommen sehen, dann müssen Sie den Leuten auf dem Sonnendeck sagen, dass sie ihre Liegestühle und Drinks beiseite stellen müssen.“ Damals begann das große Bibbern in den Redaktionen von G+J, denn mit „Zuckerbrot und Peitsche“, (M 11 / 2008) waren Sparmaßnahmen und Entlassungen angekündigt worden. Oder wie es Vorstandschef Bernd Kundrun feiner formulierte: Es werde „in den nächsten Wochen in all unseren Ländern unser Portfolio“ bereinigt. Kundrun bereinigte sich erst einmal selbst und schied zum Jahresende aus. Sein Nachfolger als oberster G+J-Chef wurde „Kapitän“ Buchholz. Dessen Einschnitte beim Portfolio: Das Ende für die Luxus-Postille *Park Avenue*, die russische Zeitschrift *Life & Style* und

das Wochenmagazin *Gala Niederlande*. Platz auf dem Sonnendeck: 58 Stellen weniger in Verlag und Redaktion. Doch damit nicht genug. Bernd Buchholz legt bei den G+J-Wirtschaftsmedien mit einem deutschen Navigations-Clou nach: Die Wirtschaftstitel *Capital*, *impulse*, *Börse Online* und *Financial Times Deutschland* werden redaktionell in Hamburg gebündelt, die Standorte in Köln und München geschlossen, den dortigen 110 Beschäftigten betriebsbedingt gekündigt. Sie können sich, wenn sie denn wollen, auf 60 neue Stellen in Hamburg bewerben, die allerdings nicht tarifgebunden sind. Neueinstellungen, auch für altgediente Redaktionsmitglieder: fraglich. Buchholz über die Höhe des Einsparpotentials: „Es ist ein signifikanter siebenstelliger Betrag.“

■ Projekt Himmelfahrtskommando

Schon frühzeitig kritisierte ver.di die geplanten Stellenstreichungen. Der stellvertretende Vorsitzende Frank Werneke: „Bei solch einem Wirtschaftsjournalismus auf Sparflamme bleiben Unabhängigkeit von Unternehmens-PR, Präzision und kritische Recherche auf der Strecke. Wie mit den betroffenen Wirtschaftsjournalisten verfahren wird, lässt an den Unternehmensgrundsätzen von Gruner+Jahr zweifeln.“ Auch die Betriebsräte aus Köln und München gingen auf die Barrikaden. In einem Brandbrief an Hartmut Ostrowski, den Vorstandsvorsitzenden beim Mehrheitsgesellschafter, beurteilen sie „das Projekt als Himmelfahrtskommando“, sprechen vom „wachsenden Dilettantismus der Verlagsführung“ und einer „verlegeri-

schen Katastrophe“. Zusammenfassend sehen sie „die gesamte Wirtschaftsmedien-Gruppe von Gruner + Jahr in einer schwerwiegenden, existenzgefährdenden Krise.“

Doch Ostrowski wies ebenso kurz wie knapp jegliche Kritik zurück: Das von den Betriebsräten angegriffene Management habe sein Vertrauen, der eingeschlagene Weg sei ohne Alternative. Und sein Vorsitzender Bernd Buchholz ging noch einen Schritt weiter: „Die Qualität darf nicht als pauschales Totschlagargument dafür herhalten, dass nichts mehr geht.“

Aber so problemlos, wie Buchholz sich die Abwicklung der Redaktionen in Köln und München vorgestellt hatte, ging der Plan nicht über die Bühne. Er hatte nicht mit dem Widerstand der Belegschaft gerechnet. Zusammen mit den Betriebsräten probten die Redakteurinnen und Redakteure den Aufstand und forderten gerechte Abfindungsregelungen. Noch im vergangenen Herbst hatte der Verlag freiwillig Ausscheidenden ein großzügiges Angebot unterbreitet: Ein Bruttomonatsgehalt pro Jahr der Betriebszugehörigkeit (begrenzt auf 18 Jahre), eine Einmalzahlung von 50.000 Euro und eine 1,5-fache Kündigungsfrist. Nun aber will G+J allen jetzt gekündigten Mitarbeitern der Wirtschaftsmedien nur noch 0,9 Bruttomonatsgehälter pro Jahr der Betriebszugehörigkeit (maximal 18 Jahre) zahlen. Und von einer Einmalzahlung ist keine Rede mehr.

Am Tag der 7. Verhandlungsrunde für einen Sozialplan begrüßten die Kölner von *Capital* und *impulse* die Geschäftsleitung mit Plakaten und Transparenten: „Wir sind dann mal weg...“ Dann verließen sie schweigend das Verlagsgebäude und begannen eine „kreative Frühstückspause“. Der Freitag war für sie gelaufen, und auch die gütlichen Verhandlungen endeten ergebnislos. *Capital*-Redakteurin und Betriebsrätin Ruth Bohnenkamp: „Wir wollen uns nicht abspeisen lassen. Es geht schon lange nicht mehr ums Geld, sondern um Gerechtigkeit.“ Auf einem anderen Protestschild hatte gestanden: „Wenn schon entsorgt, dann fair.“ Als „unfair“ beurteilt auch ver.di das Vorgehen des Zeitschriftenverlags. „Die Kolleginnen und Kollegen bei *Capital* und *Impulse*“, so Frank Werneke, „sind zu Recht verärgert und haben allen Grund, sich zu wehren. Dieses Vorgehen von Gruner+Jahr/Bertelsmann ist absolut unwürdig und beschämend.“ Bei Redaktionsschluss dauerten die Verhandlungen zum Sozialplan für *Börse Online* in München noch an, aber auch hier ist wegen der gleichen Verhandlungsposition der Verlegerseite mit einem Scheitern zu rechnen. „Es herrscht Eiszeit“, so Thomas Thielemann vom Hamburger G+J-Betriebsrat.

Wulf Beleites ■

Sammeln im Netz

Deutsche Nationalbibliothek auf neuem Archivierungskurs

Die Deutsche Nationalbibliothek sammelt seit Oktober auch Netzpublikationen. Wird es damit ein kostenloses Archiv für das deutschsprachige Internet geben, eine Art staatlich finanzierter Archive.org, eine Way-Back-Machine? Oder droht Website-Betreibern damit eine neue Abmahnwelle? Denn wer seine digitalen Medienwerke nicht abliefern, riskiert laut der jetzt in Kraft getretenen Pflichtablieferungsverordnung eine Ordnungsstrafe von bis zu 10.000 Euro.

Abliefern bedeutet nicht, dass jeder Autor seine Werke per FTP-Upload und als PDF-Datei auf der Stelle auf den Server der Nationalbibliothek laden muss. Betreiber von Websites, die nicht regelmäßig aktualisiert werden, sowie Blogger und Foren-Betreiber müssen nichts unternehmen, denn die Bibliothek wird Blogs, Foren und Websites mit statischen Inhalten nur automatisiert über einen eigenen Crawler erfassen und archivieren.

In der Praxis, so stellt der Sprecher der Nationalbibliothek Stephan Jockel klar, sammle die Nationalbibliothek nur bezogen auf das Einzelobjekt. Darunter versteht sie E-Books, elektronische Zeitschriften, Hochschulprüfungsarbeiten und so genannte Digitalisate, die im Internet veröffentlicht wurden. Unter elektronischen Zeitschriften versteht die Einrichtung E-Journals, wie sie Wissenschaftsverlage wie

Springer statt Print-Journale betreiben. Digitalisate sind das Ergebnis eines Digitalisierungsvorgangs. Das bedeutet, wenn wie etwa für das Projekt „Google Books“ mit Hilfe eines Kopierers oder Scanners aus einem Papier-Dokument eine PDF-Datei erzeugt wird.

All diejenigen, die ein E-Book veröffentlicht haben, müssen dieses also bei der Nationalbibliothek melden. Sie hat auf ihrer Website unter dem Stichwort „Netzpublikationen“ eine so genannte Abliefererschnittstelle eingerichtet. Hier gibt es Auskunft über die verschiedenen Möglichkeiten, seine Werke abzuliefern: Abhängig davon, wie viele Publikationen jemand veröffentlicht, muss er entweder nur die Metadaten angeben und die Bibliothek holt das Dokument selbst auf der Website ab oder er muss die Publikation selbst hochladen. Stehen die Dokumente in mehreren Formaten zur Verfügung, bevorzugt die Einrichtung das PDF-Format. „Bei regelmäßigen Veröffentlichungen ist es sinnvoll, mit der Abteilung ‘Erwerbung’ Kontakt aufzunehmen“, rät Jockel.

Für Nachrichtenwebsites entwickelt die Deutsche Nationalbibliothek zurzeit ein eigenes Verfahren, das sie mit den Herausgebern hinsichtlich Praktikabilität und eines angemessenen „Abhol“-Intervalls abstimmen wird. Sammelrichtlinien als interne Arbeitsanweisung werden

künftig das Sammelgebiet und etwaige Ausnahmen konkret beschreiben. Diese Richtlinien sollen der technischen Sammel-fähigkeit der Einrichtung entsprechend laufend aktualisiert werden.

Ein Vorteil für die Urheber ist schon jetzt abzusehen: Hat die Nationalbibliothek einmal die Werke archiviert, ist sie verpflichtet, sie so lange wie möglich verfügbar zu halten. Für die Langzeitarchivierung versieht sie die Originaldatei mit Metadaten. Gibt es neue Software-Versionen, wird das Dokument auf die nächst lesbare Form migriert. Außerdem werden alte Programme emuliert, das heißt, sie werden innerhalb neuerer Programme ausgeführt.

Alle digitalen Werke sind in den Lesesälen der Nationalbibliothek in Frankfurt am Main sowie in Leipzig einsehbar. Nur wenn ein Urheber zustimmt, sind sie über den Server der Einrichtung auch im Internet frei verfügbar. Das heißt jedoch, dass Urheber von sich aus die Zustimmung erteilen müssen, wenn sie darauf Wert legen sollten. Alle Dokumente, die über Harvesting-Verfahren gesammelt wurden, werden zunächst nur über die Lesesäle verfügbar sein, da hier erst einmal keine Genehmigung der Urheber vorliegt. Übrigens audiovisuelle Inhalte sammelt die Nationalbibliothek nur dann, wenn Musik im Vordergrund steht. Auf diese Weise wird sie ein umfangreiches Musikvideo-Archiv aufbauen. Inhalte der öffentlich-rechtlichen Sender sind hiervon nicht betroffen, da sie im Rundfunkarchiv gespeichert werden.

Christiane Schulzki-Haddouti ■

Link: Deutsche Nationalbibliothek, <http://www.d-nb.de>

MOZ lagert aus

Zwei-Klassen-Belegschaft

Die Finanzkrise und rückläufige Werbeaufträge seien schuld. Mitte Januar überraschte in Frankfurt/Oder Geschäftsführer Dr. Bodo Almert Betriebsrat und Beschäftigte der *Märkischen Oderzeitung (MOZ)* mit zwei Hiobsbotschaften: Zum einen wird der Anzeigensatz, in dem jetzt 12 Kolleginnen und Kollegen tätig sind, zum 31. Juli geschlossen, die Arbeiten sollen künftig fremd vergeben werden. Zum anderen kündigte er an, die komplette Redaktion und den Verlagsservice ab 1. April in die MOZ Redaktion GmbH auszulagern. Das betrifft 95 Redaktions- und 10 Verlagsbeschäftigte an insgesamt elf Standorten. Die künftige GmbH firmiert bisher unter der Bezeichnung GMD Gesellschaft für Mediendienstleistungen mbH und ist als hauseigene Leiharbeitsfirma eine 100prozentige Tochter der Märkischen Verlags- und Druckhaus GmbH & Co. KG. Sie ist nicht tarifgebunden. Momentan sind dort 35 Jungredakteure und ehemalige Pauschalisten angestellt, deren Einstellungsgehälter fast ein Drittel unter denen der angestammten MOZ-Redakteure liegen. Geplant ist ein Betriebsübergang nach § 613a. Die bisherigen haustarifvertraglichen Regelungen für die Alt-Redakteure sollen in individuelle Arbeitsverträge übernommen werden. Der jetzt in der Redaktion tätige Betriebsrat sei künftig für die gesamte GMD zuständig, wo es bislang keine Interessenvertretung gab.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Anzeigensatzes hat der Betriebsrat am 30. Januar einen Sozialplan abgeschlossen, der Abfindungen, Ausgleichszahlungen, Qualifizierungsmöglichkeiten und eine Bevorzugung bei Neueinstellungen vorsieht. Die Satzarbeiten, so heißt es aus dem Management, sollen ab August von einer Leipziger Firma erledigt werden.

Was die Formierung der „Zwei-Klassen-Belegschaft“ in der Redaktion betrifft, so hat Andreas Köhn, ver.di-Landesfachbereichsleiter Medien, von der Geschäftsleitung gefordert, „dass sie auch künftig die tariflichen Regelungen einhält und kein Lohndumping betreibt“. Eine Betriebsversammlung für die Gesamtbelegschaft ist für den 2. April vorgesehen. neh ■



Protestschilder im Schaufenster einer Buchhandlung in Frankfurt/Main

Unlust auf Umzug

Mitarbeiter bei Suhrkamp fühlen sich außen vor gelassen

Jetzt ist es spruchreif: Der Suhrkamp-Verlag zieht von Frankfurt am Main nach Berlin um. 85 Prozent der Mitarbeiter finden das gar nicht hipp. ver.di fordert, eine gleichberechtigte Dependance in der Bankenmetropole zu belassen.

Die Öffentlichkeit hatte es noch vor den rund 150 Mitarbeitern erfahren: Suhrkamp, der alte Frankfurter Traditionsverlag, eng verknüpft mit der kritischen Theorie der Soziologen und Philosophen der Frankfurter Schule von Theodor W. Adorno bis Max Horkheimer, zieht nach Berlin um. Neues Domizil soll das Nikolai-Haus in Berlin Mitte werden, in Frankfurt will der Verlag nur eine Dependance behalten, verlautbart die Verlagsgeschäftsleitung. Volker Koehnen, zuständiger Gewerkschafter von ver.di, kritisiert, dass die Geschäftsleitung ihre Mitarbeiter in die Entscheidung über den Umzug in die Bundeshauptstadt überhaupt nicht einbezogen hat. Als „endlose und ätzende Hängepartie, völlig intransparent gestaltet“ schildert Koehnen den Entscheidungsprozess gegenüber *Menschen Machen Medien*. Die Unlust auf einen Umzug an die Spree ist bei den Verlagsangestellten dementsprechend ausgeprägt: Mitarbeiter kleben überall in Frankfurt rot durchgestrichene Berlin-Ortsschilder. 85 Prozent hatten sich bei einer Umfrage des Betriebsrats gegen den Abzug aus der Mainmetropole ausgesprochen. „Ihre Kinder gehen in Frankfurt zur Schule oder sie pflegen ihre Eltern in der Stadt“, kommentiert Koehnen. „Jetzt sollen sie ihr privates Umfeld von heute auf morgen aufgeben“. Er befürchtet, dass die Verlagsleitung die Umstrukturierung nutzen könnte, personell auszudünnen. Konservative Kommentatoren sprechen dazu bereits Klartext: „Mit dem Umzug kann Suhrkamp Geld sparen. Denn nur die Hochmotivierten werden vom Main an die Spree wechseln.“, bejubelt Hans-Peter Siebenhaar vom Handelsblatt den aus seiner Sicht geschickten Schachzug. Sein

Fazit: „Umzüge sind für Verlage durchaus von Vorteil, denn dadurch wird in schwierigen Zeiten relativ schnell Personal abgebaut“.

Im Gegensatz zu derart abgebrühten alten Medienhasen geben sich berühmte Stammautoren des Verlags deutlich verstimmt. Der Schweizer Suhrkamp-Autor Adolf Muschg verübelt der Verlegerwitwe Ulla Unseld-Berkéwicz den auf diese Weise beschlossenen Umzug derart, dass er aus Protest seinen Wechsel zum Verlag C. H. Beck verkündete. Der Verlag habe „immer enorm von seiner inneren Unerschrockenheit gelebt“, sagte er gegenüber dem *Hamburger Abendblatt*: Die Unabhängigkeit der Mitarbeiter sei verloren gegangen.

ver.di-Gewerkschafter Koehnen drängt darauf, dass in Frankfurt am Main zumindest eine gleichberechtigte Dependance bleiben muss. Wenn es sein muss, werde man entsprechenden Druck aufbauen – die Beschäftigten stünden wie eine Eins. Die Geschäftsleitung wollte hierzu keine Stellung nehmen, weil sie sich mit dem Betriebsrat in Verhandlungen zum Sozialplan befindet: Stillschweigen sei vereinbart. Ihr sei jedoch eine Mahnung der beiden großen Aufklärer der Frankfurter Schule Adorno und Horkheimer mit auf den Weg gegeben, die Suhrkamp berühmt machten: „Die Menschen bezahlen die Vermehrung ihrer Macht mit der Entfremdung von dem, worüber sie die Macht ausüben“. Koehnen formuliert das so: „Jeder, der sich mit Unternehmenskultur auskennt, weiß, wie wichtig es ist, Mitarbeiter in wichtige Überlegungen einzubeziehen“. Er hegt Zweifel, ob es beim bevorstehenden Umzug wirklich nur darum geht, „Berliner Luft zu schnuppern, weil die Stadt an der Spree als Kulturstandort so hipp ist“. Bei derartigen Riesenprojekten spielten gemeinhin neoliberale Gesichtspunkte eine Rolle, gibt Koehnen zu bedenken. Interessant sei etwa, ob eine Veränderung des Verlagsprogramms anstehe.

Gitta Düperthal ■

Passauer Redakteure verzichten auf Gehalt

PASSAU. Bei der *Passauer Neuen Presse (PNP)* haben sich Geschäftsführerin Simone Tucci-Diekmann und der Betriebsrat auf einen „Beschäftigungspakt“ geeinigt: In den kommenden drei Jahren soll es nur zu einer „maßvollen Erhöhung der Löhne und Gehälter“ kommen, wobei Redakteure teilweise auf Gehaltserhöhungen verzichteten, um damit betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern. Die Vereinbarung gilt bis Juni 2013. Die rund ein Dutzend Zeitverträge – der längste läuft bis ins Jahr 2010 hinein – stehen vor ihrer Verlängerung jedoch allesamt auf dem Prüfstand, wie der zukünftige Chefredakteur Ernst Fuchs gegenüber *kress* bestätigte. Der bisherige Chefredakteur Hans Schregelmann hat die Zeitung verlassen. Als Vize kommt laut *kress* der ehemalige PNP-Redakteur Werner Windpassinger zurück, der zur Zeit beim „Bistumsblatt“ arbeitet. Fuchs will „eine Art Newsdesk“ einrichten, in dem Bayernredaktion, Wirtschaftsredaktion sowie Politik- und Nachrichtenredaktion zusammengefasst werden sollen. Er setzt sich aus elf Redakteuren,

einem Vertreter der Chefredaktion sowie einem Online-Redakteur zusammen. Ursprünglich wollte die PNP 6% ihrer Redakteure entlassen, was mit der Wirtschaftskrise begründet worden war. Red. ■

Aus für 20cent Saar und 20cent Lausitz

SAARBRÜCKEN/COTTBUS (epd). Wegen rückläufiger Anzeigenerlöse wurden die Billig-Tageszeitungen *20cent Saar* und *20cent Lausitz* zum 28. Februar 2009 eingestellt. Der Chefredakteur der *Saarbrücker Zeitung*, Peter Stefan Herbst, machte epd zufolge am 13. Februar die aktuelle Wirtschaftskrise für das Aus verantwortlich. *20cent Saar* war 2005, ein Jahr nach dem Lausitzer Vorbild mit einer Auflage von 50.000 Exemplaren im Saarland gestartet. Zuletzt lag die Auflage beider Zeitungen bei jeweils 15.000. Trotz beachtlicher Erfolge auf dem Lesermarkt konnten die gewünschten kommerziellen Ergebnisse nicht erreicht werden, hieß es. Zurzeit werde geprüft, wie viele Mitarbeiter der Zeitungen im Holtzbrinck-Konzern weiterbeschäftigt werden können. Red. ■

Wochenmagazin Vanity Fair nach zwei Jahren eingestellt

FRANKFURT AM MAIN. Condé Nast stellte das erst vor zwei Jahren in Deutschland gestartete Wochenmagazin *Vanity Fair* ein. Am 19. Februar erschien die letzte deutsche Ausgabe. *Vanity Fair* erreichte mit einer Mischung aus Lifestyle-Themen, politischen Interviews, Mode und JetSet-Themen zuletzt eine Auflage von rund 200.000 Exemplaren in Deutschland. Betroffen von der Einstellung sind die Redaktion in Berlin mit rund 80 Mitarbeitern und die Verwaltung in München. Wie viele Beschäftigte zu anderen Titeln des Verlages (*Glamour*, *Myself*, *GQ Style*) wechseln können, ist nicht bekannt. Noch im Dezember hatte Jonathan Newhouse, Chairman von Condé Nast International vollmundig erklärt: „Es gibt keinen Grund, *Vanity Fair* nicht weiterzuführen. Es ist unsere erfolgreichste Marke.“ Nur zwei Monate später macht Newhouse die dramatische Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfeldes für die Einstellung verantwortlich. Der Internetauftritt soll laut Jonathan Newhouse erhalten bleiben: www.vanityfair.de Red. ■

Anzeige

dpa trägt sich mit Umzugsplänen

HAMBURG. Die Deutsche Presse-Agentur dpa stellt die Produktionsabläufe in ihren redaktionellen Zentralen grundsätzlich auf den Prüfstand. „Am Ende solle feststehen, wie und wo sich die Redaktionen der Agentur für die kommenden Jahre und für die künftige Medienentwicklung richtig aufstellen“, erklärte Chefredakteur Wilm Herlyn in Hamburg. Gute Argumente würden für einen Umzug nach Berlin sprechen, hieß es. ver.di kritisierte diese Pläne. „Bereits vor der Vorlage einer Untersuchung über den Sinn und Unsinn eines Umzugs der dpa-Redaktionen aus Hamburg und Frankfurt nach Berlin forcierten Geschäftsführung und Chefredaktion den Prozess einer Verlagerung, sagte der für die dpa-Gruppe zuständige ver.di-Sekretär Manfred Moos in Frankfurt am Main. Möglicherweise wolle dpa vor dem Hintergrund der Kündigung der dpa-Dienste durch die WAZ-Gruppe gegenüber den Kunden Aktions- und Innovationsfähig-

keit demonstrieren. Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 2. März haben die Beschäftigten der dpa und ihrer Tochterfirmen ein klares Votum für Hamburg abgegeben. Red. ■

Burda Verlagshaus vor Reformprogramm

OFFENBACH. Ein umfassendes Reformprogramm mit „harten einschneidenden Maßnahmen“ kündigte Burda-Vorstand Philipp Welte seinen Mitarbeitern in einer Mail (*kress*) im Februar an. Schuld sei die Krise. Die Internet-Zeitschrift Tomorrow und das Frauen-Heft Young wurden sofort eingestellt. Die Redaktionen der Offenburger Blättchen *Viel Spaß*, *Freizeit Aktuell* und *Freizeit Magazin* werden nach Essen zum Joint-Venture-Partner Stegenwaller (*kress*) ausgelagert. Die Schlussredaktion in Offenburg wird dicht gemacht. Rund 50 Stellen sollen insgesamt abgebaut werden. Weitere kostensenkende Maßnahmen sind vorgesehen. Red. ■

Frankfurter Rundschau ist umgezogen

FRANKFUR AM MAIN. In den „modernsten Newsroom Deutschlands“ (*FR*-Chefredakteur Uwe Vorkötter) ist am 14. Februar die Redaktion der *Frankfurter Rundschau* eingezogen. Aus dem bisherigen Mietquartier im Colosseo wechselten mehr als 200 Angestellte aus Redaktion und Verlag ins ehemalige Sachsenhäuser Straßenbahndepot am Frankfurter Südbahnhof. Die Zeitung kann im großen Foyer auch Veranstaltungen für bis zu 300 Besucher machen. Im rund 700 Quadratmeter großen Newsroom sollen Redakteurinnen und Redakteure an konzentrischen Tischen für die Print- und zugleich für die Online-Ausgabe arbeiten. Die Desktop-Computer sollen demnächst durch ein Netzwerk ersetzt werden, in dem die Dateien der Beschäftigten zentral gespeichert werden. Im Frühjahr wird ein neues Redaktionssystem eingerichtet, das der Mehrheitseigner DuMont für alle Zeitungen seiner Gruppe einführen will. Red. ■

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

LiteraturNachrichten Asien, Afrika, Lateinamerika

Zum 100. Mal erscheinen im März 2009 die von der Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika e.V. (litprom) in Frankfurt am Main herausgegebenen Literatur-Nachrichten. Der Name stapelt tief, enthält doch das 50 Seiten dicke Heft eine Fülle von Lesestoff – vorrangig von oder über Autorinnen und Autoren aus den Ländern, die man zur Gründungszeit des Blattes als „Dritte Welt“ bezeichnete. Im Umfeld der Frankfurter Buchmesse wurde 1980 erstmalig dazu ein Informationsdienst herausgegeben – der damalige Direktor der Messe Peter Weidhaas machte das Blatt über 20 Jahre hinweg zu seiner „Herzensangelegenheit“ und auch der jetzige, Juergen Boos, sei ihm sehr zugetan, wie Chefredakteurin Anita Djafari sagt. Redaktionsteam wie Verein nutzen die Infrastruktur der Messe, unterstützen im publizistischen Anliegen vom Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche. In nahezu 30 Jahren ist ein Autorenstamm gewachsen, junge Leute kommen dazu, Übersetzer sind als „Scouts“ unterwegs, um Themen und Beiträge ins Blatt zu bringen. Diese folgen nicht dem Zufall – seit 2007 werden für alle vier Ausgaben im Jahr Schwer-

punkte gesetzt. So war die Sommerausgabe 2008 schreibenden Frauen in Ghana, Südafrika oder Senegal gewidmet. Das 100. Heft bietet jetzt Migrantenliteratur unter dem Motto „Ich komme aus der Fremde und schreibe in Europa“. Die nächste Ausgabe wird dem Schwerpunkt arabische Welt des Internationalen Literaturfestivals folgen. „Aus täglicher Arbeit auch im Verein beobachten wir, was in der Luft liegt, was auf der Seele brennt“, erklärt die Chefredakteurin die Ideenfindung im fünfköpfigen Redaktionsteam.

Auch das Layout wurde im Laufe der Jahre professioneller. Einst schlicht in Schwarzweiß als Informationsdienst gestartet, kommt das Heft jetzt im anspruchsvollen grafischen Design daher, sparsame Farbigkeit mit unterlegten Elementen verstärkt die Konzentration aufs Lesen, Autorinnen und Autoren werden in großen Porträtfotos vorgestellt. Zwanzig Prozent sind der kleinen Form vorbehalten, vorrangig Rezensionen und Nachrichten über Preise. Ausgebaut werden soll der Serviceteil mit Ankündigungen über Tagungen, Lesungen etc. Anita Djafari, die Anglistik und Germanistik studiert und ihr Examen zu afrikanischer Literatur ge-



macht hat, verantwortet die Zeitschrift seit einhalb Jahren. Sie denkt darüber nach, wie mit pro und contra künftig Debatten im Blatt angestoßen werden können, will Probleme zuspitzen, ein größeres Leserforum initiieren. Gelesen werden die Literaturnachrichten von Verlegern, Übersetzern, Journalisten und von Interessierten, die beispielsweise dem vereinseigenen Anderen Literaturklub angehören. 2.400 Abos werden gehalten, 2.800 beträgt die Auflage. Frei zu kaufen ist das Blatt nur in einigen Bahnhofsbuchhandlungen. Auch kleine Honorare können gezahlt werden. Und Ihr Wunsch zur 100. Ausgabe, Frau Djafari? „Das Heft soll sich weiterentwickeln und aus der Nische herauskommen!“ *Bettina Erdmann* ■

Mehr Mäuse

Erste Tarifverhandlungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die ersten Tarifverhandlungen der aktuellen Runde im öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben stattgefunden. Den Anfang machten der HR und der MDR im Februar, es folgten BR, ZDF und WDR Anfang März. Die Angebote der Sender, sofern sie überhaupt vorliegen, sind für ver.di bisher nicht akzeptabel und ließen noch keine Abschlüsse zu (bis Redaktionsschluss).

Die Senderverbände hatten einheitlich Ende September 2008 die Gehalts- und Honorarverträge gekündigt. Gleichzeitig legte ver.di ihre Forderungen auf den Tisch, von der Tarifkommission ausgiebig diskutiert und beschlossen: Erhöhung aller Gehälter um 300 Euro monatlich und darauf eine lineare Erhöhung von 3%. Für die Freien eine wertgleiche Erhöhung der Honorare im selben Volumen! Beim HR, RB, MDR und ZDF wurden modifizierte Forderungen gestellt.

Die Tarifrunde im öffentlich-rechtlichen Rundfunk steht unter dem Motto: „Gute Arbeit, gutes Geld! Mitglieder VERDInen mehr!“ Sie wird mit zahlreichen, fantasievollen Aktionen begleitet. In der Region des MDR wurden Autoaufkleber verteilt. Darauf die Forderung: „Der MDR holt auf! 150 plus 8, sonst Schicht im Schacht!“ Mit einem am Sendemast befestigten Plakat: „Mehr Mäuse“ machten die Verdianer im Saarländischen Rundfunk auf ihr Anliegen aufmerksam. Kleine weiße Mäuse aus Fruchtgummi waren auf den Tarif-Flugblättern befestigt, die im SR verteilt wurden.

Inzwischen haben sich die Tiere weiter verbreitet, sind zum Beispiel auf dem Mainzer Lerchenberg beim ZDF gesichtet worden. Dort wurde auch das Thema Arbeitsverdichtung im gleichzeitig stattfindenden Personalratswahlkampf thematisiert. Ein ver.di-Kaffeemobil fuhr in den letzten Wochen durch den SR. Der Einladung neben dem Kaffeegenuss mit der Gewerkschaft über Arbeitsbedingungen und Bezahlung zu reden, und wo sonst noch so der Schuh drückt, waren viele Kolleginnen und Kollegen gefolgt.

Während die streikenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes des Saarlandes Ende Februar durch die Saarbrücker Innenstadt demonstrierten, wurden sie von ihren ver.di-Kollegen beim SR mit einer Flugblatt-Aktion unterstützt. Gleiche Ziele sind ausgemacht. Auch die Verdianer des NDR riefen dazu auf, den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zur Seite zu stehen und an den Kundgebungen in Kiel, Hannover, Hamburg und Schwerin teilzunehmen.

Werner Ach, ver.di-Verbandsvorsitzender im ZDF, kommentiert die laufende Tarifrunde: „Nach dem Abschluss im öffentlichen Dienst für den Bund und die Gemeinden liegt jetzt ein weiterer Abschluss für die Länder vor. An beiden werden wir uns orientieren müssen. An unser-



Hamburg: An der Seite der Streikenden vom Öffentlichen Dienst

rer Forderung: Eine spürbare Erhöhung der Gehälter und Honorare, verbunden mit einer deutlichen sozialen Komponente, hat sich nichts geändert. Das sind wir unseren Kolleginnen und Kollegen schuldig, die mit immer weniger Personal in den Anstalten immer mehr Aufgaben bewältigen müssen. Nachdem wir mehrere Jahre lang durch maßvollste Abschlüsse geholfen haben, die Finanzen der Rundfunkanstalten zu sanieren, gibt es jetzt den berechtigten Anspruch auf eine kräftige Gehaltserhöhung angesichts des Reallohnverlustes bei gleichzeitig steigenden Preisen. Notfalls werden wir den Druck in den Anstalten erhöhen. Dazu sind wir dank ver.di schon jetzt in allen Anstalten vernetzt. Im ZDF wurden beim ersten Sondierungsgespräch drei Verhandlungstermine bis Ende März vereinbart.“ wen ■

Fair Radio

Wer das Radio einschaltet, glaubt Authentisches zu hören. Mitunter klappt jedoch eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Oft wird etwas vorgegaukelt! Die Fair Radio Initiative sammelt Beispiele:

Ein freier Kollege einer großen ARD Anstalt liefert für seinen „Haussender“ ein 60-minütiges Feature zum Thema „Beten auf Teufel komm raus – Exorzismus in Deutschland heute“. Der Beitrag ist ein großer Erfolg. Eine renommierte, überregionale Tageszeitung berichtet, der ARD Sender im Sitz-Land der Zeitung meldet sich. Der Sender bittet den Autoren um ein auf das „katholische“ Land zugeschnittene „Best-Off“, schließlich könne der Sender das Übernahmehonorar des Original-Features nicht zahlen.

So produzierte der freie Journalist eigens für den Sender ein 17-minütiges Mini-Feature. Anschließend, so die Planung der Redaktion, möge der Journalist im Live-Gespräch den Fragen des Moderators Rede und Antwort stehen. Mit dem Redakteur war vereinbart, dass einige wenige O-Töne für die tagesaktuellen Nachrichten ausgekoppelt werden durften, da die Ergebnisse der zweijährigen Recherche besonders in Kirchenkreisen für gewaltige Schlagzeilen sorgen würden, was dann auch der Fall war. Dieses rund 15-minütige Kollegengespräch wurde aus Termingründen wenige Tage vor der Sendung aufgezeichnet.

Den weiteren Ablauf schildert der Autor so: „Durch geschicktes PR-Management vermittelte der Sender den Eindruck, dass die Recherchen einzig für ihn erfolgten. Im Prinzip wäre das auch nicht schlimm gewesen, hätte mich nicht wenige Stunden vor der Ausstrahlung ein Anruf aus der Landeshauptstadt ereilt. 'Hi, ich bins Sabine', sagte lachend die Stimme aus dem Handy. 'Du läufst ja schon den ganzen Tag bei uns in den Nachrichten rauf und runter und da Du gerade in München bist, wollte ich fragen, ob wir abends zusammen etwas trinken gehen wollen...'. Ich stutzte: Wieso München, ich sitze gerade in einem rund 600 Kilometer entfernten ARD-Studio.

Nur durch dieses Telefonat erfuhr ich, dass in einem Programm des ARD-Senders soeben ein längeres Interview mit mir gesendet worden war. Den Hörern wurde suggeriert, ich säße dort live im-Studio. Offenbar stolz, den Exorzismus-Experten live im Studio gehabt zu haben, stellte der Sender das „Kollegengespräch“ auch noch als Podcast ins Internet. Außerdem waren aus dem vorproduzierten Gespräch zwei Antworten von mir herausgeschnitten und völlig neue Fragen vorangestellt. Für mich unfassbar.“

Immerhin: Inzwischen hat der ARD-Sender das gefakte Interview aus dem Internet entfernt. Nach einer Beschwerde gab's dann via E-Mail sogar eine offizielle Entschuldigung.

Fauti ■

Mit Tabus aufräumen

Filmfestival „Ausnahme | Zustand – Verrückt nach Leben“

Das Filmfestival „Ausnahme | Zustand – Verrückt nach Leben“ ist seit Herbst 2008 auf Tour durch Deutschland: Nach dem Start der zweiten Staffel in Leipzig (6. bis 11. März) gastieren bis Ende 2009 die insgesamt zwölf deutschen und internationalen Produktionen in rund 45 Städten von Berlin bis Würzburg. Die Festivalfilme thematisieren den alltäglichen Wahnsinn in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen.

Mit dem Motto „Verrückt nach Leben“ will das Festival in seiner zweiten Auflage auf die Krisen, Ängste, Hoffnungen und Träume von jungen Menschen aufmerksam machen und mit Tabus aufräumen. „Die Filme sollen Jugendliche ermutigen, offener mit ihren Gedanken und Gefühlen umzugehen“, so Projektkoordinatorin Elgin Wolf. Das Filmfestival sei aber auch eine Chance für Erwachsene, sich mit der Lebenswelt junger Menschen zu beschäftigen.

Präsentiert werden aktuelle Filme, in denen Einsamkeit, Angst, Schulversagen, Hoffnungslosigkeit, Gewalt, Drogen und Suizid thematisiert werden. Vor allem aber zeigen sie, was junge Menschen stark macht: Freundschaft, Respekt, gebraucht und geliebt zu werden. Die Filmvorführungen werden von Diskussionen und Filmgesprächen mit Regisseuren, Schauspielern und Unterstützern flankiert. Das erste bundesweite Filmfestival Ausnahme|Zustand hatte 2006 mehr als 20.000 Menschen in 56 Städten in Deutschland und Österreich besucht.

Initiator des Filmfestivals ist Irrsinnig Menschlich e.V. – ein Anfang 2000 in Leipzig gegründeter gemeinnütziger Verein für Öffentlichkeitsarbeit in der Psychiatrie. Gründer und Vorsitzender ist Prof. Matthias C. Angermeyer. Der ehemalige Direktor der Klinik für Psychiatrie der Universität Leipzig beschäftigt sich seit langer Zeit als Wissenschaftler mit dem Stigma psychischer Erkrankungen. Gegen die Stigmatisierung Betroffener und die daraus resultierende soziale Distanz ihrer Umwelt helfen nur Begegnungen, Aufklärung und Information. „Wir verstehen uns als Brückenbauer zwischen den so genannten verrückten und den so genannten normalen Menschen“, erklärt Manuela

Richter-Werling, Geschäftsführerin von Irrsinnig Menschlich. In den vergangenen Jahren habe man sich immer mehr auf die Prävention und den offenen Umgang mit psychischen Erkrankungen konzentriert: „Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht heute die seelische Fitness von Kindern und Jugendlichen“, so Richter-Werling. Neben dem Filmfestival „Verrückt nach Leben“ organisiert der Verein auch das erfolgreiche Schulprojekt „Verrückt? Na und!“, an dem zwischen 2001 bis 2008 rund 9.000 Schüler in Deutschland teilnahmen.

Für das aktuelle Programm des Filmfestivals haben die Organisatoren ein Paket mit zwölf Produktionen geschnürt: Die niederländische Komödie „Übergeschnappt“ (Bild 1 links oben) von Martin Koolhoven thematisiert auf unkonventionelle Weise die schwierige Situation von Kindern, deren Eltern psychisch krank sind. Die Dokumentation „Lebenszeichen“ (2) vom Medienprojekt Wuppertal geht der Frage nach, warum junge Menschen sich selbst verletzen. Aus den USA kommt der Dokumentarfilm „War Child“ (3) von C. Karim Chrobog. Protagonist Emmanuel Jal war Kindersoldat im Sudan, desertierte mit 400 anderen „Lost Boys“, von denen nur 16 überlebten. Heute ist Emmanuel Rapper und in Afrika ein Star. Im Mittelpunkt des mit dem First-Step-Award ausgezeichneten Spielfilms „Nacht vor Augen“ (4) steht ein deutscher Soldat, der vom Afghanistan-Einsatz heimkehrt und nun seinen Platz in der Familie und in der Gesellschaft nicht mehr findet. Um Brüche und jähe Wendungen im Leben geht es im Kurzfilmprogramm „...und plötzlich war alles anders“. Von der großen Dokumentarfilmerin Heddy Honigmann ist der Film „Emoticons“ (5), in dem das Internet als Mittel zur Selbsthilfe gezeigt wird.

Schirmherrinnen des Filmfestivals sind die TV-Moderatorin Inka Bause und Karin Evers-Meyer, die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen. Zahlreiche Prominente wie u.a. der Musiker Clueso, Schauspieler Giovanni Arvaneh oder der Fußballtrainer Heiko Weber zählen zu den Unterstützern.

Gundula Lasch ■



1



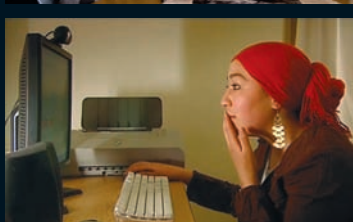
2



3



4



5

Alle Fotos: Irrsinnig Menschlich e.V., oberstes Foto: © Lemming Film / A-Film; Victor Arnolds

Mehr zu Verein und Festival

www.irrsinnig-menschlich.de
www.ausnahmezustand-filmfest.de

Debatte über Arbeitszeiten

Das Amt für Arbeitsschutz in Hamburg hat am 17. März Vertreter von Produktionen, NDR, Berufsgenossenschaft, Filmförderung und Gewerkschaft (Bundesfilmverband BFV in ver.di) zu einem Projektgespräch eingeladen. Gemeinsame Ziele sind in erster Linie, die Beschäftigten umfassend zur Arbeitszeitproblematik und den Auswirkungen gesundheitlicher Belastungen zu informieren, sowie natürlich Lösungsansätze und Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Filmschaffenden zu diskutieren. Der Vorstand des BFV erwartet im Rahmen dieses Projektes auch Gespräche „über eine flächendeckende Zeiterfassung zur Durchsetzung tariflicher Regelungen“. ■

Drohende Insolvenz

Berliner Union-Film behält nur wenige Mitarbeiter

Mit einer „strategischen Insolvenz“ will der Film- und TV-Dienstleister Berliner Union Film (BuFa) den Traditionsbetrieb an der Oberlandstraße in Berlin-Tempelhof erhalten. Für viele ältere Mitarbeiter bedeutet das den Weg in die Arbeitslosigkeit.

61 der 78 Kolleginnen und Kollegen wurde im Januar angesichts der drohenden Insolvenz kurzfristig die Zustimmung zu einer Auffanggesellschaft abverlangt. Dafür wollte der Eigentümer, die Immobiliengruppe Becker & Kries, 1,5 Millionen Euro bereitstellen. Der Betriebsrat hatte das nach Rücksprache mit der Belegschaft befürwortet. Weil acht Kollegen ihre Zustimmung versagten, scheiterte diese Lösung.

Die Geschäftsleitung hatte Alternativen wie Kurzarbeit oder einen Sozialtarifvertrag ausgeschlossen und meldete Mitte Februar Insolvenz für die Berliner Union-

Film GmbH & Co Studio KG an. Nun sollen 16 Mitarbeiter bleiben. 53 Kollegen sollen zustimmen, für neun statt ursprünglich zwölf Monate in eine Transfergesellschaft zu gehen. Acht Kündigungen sind zu erwarten.

„Die Hände waren uns gebunden“, berichtet Betriebsrat Robert Reisgies über beide Entscheidungen, denn die Verhandlungen liefen unter hohem Zeitdruck. Die Kolleginnen und Kollegen und ihr Betriebsrat haben in der Situation „das Beste vom Schlechten herausgeholt“, kommentiert ver.di-Gewerkschaftssekretärin Kathlen Eggerling. Vor allem ältere Mitarbeiter, von denen nicht wenige seit 30 und mehr Jahren an der Oberlandstraße arbeiten, werden es am Arbeitsmarkt schwer haben, sagt sie.

Die BuFa ist mit fünf Ateliers der drittgrößte Studiobetrieb der Hauptstadtregion.

Seit 1909 werden an der Oberlandstraße Filme gedreht. Auf einem Gebäude mit Büros und Kopierwerk wurde 1913 ein gläsernes Atelier samt Lastenfahrstuhl für Möbelwagen errichtet. Die UFA übernahm das Gelände 1918. Dort drehten unter anderem Friedrich Wilhelm Murnau, Fritz Lang und Josef von Sternberg. Nach dem Krieg wurden zunächst US-Filme synchronisiert, später kam das Kino zurück; gelegentlich mietete sich Hollywood („Cabaret“) ein. 1963 zog gegenüber das gerade gegründete ZDF ein. Die Anstalt wurde Hauptkunde der BuFa und produzierte dort Informationssendungen wie „Kennzeichen D“ und Unterhaltungslegenden wie die „ZDF Hitparade“. Becker & Kries übernahm das Gelände 1964 und gründete die Berliner Union Film. Der Bruch kam im Jahr 2000, als das ZDF ins Berliner Zentrum umzog. Seit 2006 wurde unter neuer Geschäftsleitung versucht, neben Studiovermietung, Geräteverleih, Synchronarbeit und dem Dekorationsbau, auch Paketdienstleistungen mit Vorort-Partnern anzubieten. Der Verlust des ZDF als wichtigstem Kunden konnte aber nie aufgefangen werden.

Peter Dehn ■

Filmrezension: „Maria am Wasser“

Die Geschichte eine Suche nach Liebe und Vergebung

In Neusorge ereignen sich seltsame Dinge. Marcus ist nach zwanzig Jahren in das sächsische Elbdorf zurückgekehrt, in dem irgendwie auch die Zeit stehen geblieben ist. Wo er hinschaut, trifft er auf reservierte Menschen, versteinerte Mienen. Niemand erkennt ihn, noch nicht einmal die eigenen Eltern, – Mutter Maria eine strenge Leitern des Waisenhauses, der Vater ein ehemaliger verkappter Stasi-Mitarbeiter. Nur einer der drei Männer, die vor Jahrzehnten um Marias Zuneigung konkurriert haben, zweifelt nicht an der wahren Identität des Heimkehrers, der die Orgel restaurieren will. Alle anderen glauben oder wollen glauben, dass Marcus 1983 auf tragische Weise in der Elbe ertrunken ist, gefangen unter einer Decke des Schweigens und der Schuld. Denn in Wirklichkeit hatte der damals zehnjährige Marcus einen Unfall genutzt, um vor der Lieblosigkeit seiner Mutter und dem tristen Alltag entfliehen zu können. Nun macht sich der Außenseiter unbeirrt daran, die Orgel der Kirche „Maria am Wasser“ wieder in Stand zu setzen. Angeblich sind zwar die Pfeifen verschollen, tatsächlich aber lagern sie in modrigen Särgen, wo man eigentlich Tote vermutet. Dies ist nicht das einzige Geheimnis, das Marcus lüften wird. Und je mehr die Orgel Gestalt annimmt, desto mehr gerät die kollektive Lüge der Bewohner in Gefahr, auseinanderzubrechen.

Thomas Wendrich erzählt in seinem feinfühlig inszenierten Erstling eine sehr persönliche Geschichte. Wie sein Protagonist hat auch er einst sein Zuhause verlassen, um Jahre später zurückzukehren, fand auch er Orte vor, die ihm mittlerweile fremd geworden sind. Geblieben sind nur Erinnerungen an die DDR und Menschen, die jene Zeit erlebt haben, deren Schicksal für immer verbunden ist mit der Geschichte.

Im Film überhöht der Dresdner seine Eindrücke künstlerisch und zeigt damit eine besondere Handschrift. Sie zeigt sich vor allem an Charakteren, die kauzig und knorrig wirken, allen voran Marcus' Mutter, die in dem Provinznest ein merkwürdiges Matriarchat führt, ihren eigenen Sohn verleugnet und einst im Waisenhaus wie einen Fremden aufwachsen ließ.

Geschickt verschränkt Wendrich diese Geschichte einer Mutter, die ihr Kind nicht lieben kann mit der Geschichte einer Mutter, die ihr Kind nicht lieben darf: Es ist die aparte Alena, die um das Sorgerecht für ihren Sohn kämpft, den Marcus' Mutter an kinderlose Adoptiveltern verkaufen will.

„Maria am Wasser“, inspiriert auch von einer MDR-Dokumentation über einen Unfall mit einem Panzer in den 1960er Jahren, bei dem sieben Kinder aus dem Ferienlager des DDR-Fernsehens ums Leben kamen, ist die facettenreiche Geschichte einer Suche. Einer Suche nach der Liebe, nach der Vergangenheit, auch nach Versöhnung und Vergebung. Es ist ein in jeder Hinsicht ungewöhnlicher, bemerkenswerter, fast spröder Heimatfilm mit symbolkräftigen Bildern, eine eigenwillige Mischung aus Märchenhaftem, Metaphorischem und Realem.

Kirsten Liese ■

D 2009. Regie:
T. Wendrich,
Darsteller:
Alexander Beyer,
Hermann Beyer,
Marie Gruber,
Annika Blendl.
99 Min.



Filmabgaben verfassungsmäßig?

Deutscher Film im Aufschwung – nationale Förderung am Abgrund

Gerade noch strahlender Held zur Berlinale, nun von obersten Gerichten gerügt: Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) und in dieser Funktion auch „Bundes-Film-Papst“ stehen turbulente Zeiten bevor. Der 6. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig hält die Abgabepolitik auf Basis des neuen Filmförderungsgesetzes (FFG) in der derzeitigen Form für „verfassungswidrig“. Deshalb setzten die Richter die von neun Kinobetreibern angestrebten Verfahren vorläufig aus und riefen das Bundesverfassungsgericht an.

Das muss nun relativ rasch entscheiden, sonst geht der bundesweiten Filmförderungsanstalt (FFA) das Geld aus. Ein Großteil ihres jährlich 76 Millionen Euro schweren Etats kommt nämlich aus Branchenabgaben, von all jenen, die wirtschaftlichen Nutzen aus der Verwertung von Kinofilmen ziehen. Nur: Es gibt Einzahler erster und zweiter Klasse – die einen wie Kinos und Videotheken sind gesetzlich mit bestimmten Abgabequoten belegt

und erhalten FFA-Bescheide. Die anderen wie Fernsehsender und neue Verwerter à la Online-Portale handeln mit der FFA Verträge aus und reduzieren ihre Zahlungen durch geldwerte Leistungen wie Werbespots.

Dies stinkt vielen deutschen Kinobetreibern, obwohl die Hälfte von ihnen wegen Umsatzproblemen befreit ist. Auch ein Bonus für die anstehende digitale Umrüstung konnte die klagenden Filmtheater nicht umstimmen. Bereits im Vorfeld der seit knapp einem Vierteljahr geltenden FFG-Novelle eskalierte der Streit um die „Ungleichbehandlung“ und die Bundesverwaltungsrichter sahen nun auch die „Abgabengerechtigkeit“ gravierend verletzt. Das allein hätte sicher durch FFG-Nachbesserungen behoben werden können, doch die ganz Hartnäckigen unter den Klägern wollen offenbar das Kind mit dem Bade ausschütten. Denn sie bezweifeln grundsätzlich die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für etwas wie das Kultur-

gut Film und monieren einen Verfassungsverstoß durch die Film-Sonderabgabe.

Nun soll Karlsruhe entscheiden – oder die Streitenden einigen sich vorher, wie die SPD-Filmpolitikerin Angelika Krüger-Leißner empfiehlt. „Wir müssen uns ganz schnell zusammensetzen, um eine Lösung zu finden, die verfassungsrechtlich nicht angreifbar ist“, sagt auch Steffen Kuchenreuther, Kinobetreiber und Präsident der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO). Die Gefahr für die bundesweite Filmförderung sei groß, da jetzt schon etliche Kinos unter Vorbehalt an die FFA zahlen. Außerdem liegt beim Europäischen Gerichtshof schon lange eine Klage der Cinemaxx AG.

Die FFA selbst sieht in der Leipziger Entscheidung eine „Klarstellung, die Fernsehveranstalter in die gesetzliche Abgabepflicht mit einzubeziehen“. Zugleich kündigte der FFA-Vorstand für das Bundesverfassungsgericht an, zusammen mit dem Kulturstaatsminister „für eine Aufrechterhaltung des Abgabensystems“ zu kämpfen, um „die Existenz der nationalen Filmförderung in Deutschland dauerhaft“ zu sichern. Immerhin gibt's ja noch die über 120 Millionen schwere regionale Filmförderung in Deutschland und den neuen DFFF mit jährlich 60 Millionen Euro. Die haben 2008 deutschen Filmen mit 185 Kino-Starts und über 34 Millionen Zuschauern einen Rekord von fast 27 Prozent Marktanteil beschert. *Holger Wenk* ■

Dämpfer für Verfassungsschützer

Politische Vorwürfe unzureichend G8-Akkreditierungsablehnung

Das Bundesamt für Verfassungsschutz erhielt wegen der Nicht-Akkreditierung eines freien Journalisten zum G8-Gipfel 2007 einen deutlichen Dämpfer. Das Verwaltungsgericht (VG) Köln (Az 20 K 1505/08) urteilte am 15. Januar, dass der damals „vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) herangezogene und auch einzig in Betracht kommende Ablehnungsgrund“ nicht vorliege. Das BfV hatte gegenüber dem Bundeskriminalamt (BKA) bei der Überprüfung der Akkreditierungen für den G8-Gipfel in Heiligendamm gegen den Kläger Friedrich Burschel und weitere rund 20 in- und ausländische Journalistinnen und Journalisten ohne weitere Erläuterung ein Negativ-Votum ausgesprochen. Daraufhin hatte das federführende

Bundespresseamt (BPA) die Akkreditierungen per E-Mail und ohne Begründung grundlos widerrufen. Die meisten Betroffenen, so auch der Kläger, konnten jedoch ihre Akkreditierung auf verwaltungsgerichtlichem Wege durchsetzen. Friedrich Burschel, der sich in seiner Berufsausübung erheblich eingeschränkt und gefährdet sah und sieht, klagte mit Unterstützung von ver.di gegen dieses Vorgehen.

Das BfV habe erst auf dem Wege des Widerspruchs- und erstinstanzlichen Gerichtsverfahrens überhaupt dazu gebracht werden können, seine Erkenntnisse über die „Gefährlichkeit“ des Klägers zum Teil offen zu legen, erklärte Rechtsanwalt Alexander Hoffmann. Anhand einer Auflistung der politischen Aktivitäten und Ver-

öffentlichungen des Klägers im Bereich des politischen Antirassismus' und Antifaschismus' wollte das Bundesamt „tatsächliche Anhaltspunkte“ dafür sehen, dass Burschel „eine gewaltbereite Bestrebung nachdrücklich unterstützt“.

Kritische Artikel in linken Publikationen (z.B. *analyse & kritik*, *arranca*, *jungle world*, *interim*) zu Fragen des als rassistisch charakterisierten bundesrepublikanischen Grenz- und Migrationsregimes, Anmeldung und Leitung etlicher antirassistischer und antifaschistischer Demonstrationen reichten aus, um aus dem Kläger einen „Unterstützer der autonomen und gewaltbereiten Szene“ Deutschlands zu machen, der auch in Heiligendamm etwas im Schilde geführt haben müsse. Das VG Köln konnte nunmehr allenfalls eine „Schnittstellenfunktion“ des Klägers zu dieser Szene feststellen, die jedoch eine Verweigerung der Akkreditierung Burschels nicht zuließen. Den vorerst aus formalen Gründen abgewiesenen Teil der Klage, nämlich die Löschung der über den Kläger gesammelten und gespeicherten Informationen, wird Burschel weiter verfolgen. *Red.* ■

„Das Kambodscha-Desaster“

Unter dem Titel „Das Kambodscha-Desaster“ hat der Frankfurter Journalist Alexander Goeb eine Foto/Text-Ausstellung produziert. Sie zeigt Fotos der Gemälde des Malers Vann Nath (Bild links), der zu den wenigen Überlebenden des kambodschanischen Foltergefängnisses Tuol Sleng gehört. Vann Nath überlebte, weil er auf Befehl des Lagerchefs Duch Porträts des Rote Khmer-Führers Pol Pot malte. Nach seiner Befreiung hatte es sich Vann Nath zur Lebensaufgabe gemacht, die erfahrenen Folterszenen in Form von Gemälden zu dokumentieren. Einige seiner Bilder hängen im heutigen Museum von Tuol Sleng.

Teil der Ausstellung sind Fotos des kambodschanischen Fotografen Heng Sinith (Bild rechts), der über Jahre die Befehlsempfänger des Terrorregimes der Roten Khmer in ihren heutigen Lebenssituationen fotografierte – meist als harmlose Reis- oder Gemüsebauern. Alexander Goeb konnte 1979 als einziger Journalist aus der Bundesrepublik an dem damaligen Tribunal gegen Pol Pot und Ieng Sary

teilnehmen und hat Kambodscha über Jahrzehnte als Radio-Reporter immer wieder besucht.

Sein letztes Radiofeature mit dem Titel „Viele Geister, viele Tote“ wurde bereits im WDR 5, im SWR 2 und wird am 21. März in ORF 1 gesendet. 2007 erschien sein Buch „Kambodscha – Reisen in einem traumatisierten Land“. Die Ausstellung ist auch auf www.Kambodscha-Desaster.de zu sehen. Institutionen, die Interesse haben, die Ausstellung zu zeigen, können sich über die Website an den Autor wenden.



Foto: Heng Sinith



Foto: privat

Noch mehr Zensur

Kambodscha: Mit verschärftem Mediengesetz Kritik unterbinden

Die Absicht des kambodschanischen Innenministeriums, die Medien des Landes schärfer zu kontrollieren, hat inzwischen massive Proteste hervorgerufen. Die „Kambodschanische Vereinigung zum Schutz von Journalisten“ verglich die geplante Gesetzesverschärfung mit ähnlichen Maßnahmen in der Volksrepublik China wie auch im Nachbarland Vietnam. Je fester eine Regierung im Sattel sitze, desto eher sei sie versucht, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, schreibt die Journalistenvereinigung.

Ein 1995 verabschiedetes Pressegesetz gibt der Regierung bereits die Möglichkeit, missliebige Publikationen für die Dauer von 30 Tagen zu verbieten und die entsprechende Auflage einzustampfen. Die Regierung Hun Sen kann als Grund die Gefährdung der „nationalen Sicherheit und politischen Stabilität“ anführen. Das reicht aber offenbar nicht mehr aus. In einem neuen Pressegesetz sollen weitere Zensurmöglichkeiten fixiert werden. Dabei hat man vor allem das Internet im Visier.

Das vergangene Jahr sei für die kambodschanischen Medien ein Jahr der „offensichtlichen Einschüchterung“ gewesen. Mit dem von der Regierung in Phnom Penh geplanten Pressegesetz setze sich die-

ser Trend fort, so die südostasiatische Presse-Vereinigung. Die Spannungen zwischen den Medien und der Regierung von Ministerpräsident Hun Sen hätten zugenommen, zumal es im Verlauf der Parlamentswahlen im Juli 2008 wiederholt zu Drohungen gegen Journalisten gekommen sei.

Kurz vor den Wahlen, die eine breite Mehrheit für die Volkspartei von Hun Sen brachten, war der für die Oppositionszeitung „Moneakseka Khmer“ arbeitende Journalist Khim Sam Bo erschossen worden. Der Fall ist bis heute nicht aufgeklärt worden. Khim Sam Bo hatte wiederholt über Korruption in führenden Regierungskreisen berichtet. Seit den ersten freien Wahlen unter UN-Aufsicht 1993 sind in Kambodscha neun Journalisten ermordet worden. Bei einer kürzlich von der Menschenrechtsorganisation Licadho durchgeführten Umfrage gaben 52 Prozent der befragten Journalisten an, ihnen sei mindestens einmal körperliche Gewalt angedroht worden.

Diese Vorfälle, so die Südostasiatische Presse-Vereinigung, weckten starke Zweifel am Bestand der Pressefreiheit in Kambodscha. Der Machtzuwachs der Volkspartei hätte zudem die Möglichkeit der oppositionellen Parteien eingeschränkt,

die zunehmende Zensur durch die Regierung zu verhindern. Das Informationsministerium führe zwar moralische Aspekte an, so unter anderem den Kampf gegen Pornographie, und sehe die Kultur der Khmer durch elektronische Medien gefährdet, doch zielen das Gesetz ganz offensichtlich auf die stark wachsende Zahl von regimiekritischen Bloggern ab.

Die Absicht der Regierung sei eindeutig, Journalisten einzuschüchtern und bei ihrer Arbeit zu behindern, betont auch der Vorsitzende der kambodschanischen Journalistenvereinigung, Um Sarin. Daher werde man alles tun, um die zahlreichen in Kambodscha tätigen Nichtregierungsorganisationen und ausländische Geberländer zu bewegen, Druck auf die Regierung auszuüben, das Gesetz noch zu stoppen.

Informationsminister Khieu Kanharith meinte unterdessen, die Auswirkungen des Gesetzes würden missverstanden; es gehe nicht darum, Inhalte zu beeinflussen. Das Internet beispielsweise sei aber in Kambodscha ein noch sehr junges Medium, das in Gefahr sei, missbraucht zu werden. Würden beispielsweise barbusige Apsaras, also Tempeltänzerinnen, die in Khmer-Tempeln zu hunderten zu sehen sind, im Internet verfremdet dargestellt, dann könne dies der „öffentlichen Moral schaden.“ Ebenso könnten Spiele im Internet und zweideutige Anzeigen vor allem auf Kinder einen schlechten Einfluss ausüben. Hier solle das Gesetz greifen und gegebenenfalls Verbote aussprechen.

Robert Luchs ■

Iran: Websites gesperrt

Gefährdung des Islam als Begründung für beschränkte Informationsfreiheit

30 Jahre nach der iranischen Revolution kann man feststellen, dass in der 170-jährigen Geschichte des iranischen Journalismus nie zuvor Journalisten und Verleger so vielen Schikanen und Repressalien ausgesetzt waren wie heute. Die neueste politische Maßnahme von Mahmud Ahmadinedschad, dem Staatspräsidenten der islamischen Regierung Irans, ist der Eingriff in den freien Informationszugang zum Internet. Er hat die Webseiten der Deutschen Welle, von BBC, Radio Farda und Alarabiya seit Januar dieses Jahres gesperrt. Zugleich preist er den Iran als neutralstes Informationsland in dem englischsprachigen Programm „TV-Press“, dessen Sendungen vom Iran ausgestrahlt werden.

Beim Verbot von Zeitungen und Web-Bloggs sowie bei der Beschränkung des Internetzugangs argumentiert die Regierung Teherans meist mit dem Verstoß gegen die islamischen Gesetze, als würde das den Islam in Gefahr bringen. Das Medienrecht orientiert sich an der islamischen Rechtsprechung und ist extrem eingeschränkt. Der Iran beschuldigt die Deutsche Welle der Spionage und umstürzlerischer Umtriebe. Sie betreibe „subversive Propaganda“ gegen die islamische Republik. Die Deutsche Welle bezeichnete diese Vorwürfe als „absurd“. Die Berichterstattung des deutschen Auslandsrundfunks „erfolgt auf der Grundlage der Werte und Perspektiven, für die Deutschland in der Welt steht“, sagte DW-Sprecher Johannes

Hoffmann dem Kölner Stadt-Anzeiger. Der Sender begreife sich als „deutsche Stimme der Menschenrechte“ und setze „auf freie, ungefilterte Information und die Kraft von Argumenten“. Über die Website der Deutschen Welle lassen sich täglich Audio- und Videobeiträge, sowie Informationen in Persischer Sprache (Farsi) in Wort und Schrift über den Iran und aus aller Welt abrufen.

■ BBC im Visier des Geheimdienstes

Gleichzeitig eröffnete die BBC am 14. Januar einen neuen persischen Fernsehkanal. Dieser sorgte für große Aufregung in der Regierung von Ahmadinedschad. Das BBC „Persien TV“ sendet täglich von 17.00 Uhr bis 1.00 Uhr iranischer Ortszeit. Es will die „100 Millionen große farsi-sprechende Bevölkerung in Iran, Afghanistan und Tadschikistan erreichen und informieren“. Der iranische Geheimdienstminister Gholamhossein Mohseni Ejehei sieht darin eine Gefahr für die „nationale Sicherheit“. Der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA gegenüber sagte er: „Die BBC will mit bestimmten reformistischen Journalisten zusammenarbeiten, um damit das fehlende offizielle Büro in Teheran zu ersetzen“. Sie würden dies nicht tatenlos hinnehmen und entsprechende Maßnahmen einleiten, um es zu unterbinden. Die Zusammenarbeit mit BBC ist „verdächtig und illegal“, so der Minister. Auf der offiziellen Website der Revolutionären Garde wird die Einrichtung des BBC Farsi-Fernsehens unter der Überschrift „verräterische BBC – dunkle Vergangenheit“, die einen „Soft-Krieg“ in der Islamischen Republik führen will, beschrieben.

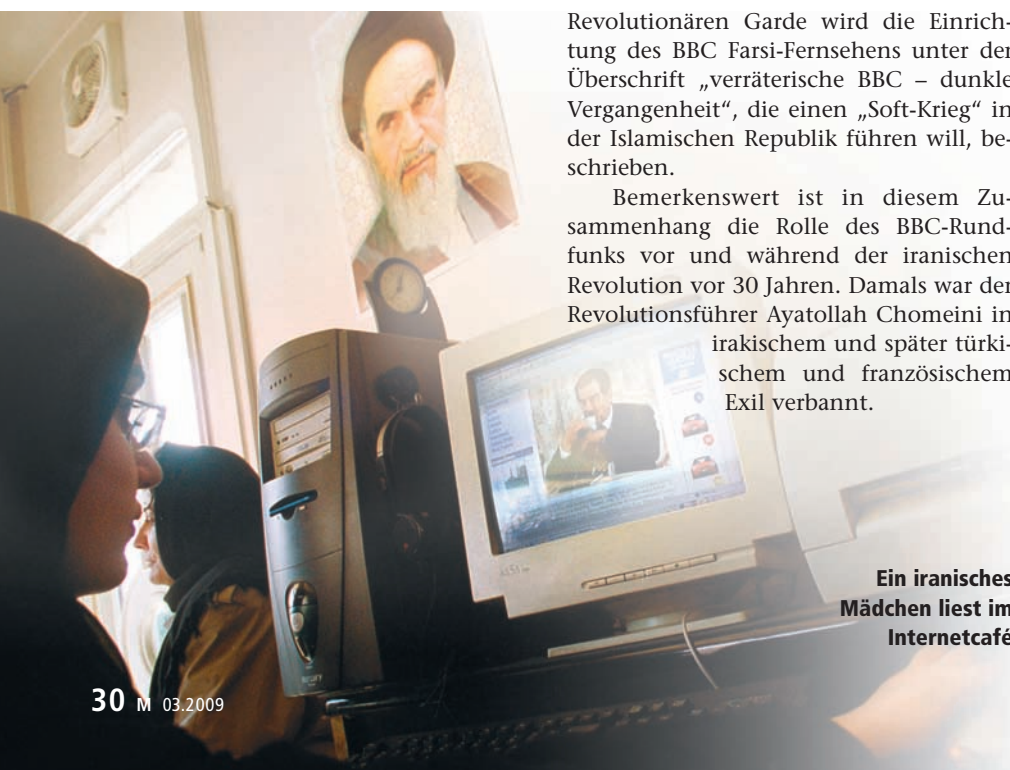
Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Rolle des BBC-Rundfunks vor und während der iranischen Revolution vor 30 Jahren. Damals war der Revolutionsführer Ayatollah Chomeini in irakischem und später türkischem und französischem Exil verbannt.

Jeder im Iran konnte die Interviews hören, die Chomeini für das persische Programm der BBC gab. Obwohl die damalige Regierung darüber empört war, übertrug die BBC unzensuriert oppositionsfreundliche Berichte über Streiks und Unruhen. Als der Schah im Januar 1979 Teheran verließ, endete die Herrschaft der Pahlawidynastie. Seit dem wird die BBC als Sprachrohr der iranischen Opposition im Ausland mit Kritik und Verleumdungen überhäuft. Die Angriffe auf die Informationsfreiheit richten sich nicht nur auf die Auslandssendungen von The Voice of America (VOA), Radio Israel, BBC sowie auf weitere fast 30 Radio- und TV-Sender. Auch die türkischen, arabischen, kurdischen und azarbaijanischen Fernsehsendungen sind bei den iranischen Einwohnern in Grenznähe sehr beliebt.

Es ist nicht übertrieben von einem ‚Ätherkrieg‘ zu sprechen. In diesem Krieg steht das fundamentalistische Regime von Teheran auf der einen Seite und das iranische Volk auf der anderen.

Die Akzeptanz unabhängiger Journalisten, Autoren, Filmemacher und Künstler ist im Iran sehr gering. Häufig leisten sie Widerstand gegen die Willkür der Zensurbehörden und nehmen Repressalien in Kauf, weil sie wissen, dass es im Lande kein Gesetz und keine Richtlinien für ihre Meinungs- und Schaffensfreiheit gibt. Sehr wenige kritische Journalisten haben noch keine Gefängnisstrafen verbüßt.

Vor dreißig Jahren waren die Kassetten das wichtigste Medium neben dem Radio und Fernsehen. Die Botschaften von Ayatollah Chomeini wurde im Exil auf Kassetten aufgenommen und im Iran vervielfältigt. Das war ein wichtiges Kommunikationsmittel zwischen den Geistlichen und dem größten Teil der Bevölkerung, der nicht lesen und schreiben konnte. Oder, wie die Mehrheit der Gesellschaft, die nicht im Besitz eines Fernsehgerätes war. Heute sind schätzungsweise 21 Millionen Iranerinnen und Iraner Internetnutzer, Tendenz steigend. Ironischerweise ist es hauptsächlich der Bildungspolitik der islamischen Republik zu verdanken, dass ein so breiter Querschnitt der iranischen Gesellschaft Zugang zu besserer Bildung und damit zu den neuen Medien hat. Das Internet als neues Kommunikationsmittel spielt eine wichtige Rolle im anhaltenden Kampf des Irans für Demokratie.



Ein iranisches Mädchen liest im Internetcafé

Foto: [M]: Reuters / Morteza Nikoubazi

Gerade deshalb ist es nun den Machthabern ein Dorn im Auge. Der Staat unter Präsident Ahmadinedschad hatte jüngst in einem Gesetz beschlossen, dass sich jeder Blogger bei der Regierung registrieren muss. Präsident Ahmadinedschad sieht in dem neuen Gesetz einen wichtigen Schritt, um „religiöse und kulturelle Werte zu bewahren“. Einer seiner religiösen Werte ist der, dass er in den letzten Jahren in den Moscheen vieler Universitäten die sterblichen Überreste der „Kriegsmärtyrer“ begraben hat – trotz des heftigen Widerstands der Studenten.

Außerdem wurde am 19. November 2008 vom Berater des Oberstaatsanwalts, Abdolsamad Khorram-Abadi, bekannt gegeben, dass 5 Millionen Internet-Seiten im Iran gefiltert worden sind. Er erklärte, dass die gefilterten Websites, „unmoralischen und anti-sozialen Inhalt“ verbreiten würden. Er befürwortet diese Massenfilterungen, um „soziale Schäden für die Gesellschaft“ zu vermeiden. „Die Feinde versuchen unsere religiöse Identität anzugreifen, indem sie das Internet explodieren“, schrieb Khorram-Abadi in der Zeitung *Kargozaran*. Das Internet „fördert sozialen, politischen, ökonomischen, und moralischen Schaden, was besorgniserregend ist.“ Er fügte hinzu, dass ein „soziales Laster durch das Internet ausgelöst werde, welches wesentlich größer sei, als jenes, das durch Satelliten (Network) verursacht wird.“

■ „Cyber-Polizei“ gefordert

In den letzten Jahren wurden Internet Provider zunehmend aufgefordert, den Zugang zu politischen und Menschenrechtsfragen betreffende Seiten, sowie Frauen-Websites und Weblogs, die kritisch über die Staatspolitik schreiben oder als pornografisch oder anti-islamisch eingestuft werden können, zu blockieren. Inzwischen hat das Verbot solche populären Online-Netzwerke wie Facebook oder YouTube erreicht. Khorram-Abadi fordert auch die Schaffung einer „Cyber-Polizei“.

Wenn die Regierung in Teheran von ihrem Sieg gegen Weblogger spricht, schweigt sie über die Antifilter-Hilfe, die weltweit Richtung Iran gemailt wird. Die Antifilter-Adressen gehören zum Informationszugang wie CDs, Videos und Computerprogramme, die kopiert und für einen Bruchteil ihres amerikanischen Preises auf der Straße verkauft werden. Im Iran gibt es keinen Copyrightschutz. Das Bloggen ist im Iran nicht zuletzt deshalb so attraktiv, wie ein inzwischen gesperrter Blogger schrieb, weil es jungen Menschen doch immer wieder ermöglicht, die strengen Moralvorschriften zu umgehen, die ihnen vom theokratischen Regime auferlegt werden. *Kambiz Behbahani* ■



Ein Journalist mit dem Bild des ermordeten Mohammad Musa Khankhel während eines Protestmarsches in Swat Valley (Karachi) am 19. Februar

Entführt und ermordet

Lage in Pakistan spitzt sich weiter zu

Für Musa Khankel war die Einführung der Scharia im Nordwesten Pakistans tödlich. Der 28-jährige Reporter des Fernsehsenders „Geo News“ und der Zeitung „The News“ berichtete am 18. Februar 2009 über einen so genannten Friedensmarsch einer radikal-islamischen Scharia-Bewegung in der Stadt Matta im Swat-Tal. Während der Veranstaltung wurde Khankel entführt. Wenige Stunden später wurde die verschandelte Leiche des Korrespondenten gefunden.

Anlass für die Kundgebung war eine Vereinbarung der Provinzregierung mit der Gruppierung. Mit der Einführung des islamischen Rechts hoffte die Politik, die religiös motivierte Gewalt in der Grenzregion zu Afghanistan beenden zu können. Der Mord an Musa Khankel zeigt, dass dies wohl ein frommer Wunsch bleiben wird. Denn die radikalen Gruppen wollen unter anderem mit aller Macht verhindern, dass es eine von ihnen nicht kontrollierte Berichterstattung aus der Region gibt.

Organisationen wie die „Internationale Journalistenvereinigung“ (IJF) oder die „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) verurteilten die Ermordung als Angriff auf alle in der Krisenregion arbeitenden Medienvertreter. Die Asien-Direktorin der IJF, Jacqueline Park, verlangte eine vollständige Aufklärung des Mordes: „Die

Täter müssen vor Gericht gestellt werden, damit solche Taten sich nicht wiederholen.“

Schon mehrfach wurden in jüngster Zeit im Westen Pakistans Journalisten ermordet oder eingeschüchtert. So drohte ein unbekannter Anrufer dem Fernsehjournalisten Ashfaq Bangash, er solle sich einen Bart wachsen lassen und seinen Beruf wechseln. Ansonsten habe seine Stunde geschlagen. Wie ernst solche Drohungen zu nehmen sind, weiß Bangash aus der eigenen Familie: Sein Cousin Aamir Wakil, ebenfalls ein Journalist, ist im Januar 2009 ermordet worden.

Insgesamt wurden seit Anfang 2008 in Pakistan schon zehn Journalisten bei der Ausübung ihrer Arbeit getötet. Nur in einem Land der Welt – dem Irak – ist die Zahl höher.

Wie prekär die Lage in Pakistan ist, zeigte auch ein Vorfall vom 17. Februar, dem Tag vor der Ermordung von Musa Khankel. Unbekannte bewaffnete Männer zündeten in der Nacht mehrere Sprengsätze am und im Presseclub von Wana, der Hauptstadt der Provinz Süd-Waziristan. Das zweistöckige Haus wurde dabei vollständig zerstört. Sher Khan, Präsident der pakistanischen Journalistenvereinigung TUJ, forderte einen besseren Schutz der Presseclubs und der Korrespondenten in den Krisengebieten. *hg* ■

Journalismus aktuell

ABP, München. 18./19. April: Bücher schreiben – Belletristik I. 28. bis 30. April in Kulmbach: Kreatives Schreiben – Zeitschrift I. 4./5. Mai: Themenfindung.

ABZV, Bonn. 22./23. April in Aschaffenburg: Recherche und Auskunftsanspruch. 22. April in Stuttgart: Internet-TV und Videografie für die Tageszeitung. 23./24. April: Die große Kunst der kleinen Texte. 29. April in Stuttgart: Schreiben für Kinder und Jugendliche. 30. April in Stuttgart: Gehirngerechtes Schreiben. – Was Journalisten von der Gehirnforschung lernen können. 6. Mai in Stuttgart: Auffrischung Presse-recht. 7. Mai in Stuttgart: Sonderver-öffentlichungen und Kollektive – Rechtliche Grundlagen.

ADB, München. 17./18. April: Freies Lektorat I – Sicher redigieren. 20./21. April: Authentisch und effektiv kommunizieren im Lektorat. Weitere Seminare zum Verlags- und Autorenmanagement unter: www.buchakademie.de.

AFP, Hamburg. 6./7. April: Schreib-coaching (1. von 5. Terminen!). 16./17. April: Kreatives Schreiben – Tages-zeitung. 20./21. April: Themen finden.

AR, Remscheid. 4. bis 8. Mai: Info-tainment – Informieren und Präsentieren mit Witz.

BKB, Wolfenbüttel. 19. bis 22. April: Sie hatten 10.000 Zeichen – Werkstatt Kurzgeschichte.

DGB, Hattingen. 19./20. April: E-Learning-Seminar „Gläsern im Internet? – Wie man sich vor Viren, Spam und Betrug schützen kann und die Kontrolle über die eigenen Daten behält (mit anschließender 2-wöchiger Online-Phase). 27./28. April: Ratschlag Bürgerfunk.

DPA, Berlin. 4. Mai: Blogger oder Edel-feder? Herausforderung Crossmedia-Journalismus.

EAR, Bonn. 28./29. April: Die Wissen-schaften und die Medien – Heraus-forderungen in einer wechselhaften Beziehung.

FES, Bonn. 29. April: Juristisches Rüst-zeug – Einführung in das Presserecht (Basis-Modul Berufsrolle und neue An-forderungen).

JHB, Hagen. 20. bis 22. April: Kreati-vitätstechniken. 4. bis 6. Mai: Sprache und Stil – Schreibtraining für Fortge-schrittene.

KEP, Wetzlar. 7./8. Mai: Von der Idee zum eigenen Buch.

KLARA, Berlin. 20./21. April: Vom

Journalisten zum Sachbuchautor. 6. Mai: Das Textkonzept.

MAZ, Luzern. 6. bis 9. April: Quellen und Recherche – Den Fakten auf der Spur. 14. bis 17. April: Quellen und Re-cherche – Den Fakten auf der Spur. 20. bis 23. April: Journalistisches Texten I – Was ist ein guter Text? 4. bis 6. Mai: Magazinjournalismus – Analysieren, er-zählen, überraschen. 4. bis 7. Mai: Jour-nalistisches Texten I – Was ist ein guter Text? 27. bis 29. April: Journalismuskon-zepte – Absichten, Wirkungen, Rollen.

MH, Hamburg. 8. April (+ 6 weitere Termine): Abendkurs Journalistisches Schreiben. 18./19. April: Kreatives Schreiben. 20. April (+ 2 weitere Termi-ne): Recherchetaining.

NA, Hamburg. 23. April in Frankfurt: Effizientes Korrekturlesen.

NK, Rendsburg. 29. April bis 3. Mai: Ein Roman wird nicht an einem Tag ge-baut. Ein Coaching- und Schreibseminar.

TA, Augsburg. 22. April in München: Rechtschreibung. 29./30. April: in Mün-chen: Textwerkstatt I und II. 6./7. Mai in Stuttgart: Kreativitätstechniken I und II.

Journalistische Themen

ABP, München. 20. bis 24. April: Wirtschaftsjournalismus.

ABZV, Bonn. 5. Mai in Stuttgart: Nutzwertiger Verbraucherjournalismus.

ADR, Rottenburg-Stuttgart. 20. bis 24. April: Politischer Journalismus.

JSR, Essen. 22. bis 24. April: Zukunft der Energiewirtschaft.

MH, Hamburg. 24. bis 26. April: Sportreportage.

Journalistische Formen

ABP, München. 6. bis 8. April: Glosse. 7. bis 9. April: Reportage – Teil I. 20. bis 22. April in Kulmbach: Nachricht und Bericht. 20. bis 25. April: Feature. 27. bis 30. April: Kommentar und Leit-artikel. 28. bis 30. April: Interview für Hörfunk und Fernsehen.

ABZV, Bonn. 20./21. April in Stuttgart: Nachrichtenauswahl und Kommentar. 27./28. April in Stuttgart: Interview-technik. 7./8. Mai: Reportage und Fea-ture.

BKB, Wolfenbüttel. 3. bis 5. Mai: Jour-nalistisches Schreiben – Das Portrait.

FES, Bonn. 23./24. April: Wer fragt, der führt – Das politische Interview (Basis-Modul Kernkompetenzen).

JSR, Essen. 27./28. April: Klar argu-mentieren, rational überzeugen – Der Kommentar.

KLARA, Berlin. 4./5. Mai: Das Inter-view.

MAZ, Luzern. 6./7. April: Satire – Die Kür des Schreibens. 14. bis 17. April: Portrait – Du sollst dir (k)ein Bildnis machen. 4. bis 8. Mai: Reportage – Wir gehen näher ran.

MH, Hamburg. 27. bis 30. April: Inter-viewtraining.

Journalismus online

ABP, München. 6. bis 8. April: Online – Neue Darstellungsformen im Netz. 16./17. April: Google. 27. April: Presse-recht für das Internet.

AFP, Hamburg. 16./17. April: Slide-shows als journalistische Form.

AKAD, Berlin. 23. April: Beginn des 3-wöchigen Online-Kurses „Webgerecht Texten“.

AR, Remscheid. 22. April bis 5. Juni: PR-Online – E-Learning-Kurs (22./24. April: Präsenzphase, 24. April bis 5. Juni: Onlinephase).

MAZ, Luzern. 6. April: Trends im Onlinejournalismus – Mehrwert für Web und Print. 20./21. April: Multimedia I – Produzieren fürs Web.

► Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: <http://mmm.verdi.de>

ABP Fon 089 / 49 99 92 – 0, www.a-b-p.de

ABZV Fon 02 28 / 259 00 – 0, www.abzv.de

ADB Fon 089 / 29 19 53 84, www.buchakademie.de

ADR Fon 07 11 / 16 40 726, www.seminarprogramm.info

AFP Fon 040 / 41 47 96 -0, www.akademie-fuer-publizistik.de

AGA Fon 023 65 / 91 89 – 0, www.grimme-akademie.de

AKAD Fon 030 / 61655 – 0, www.akademie.de

AM Fon 02 11 / 43 69 01 50, www.medienverband.de

AR Fon 0 21 91 / 794 – 0, www.akademieremscheid.de

BET Fon 040 / 4 10 84 – 0, <http://bet.de>

BKB Fon 053 31 / 808 – 418, www.bundesakademie.de

COP Fon 02 21 / 739 32 62, www.cop-morrien.de

DGB Fon 023 24 / 50 80, www.hattingen.dgb-bildungswerk.de

DHA Fon 02 08 / 62 13 50, www.hoerfunkakademie.de

DPA Fon 030 / 28 52 31 -321, www.dpa.de/Angebote-fuer-Journalisten.236.0.html

DWH Fon 040 / 390 37 22, www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de

EAR Fon 02 28 / 95 23 – 201, www.ev-akademie-rheinland.de

FES Fon 02 28 / 883 – 0 und 030 / 269 35 – 73 03, www.fes.de

FHB Fon 040 / 399 099 31, www.filmschule-hamburg-berlin.de

FHF Fon 069 / 13 37 99 94, www.filmhaus-frankfurt.de

FM Fon 02 51 / 230 36 21, www.filmwerkstatt.muenster.de

IFFMA Fon 089 / 89 39 89 60, www.iffma.de

IFP Fon 089 / 54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de

IP Fon 07 11 / 997 86 91, www.interspherial.com

ISFF Fon 030 / 20 09 27 442, www.isff-berlin.eu

JA Fon 089 / 16 751 – 06, www.journalistenakademie.de

JHB Fon 023 31 / 365 – 6 00, www.hausbusch.de

JSR Fon 02 01 / 80 41 961, www.journalistenschule-ruhr.de

KEP Fon 064 41 / 91 51 66, www.cma-medienakademie.de

KFH Fon 02 21 / 222 710 – 0, www.koelner-filmhaus.de

KLARA Fon 030 / 690 415 85, www.KLARABerlin.de

MAC Fon 089 / 544 151 – 74, www.macromedia.de

MAZ Fon 00 41 / 41 / 226 33 33, www.maz.ch

MEZ Fon 030 / 68 30 20 90, www.medienkonkret.de

MFW Fon 089 / 20 33 37 12, www.muenchner-filmwerkstatt.de

MH Fon 040 / 306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de

NA Fon 040 / 41 13 – 28 42, www.newsaktuell.de

NK Fon 043 31 / 14 38 – 11, www.nordkolleg.de

PFA Fon 069 / 92 10 72 22, www.ev-medienhaus.de

RTL Fon 02 21 / 82 02 – 0, www.rtl-journalistenschule.de

TA Fon 08 21 / 41 90 36 – 0, www.textakademie.de

21./22. April: Onlinerecherche – Suchen und Finden im Web. 22. April: Web-Journalismus 2.o – I. 23. April: Web-Journalismus 2.o – II. 6. Mai: Schreibtechniken fürs Web – Das Lesen zwischen den Klicks.

NA, Hamburg. 29. April in München: Texten für das Internet. 7. Mai in Zürich: Texten für das Internet.

Layout / Infografik

BKB, Wolfenbüttel. 17. bis 20. April: Arbeiten mit Photoshop.

MAC, München. Ab 6. April werden in München, Stuttgart, Köln, Osnabrück, Hamburg und Berlin zahlreiche mehrtägige Kurse unter anderem zu Print Design, InDesign, Photoshop, Adobe Illustrator, Freehand und QuarkXpress angeboten. Informationen zu den Terminen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen (siehe Kasten: Kontakte zu den Seminaranbietern).

Volontäre

ABP, München. 4. bis 15. Mai: Grundkurs I – Zeitung. 4. bis 15. Mai in Kulmbach: Grundkurs I – Zeitschrift.

ABZV, Bonn. 4. Mai bis 15. Juni: Grundlagen journalistischer Arbeit B2.

AFP, Hamburg. 27. April bis 22. Mai: Kompaktkurs für Print-Volontäre. 27. April bis 8. Mai: Kompaktkurs für Radiovolontäre.

AM, Düsseldorf. 4. Mai bis 3. Juni: Volontärskurs – Kompaktkurs in Kooperation mit dem Verband der Zeitschriftenverlage in NRW.

DHA, Oberhausen. 4. bis 15. Mai: Volontär-Grundkurs – Modul II.

IFP, München. 26. April bis 8. Mai: Grundkurs I.

JHB, Hagen. 20. April bis 15. Mai: Volontärseminar.

Fotografie

ABP, München. 20. bis 24. April: Fotojournalismus. 27. bis 30. April: Die Bildredaktion.

AKAD, Berlin. 30. April: Beginn des 2-wöchigen Online-Kurses „Digitale Fotografie für Fortgeschrittene“.

FES, Bonn. 4. bis 8. Mai: Ein Bild sagt mehr als 1.000 Worte – Fotojournalismus (Basis-Modul Medienpraxis).

Hörfunk

AGA, Köln. 23./24. April: Text und Ton – Textanalysen, eigenes Texten, Einsatz von O-Tönen, Sounds und Musik.

AR, Remscheid. 4. bis 8. Mai: Stay tuned! Podcast und Internetradio in der Jugendarbeit.

DHA, Oberhausen. 25./26. April: DHA-Ausbildung zum Moderations-trainer Hörfunk – Modul II.

IFP, München. 17. bis 19. April: Personality statt Sprechmaschine – Einführung in die Hörfunk-Moderation.

KEP, Wetzlar. 24. bis 26. April: Mit der Stimme zum Erfolg.

MH, Hamburg. 4./5. April: Sprechen für Radio und Fernsehen.

MEZ, Berlin. Diverse, frei zusammenstellbare Seminare vor allem zum Radio- aber auch zum TV-, Web- und Printjournalismus unter: www.medienkonkret.de.

NK, Rendsburg. 16. bis 19. April: Praxisworkshop Hörspiel. Vom Text zum Hörerlebnis.

PFA, Frankfurt. 18. April: Radiopannen – Wenn beim Radio alles schief läuft.

Film & TV

ABZV, Bonn. 20./21. April: Redaktionelle Konzepte für die Video-Berichterstattung.

18. bis 20. Mai in Lage-Hörste

„Der Einstieg in den Umstieg“

Neuorientierung und Zukunftskonzepte für erfahrene Selbstständige

Selbstständig arbeiten – ja. Aber: Kann ich mich noch auf dem Markt behaupten? Wäre eine Neuorientierung oder Expansion auf andere Arbeitsfelder für mich sinnvoll? Der Workshop will neue berufliche Perspektiven auf Basis eigener Kompetenzen eröffnen. Fähigkeiten und Stärken werden in intensiver Einzel- und Gruppenarbeit herausgearbeitet und präzisiert. Neue Aufgabenfelder und / oder berufliche Ziele sollen entwickelt werden.

Zielgruppe: Solo-Selbstständige, Freie und Honorarkräfte mit praktischen Erfahrungen in selbstständiger Arbeit. **Methoden:** Einzel- und Gruppenarbeit, Übungen, Kurzvorträge, Diskussionen, Erfahrungsaustausch

Referent: Bernhard Miltner, Wirtschaftspsychologe, Kompetenzberater (www.mikr-o.de). **Kosten:** 300 €. Für Mitglieder von ver.di 120 € inkl. Unterkunft und Verpflegung. **Veranstaltungsort:** ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst in Lage-Hörste (Teutoburger Wald)

Anmeldung: Fon: 052 32 / 983 – 0, E-Mail: bst.lage-hoerste@verdi.de

Information: www.mediafon.net

AFP, Hamburg. 4. bis 8. Mai: Videojournalist I.

AM, Düsseldorf. 4. bis 8. Mai: Basis-kurs Fernsehen.

BET, Hamburg. 20. bis 22. April: TV-Produktionsmethoden HD.

DWH, Hamburg. 18./19. April: Aufbaukurs I – Dialoge.

FHB, Hamburg / Berlin. 18./19. April: Der Drehplan – Wie entsteht ein Kinofilm? 25./26. April: „Schöne Geschichte, aber leider viel zu teuer“ – Was kostet mein Drehbuch als Film? 2./3. Mai: Die Kalkulation – Wie entsteht ein Kinofilm? 8. bis 10. Mai: Die ersten Schritte der Buchentwicklung – Einführung Drehbuchschreiben.

FHF, Frankfurt. 25. April: Fördermöglichkeiten für Drehbuchautoren.

FM, Münster. 17. bis 19. April: Kameraassistent. 24. bis 26. April: Angehalten – Heimatfilm im Zeitraffer.

25./26. April: Produktion von Musikclips. 1. bis 3. Mai: Filmkamera 16mm.

IFFMA, München. 28. bis 30. April: Alan Birminghams Location Lighting Workshop.

IP, Stuttgart. 22. April: Schreiben für Kino und TV – From Script to Screen, Golden Rules. 23. April: Schreiben für Kino und TV – Filmische Dynamik und visuelles Erzählen.

KFH, Köln. 18./19. April: Fiktionalen Schreiben. 24. bis 26. April: Avid Media Composer I. 24. bis 26. April: Kameraarbeit im Dokumentarfilm. 25./26. April: Storyboard. 2./3. Mai: Praktische Lichtgestaltung im TV- und Kinobereich.

MAZ, Luzern. 15./16. April: Das Publikum fesseln – Texten und Vertonen am TV. 4./5. Mai: Wer (klug) fragt, gewinnt – Das TV-Interview I.

MFW, München. 4./5. April: Videojour-

nalismus für TV und Internet – Wie bekomme ich die Aufmerksamkeit des Zuschauers?

MH, Hamburg. 8. bis 10. Mai: Videojournalismus – Online.

RTL, Köln. 23./24. April: Interview-training. 5./6. Mai: Intensivtraining Reporterschalt. 6. bis 8. Mai: Wissenschaftsjournalismus im TV.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 7./8. April: Freie Journalisten – Selbstmarketing I. 14. April: Freie Journalisten – Themen- und Textmarketing. 14. bis 16. April: Kreatives Schreiben – PR I. 14. bis 16. April: Interviews geben. 16. bis 18. April: MiR (Management in Redaktionen) – Relaunch und Redesign Zeitung.

4. bis 6. Mai: Mitarbeiterzeitschrift. 6./7. Mai: Zeitmanagement. 7. bis 9. Mai: MiR – Personalführung. **ABZV, Bonn.** 28. bis 30. April in Würzburg: Qualitätsmanagement in Printredaktionen.

ADB, München. 22. April: Interviews führen und redigieren im CP – Von der Interviewanfrage bis zur Druckversion. 27./28. April: Neuentwicklung von Kundenzeitschriften – Von der Strategie bis zum Produkt.

AFP, Hamburg. 6./7. April: PR im Web – Texten. 24./25. April: Blattmachen – Magazine.

COP, Köln. 9./10. April in Hamburg, 29./30. April in Köln, 6./7. Mai in Köln: Nomadenwissen für Medienschaffende – Handlungssicher unter allen Umständen. 15./16. April in München, 21./22. April in Köln: Phönix-Coaching für Presse-Profis – Erfolgreich Neuanfänge wa-

15. Mai 2009, 10 – 18 Uhr in Hamburg

Entscheidungen treffen und umsetzen

Seminar-Nummer: HH-909151

Das Seminar wendet sich an Selbstständige, die ihre Entscheidungsfindung optimieren möchten. Neben der Steigerung der Entscheidungssouveränität geht es um die Festlegung und den bewussten Umgang mit persönlichen Zielen. In Praxisübungen arbeiten wir mit Entscheidungstechniken wie Prioritätensetzung, Eisenpowerprinzip, Anti-Aufschiebestrategien und das Nein-Sagen.

Referent: Thorsten Visbal, Berater, Coach und systemischer Organisationsentwickler. **Kosten:** für ver.di-Mitglieder 45 Euro, für Nichtmitglieder 180 Euro.

Ort: Das Seminar findet im ver.di-center, Atrium, Besenbinderhof 60 in Hamburg statt. **Anmeldeschluss:** 27. April 2009. Eine schriftliche Anmeldung ist erforderlich. Bitte per E-Mail an nursen.renber-luedemann@verdi.de oder per Fax an 040/28 58 – 71 81 (ver.di, Abteilung Bildung).

gen. Weitere Coaching- und Karriereseminare unter: www.cop-morrien.de.
DHA, Oberhausen. 21. bis 23. April: Für Führungsfrauen – Strategien und Konzepte für mehr Erfolg im Beruf.
FES, Berlin. 24./25. April: Gruppen zu Lösungen bringen – Moderationstraining. 8./9. Mai: Small Talk – Basis für Kontakt und Erfolg.
ISFF, Berlin. 24. bis 26. April: Sprechtraining für Medienschaffende und Schauspieler. 24. bis 26. April: Marketing für Kinofilme.
JA, München. 4. April: Den passenden Verlag finden. 24. bis 26. April: PR für Online (dju-Mitglieder erhalten 50% Rabatt).
JHB, Hagen. 27. bis 29. April: PR-Kampagnen.
KLARA, Berlin. 4./5. April: Die Kundenzeitschrift.
MH, Hamburg. 25./26. April: Podiumsdiskussionen moderieren – Kontrovers, kompetent, knackig und klar.
NA, Hamburg. 20./21. April in Hamburg: Online-PR – Grundlagen und Trends. 20./21. April in Frankfurt: Rhetorisch sicher verhandeln. 22. April in Hamburg: Online-PR – Einsatz von Web 2.0. 22. April in Frankfurt: Die gute Pressemitteilung. 22./23. April in Zürich: Erfolgreiche PR-Konzepte. 23. April in Hamburg: Krisenkommunikation. 27./28. April in Hamburg: Medientraining. 27./28. April in München: Storytelling. 4. Mai in Hamburg: Internet-Newsletter. 5./6. Mai in Hamburg: Finanzkommunikation. 6. Mai in Zürich: Erfolgreiche Briefe und E-Mails. 7./8. Mai in Hamburg: Die professionelle Rede. 7./8. Mai in Berlin: PR-Konzeption für Fortgeschrittene.

termine

Journalismus

Meridian-Reisepreis

FRANKFURT/M. Mit dem Preis fördert Meier's Weltreisen junge Reisejournalisten unter 35 Jahren. Honoriert werden Printbeiträge über ferne Länder, die zwischen dem 1. April 2008 und 31. März 2009 in deutschsprachigen Medien erschienen sind. Es gibt je einen Preis für Texte bis zu 5.500 Zeichen und für Texte über 5.500 Zeichen. Für die ersten drei Plätze beider Kategorien winken Reise Gutscheine im Wert von 3.000, 2.000 und 1.000 €. Einsendeschluss: 6. April. Kontakt: Meier's Weltreisen, Unternehmenskommunikation, Fon: 069/95 88 – 16 06, E-Mail: presse@der.net, Internet: www.der.net.

Medienpreis Diakonie

KARLSRUHE. Prämiert werden Print-, Hörfunk- und Fernsehbeiträge, die über soziale Themen berichten. Bewertet wird eine Auseinandersetzung mit sozialen Themen, die sich von ethischen Grundüberzeugungen leiten lässt. Die Arbeiten über soziale Themen und Projekte sollen einen Bezug zu Baden-Württemberg haben und müssen zwischen dem 15. April 2008 und dem 15. April 2009 publiziert worden sein. Dotierung: Insgesamt 9.000 €. Einsendeschluss: 30. April. Kontakt: Diakonisches Werk Baden, Angelika Schmidt, Fon: 07 21 / 93 49 – 248, E-Mail: a.schmidt@diakonie-baden.de, Internet: www.journalistenpreis-diakonie.de.

n-ost Reportagepreis

BERLIN. Verliehen wird der Preis für Reportagen über mittel-, ost- oder süd-

osteuropäische Themen, die von einer starken Authentizität leben, in Sprache, Stil und Form herausstechen und sich durch gründliche Recherche auszeichnen. Eingereicht werden können Texte, die zwischen dem 1. April 2008 und dem 31. März 2009 in deutschsprachigen Zeitungen oder Magazinen veröffentlicht worden sind. Dotierung: Insgesamt 4.000 €. Einsendeschluss: 15. April. Kontakt: n-ost-Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V., Matthias Echternhagen, Fon: 030/259 32 83 – 18, Ulrike Gruska, Fon: 030/259 32 83 – 19, E-Mail: reportagepreis@n-ost.de, Internet: www.n-ost.de/reportagepreis.

Journalistenpreis Entwicklungspolitik

BONN. Mit dem Preis sollen Arbeiten aller journalistischen Sparten ausgezeichnet werden, die dazu beitragen, das Bewusstsein der deutschen Öffent-

lichkeit für die Notwendigkeit der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu fördern. Die Arbeiten müssen von hauptberuflich tätigen Journalisten in deutscher Sprache verfasst und 2008 in Deutschland publiziert bzw. gesendet worden sein. Dotierung insgesamt: 15.000 €.

Einsendeschluss: 30. April. Kontakt: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Referat Presse und Öffentlichkeit, Fon: 02 28/53 53 451, Internet: www.bmz.de/de/presse/medienpreis/

BVKJ-Medienpreis

KÖLN. Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e. V. (BVKJ) vergibt angesichts der zunehmenden Kinderarmut und den damit verbundenen Folgen einen Medienpreis. Er zeichnet Beiträge der Sparten Print, Fernsehen und Hörfunk aus dem Jahr 2008 aus, die das Thema „Kinder im sozialen Abseits“ leser-, hörer- bzw. zuschauernah behandeln und sagen, wie sozial benachteiligten Kindern dauerhaft geholfen werden kann. Dotierung: Insgesamt 15.000 €, Einsendeschluss: 30. April 2009. Kontakt: BVKJ e.V., Stichwort: BVKJ-Medienpreis, Fon: 02 21 / 68 90 9 – 0, E-Mail: bvkj.buero@uminfo.de, Internet: www.kinderaerzte-im-netz.de.

Novo Nordisk Media Prize

MAINZ. Der Preis zeichnet Journalisten aus, die die Öffentlichkeit mit ihrer Berichterstattung kompetent über Diabetes aufklären. Zugelassen sind Print-, Internet- und TV-Beiträge, die zwischen dem 1. Mai 2008 und dem 30. April 2009 veröffentlicht wurden. Dotierung: 1.500 € je Kategorie. Einsendeschluss: 30. April. Kontakt: Novo Nordisk Pharma GmbH, Marie-Luise Krompholz, Fon: 061 31 / 90 31 85, E-Mail: mlas@novonordisk.com, Internet: www.novonordisk.de.

Katholischer Medienpreis

BONN. Ausgezeichnet werden Beiträge, die die Orientierung an christlichen Werten, das Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge und das soziale Verantwortungsbewusstsein stärken sowie zum Zusammenleben unterschiedlicher Religionen, Kulturen und Einzelpersonen beitragen. Zugelassen sind deutschsprachige Beiträge aller Sparten, die zwischen dem 15. Mai 2008 und dem 30. April 2009 in einem journalistischen Medium des deutschen Sprachraums veröffentlicht worden sind. Dotierung: Je 5.000 € in den Kategorien Elektronische und Printmedien. Einsendeschluss:

5. bis 7. Juni 2009 in Lage-Hörste
„Multimedia für Fotojournalisten“
Wochenendseminar des Instituts für Bildung, Medien und Kunst in Kooperation mit der AG Foto der dju in ver.di

Seminarziel: Das Seminar versetzt Fotojournalisten (Magazin, Tageszeitung) in die Lage, kurze Slideshows für Websites zu erstellen. Interviewtechniken werden ebenso vermittelt, wie das Wissen, welche Art der Fotografie für diese Erzählform notwendig und geeignet ist. Bei der Vermittlung der notwendigen Softwarekenntnisse wird darauf Wert gelegt, dass die Investition in neue Programme möglichst gering gehalten ist. Der Audioschnitt findet daher bspw. mit Apples kostenlosem Programm Garageband bzw. Audacity statt.

Technik: Mitzubringen sind von den Teilnehmern: Kamera und Zubehör, Apple Notebooks mit Garage Band (mind. Vers. 8), Kopfhörer; falls vorhanden: Photoshop oder anderes Notebook, digitaler Audiorekorder, Videokamera, Mikrofon. **Software¹⁾:** Garage Band mind. Version 8 (Apple), Soundslides Pro (www.soundslides.com), Photoshop o.ä.
¹⁾ alle Software unter Apple Mac OS X, Außerdem mit der Freeware Audacity: <http://audacity.sourceforge.net/> (gibt es für Mac und PC)
 Windows-Nutzer können ebenfalls teilnehmen, wenn sie auf ihrem Laptop ein anderes Audioschnittprogramm mitbringen, das sie schon beherrschen. Das im Seminar verwendete Programm Soundslides Pro sowie Audacity ist für Windows und Mac verfügbar.

Veranstaltungsort: ver.di – Institut für Bildung, Medien und Kunst, Teutoburger-Wald-Str. 105, 32791 Lage-Hörste, Telefon 05 232/983 – 0
Termin: 5. Juni 2009, Beginn 12.00 Uhr bis 7. Juni 2009, Ende 15.00 Uhr

Seminarleitung: Jürgen Seidel/Angelika Osthues, dju-Foto-AG
Referent: Stefan Sobotta E-Mail: seminare@stefan-sobotta.de (kann auch für Vorab-Fragen zur Technik usw. genutzt werden)

Anmeldung schriftlich an: dju-Bundesgeschäftsstelle, ver.di Bundesverwaltung RS 4, 10112 Berlin. E-Mail: dju@verdi.de. Mitglieder von ver.di zahlen eine Teilnahmegebühr von 280,00 Euro (inkl. Übernachtung und Verpflegung), Nichtmitglieder zahlen eine Teilnehmergebühr von 350,00 Euro (inkl. Übernachtung und Verpflegung) direkt bei der Anreise beim ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst.

6. Mai. Informationen: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Fon: 0228/10 32 44, E-Mail: k.henning@dbk.de, Internet: www.dbk.de/initiativen/medienpreis/home/index.html.

Journalisten-Preis Weisser Ring MAINZ. Unter dem Thema „Das Kriminalitätsoffer in der Gesellschaft“ stehen die sensible und aufklärerische Darstellung opferrelevanter Themen sowie Aspekte der Opferproblematik im Vordergrund. Zugelassen sind Print-, TV- sowie Hörfunk-Beiträge aller journalistischen Formen, die in der Zeit vom 1. Mai 2007 bis zum 30. April 2009 in Deutschland veröffentlicht wurden. Dotierung: Insgesamt: 9.000 €. Einsendeschluss: 6. Mai. Kontakt: Weisser Ring e. V., Journalisten-Preis, Veit Schiemann, Fon: 061 31 / 83 03 – 42, E-Mail: schiemann.veit@weisser-ring.de, Internet: www.weisser-ring.de.

Film

Kurzfilmwettbewerb „Flotter Dreier“

HAMBURG. Noch bis zum 1. April können Kurzfilme von maximal drei Minuten zum Wettbewerb „Flotter Dreier“ beim Internationalen KurzFilmFestival Hamburg, eingereicht werden. Das Thema für die Beiträge lautet: Menschliches Versagen. Das Festival findet vom 2. bis 8. Juni 2009 statt. Kontakt: KurzFilmFestival Hamburg, Tim Gallwitz, Fon: 040 / 39 10 63 – 23, E-Mail: kfa@shortfilm.com, Internet: www.shortfilm.com.

FISH 09

ROSTOCK. Vom 17. bis 19. April 2009 steigt im Rostocker Stadthafen das bundesweite Filmfestival FISH (Festival im StadtHafen). Es wird durch das Institut für neue Medien in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Deutscher Film-Autoren (BDFA) ausgerichtet. Anliegen des Festivals ist es, dem jungen und jüngsten deutschen nichtkommerziellen Film eine Plattform zu bieten und ihm zu mehr öffentlicher Präsenz zu verhelfen – eingereicht wurde die Rekordzahl von 402 Filmen. FISH macht so auf die neuesten Trends im deutschen Nachwuchsfilm aufmerksam, außerdem präsentiert die junge norwegische Film- und Kulturszene Beiträge unter dem Titel „OFF Norge“. Informationen: Lena Siebernik, Institut für neue Medien gGmbH, Festivalbüro Medienwerkstatt Rostock, Fon: 03 81 / 20 35 47 12, Internet: www.fish-rostock.de.

12. bis 18. Juli 2009 Hannover

Workshop Reportage-Fotografie

dju-Fotografenseminar

dju

Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union

Auch wenn die großen Magazine immer weniger Seiten dafür zur Verfügung stellen, so ist und bleibt die Reportage die Königsdisziplin in der Fotografie. Reportagen zu fotografieren ist daher der Traum vieler Fotografen. Die Reportagefotografie stellt jenseits der Beherrschung fotografischer Technik die größten Anforderungen an den Fotografen. Der rote Faden muss erkennbar sein, die Geschichte sollte Rhythmus haben, sie muss auserzählt sein, sollte keinen Stilbruch aufweisen und darf keine Redundanzen haben. Und last but not least soll sie in spannenden Bildern erzählt sein.

Das nachfolgende Seminar soll erste Fähigkeiten und Grundlagen in der Reportagefotografie vermitteln. Die Fachhochschule Hannover, an der Rolf Nobel lehrt, hat zahlreiche hervorragende Reportagefotografen hervorgebracht, deren Arbeiten viele Preise und Auszeichnungen gewonnen haben.

Leitung: Prof. Rolf Nobel, FH Hannover, Abt. Design und Medien

Ort: Fachhochschule Hannover und Umgebung, Abteilung Design und Medien, Expo Plaza 2, 30539 Hannover

Teilnehmerzahl: Maximal 15 KollegInnen

Alle müssen einen Laptop mitbringen und eine digitale Kamera zum Arbeiten. 12 Pensionszimmer in der Nähe für Übernachtungen sind reserviert bei: Pension Messe-Blick, Ü/F 35,00 Euro / + Tagesverpflegung muss selbst gezahlt werden

Seminarkosten:

Für dju/ver.di-Mitglieder: 150,00 Euro (+ Übernachtung/Verpflegung, s.o.)
Für Nichtmitglieder: 220,00 Euro (+ Übernachtung/Verpflegung, s.o.)

Programm

- Vorstellungsrunde mit Bildbeispielen aller Teilnehmer
- Einführung in die Fotoreportage
- Briefing für die gestellte Aufgabe und Finden des Themas
- Working Class Heroes – Rolf Nobel zeigt einige Reportagen und erklärt Arbeitsweise und Hintergründe
- 3 Fototage für die Teilnehmer
- Ab Nachmittag Korrekturen der Teilnehmerarbeiten
- Editing der gemachten Fotos und Zusammenstellung der Reportagen.
- Gemeinsame Beamer-Präsentation und Abschlusskorrektur

Anmeldung bis 30. April 2009 an: ver.di Bundesverwaltung / RS 4 – dju-Bundesgeschäftsstelle – z.Hd. Andje Raudszus – 10112 Berlin
Oder E-Mail: andje.raudszus@verdi.de

Film-Weiterbildungen

KÖLN. Am 20. April starten im Kölner Filmhaus praxis- und branchennahe Weiterbildungen zum Kamera- sowie zum Produktions- bzw. Redaktionsassistenten. Für die sechsmonatigen Vollzeitweiterbildungen ist eine Förderung durch die Agentur für Arbeit möglich. Gearbeitet wird ausschließlich mit Branchenprofis, die ihr Spezialgebiet unterrichten. Information und Anmeldung: Kölner Filmhaus, Franziska Schleussinger / Sandra Weiß, Fon: 02 21 / 22 27 10 – 33, – 30, E-Mail: weiterbildung@koelner-filmhaus.de, Internet: www.koelner-filmhaus.de.

Hörfunk

Rundfunkpreis

Mitteldeutschland – Hörfunk

LEIPZIG. Gewürdigt werden Programmbeiträge, die vom 18. April 2008 bis 15. April 2009 in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt produziert und dort im privaten Hörfunk ausgestrahlt wurden. Prämiert werden Originalität und Professionalität bei der Berichterstattung über die Region. Vergeben wird der Hörfunkpreis in den Kategorien „Bester Beitrag“, „Beste Moderation“, „Bester Werbespot“ sowie zum Sonderthema „Geld regiert die Welt – Variatio-

nen zur Finanzkrise“. Dotierung: Insgesamt 11.000 €. Einsendeschluss: 20. April. Kontakt: Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien, Stichwort „Hörfunkpreis“, Martin Deitenbeck, Fon: 03 41 / 22 59 – 110, E-Mail: info@slm-online.de, Internet: www.slm-online.de.

Fotografie

BFF-Förderpreis

& Reinhart-Wolf-Preis

STUTTGART. Der BFF-Förderpreis wird vom BFF (Bund Freischaffender Foto-Designer) getragen und von der photokina Kölnmesse GmbH, der Kodak GmbH, stern, NEON, Gruner + Jahr, sowie der Reinhart-Wolf-Stiftung unterstützt. Teilnehmern können Absolventen einer inländischen oder ausländischen Hoch- oder Fachhochschule mit fotografischen Abschlussarbeiten, die im Zeitraum 1. April 2008 bis 31. März 2009 entstanden sind. Dotierung insgesamt: 15.000 €, Einsendeschluss: 7. April. Infos: BFF, Fon: 07 11 / 47 34 22, E-Mail: info@bff.de, Internet: ww.bff.de.

zoom human rights

BERLIN. Unter dem Slogan „Zeig's uns – Dein Bild der Menschenrechte“ veranstalten das Deutsche Institut für Menschenrechte und das Deutsche Jugendherbergswerk den bundesweiten Fotowettbewerb „zoom human rights“ für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren. Sie sind aufgerufen, ihr Bild von den Menschenrechten im In- und Ausland in Form von Reportage- und Konzeptfotos einzureichen. Jeweils drei Preisträger der Kategorien „Reportage“ und „Konzept“ gewinnen einen exklusiven Fotoworkshop. Einsendeschluss: 30. April. Information: Deutsches Institut für Menschenrechte, Fon: 030 / 25 93 59 – 52, E-Mail: info@zoomhumanrights.de, Internet: www.zoomhumanrights.de.

Service für Bildredakteure

STUTTGART. Beginnend mit der Ausgabe 2 / 09 der Zeitschrift Visuell bietet die Presse Informations AG (PIAG) Bildanbietern mit einem Gespür für das Besondere einen Platz zur Veröffentlichung an. Jedes Bild wird mit dem Namen des Fotografen oder der Agentur, einem Stichwort oder einer Bildnummer sowie der Internetadresse des Bildanbieters versehen. Visuell kann komplett online durchgeblättert und angesehen werden. Die Dienstleistung wendet sich an Bildredakteure und

Werbeleute, die auf der Suche nach Ausgefallenen sind und so direkt Motive erwerben können.
Kontakt: E-Mail: redaktion@piag.de,
Internet: www.piag.de.

Afrika-Fotoreisen

HAMBURG. Der Naturfotograf Stephan Tüngler bietet im Herbst 2009 je eine Fotoreise vom 4. bis 18. November sowie vom 17. November bis 1. Dezember zum größten Nationalpark des südlichen Afrikas in der Kalahari an.
Information: Stephan Tüngler,
Fon: 040/43 27 07 66, E-Mail: info@inafrica.de, www.inafrica.de.

Stipendien

Deutsch-Osteuropäisches Journalistenstipendium

BONN. Das Marion-Gräfin-Dönhoff-Journalistenstipendium ermöglicht fünf deutschen Journalisten im Herbst 2009 die Gelegenheit zu einem zweimonatigen Arbeitsaufenthalt in Polen, Russland, Belarus, Ukraine, Georgien, Armenien oder Aserbaidschan. Zeitgleich wird das Stipendium für osteuropäische Journalisten ausgeschrieben.

Die Stipendiaten arbeiten als Gast in einem russisch- bzw. ukrainischsprachigen Medium und recherchieren Themen für ihre Heimatmedien. Bewerben können sich Journalisten zwischen 23 und 35 Jahren.

Sie sollen über gute Russischkenntnisse verfügen. Dotierung: Jeweils 3.500 €, Bewerbungsfrist: 30. April.
Kontakt: Internationale Journalisten-Programme (IJP), Miodrag Soric,
E-Mail: soric@ijp.org, www.ijp.org.

Deutsch-Türkisches Journalistenstipendium

BONN. Im Bundespräsident-Johannes-Rau-Programm erhalten fünf junge deutsche Journalisten zwischen 23 und 35 Jahren die Möglichkeit, im Herbst 2009 für zwei Monate bei einem türkischen Medium als Gastredakteure zu arbeiten.

Während des Aufenthaltes lernen sie die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe dieses für Deutschland wichtigen Staates besser einzuschätzen. Außerdem bekommen sie einen Eindruck von der Kultur, der Lebensweise und dem Journalismus des Landes. Zeitgleich wird das Stipendium für türkische Journalisten ausgeschrieben.

Dotierung: Einmalig 3.500 €. Bewerbungsfrist: 30. April.
Kontakt: Internationale Journalisten-Programme (IJP), Miodrag Soric, E-Mail: soric@ijp.org, Internet: www.ijp.org.

Recherche-Stipendium

„Glaube und Spiritualität“

BERLIN. Der Fachverband konfessionelle Presse im Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) schreibt ein mit 5.000 € dotiertes Recherche-Stipendium zum Thema „Christlicher Glaube und Spiritualität“ aus. Es soll Reportagen ermöglichen, die aufgrund ihres Aufwands sonst nicht gemacht würden. Das Stipendium richtet sich an freie Nachwuchsjournalisten. Eingereicht werden müssen ein Expose sowie maximal zwei Text- bzw. 20 Fotoarbeitsproben. Bewerbungsfrist: 30. April.
Kontakt: VDZ, Dirk Platte,
Fon: 030/726 29 81 30,
E-Mail: d.platte@vdz.de, Internet: www.vdz.de, www.bdzv.de/bdzv_intern+M5934ef9d0b2.html.

Fond für investigativen Journalismus.

ZELLIG (Belgien). Der Europäische Fonds für Investigativen Journalismus ist vor kurzem „ans Netz“ gegangen. Sein Ziel ist es, Qualitätsjournalismus und investigativen Journalismus auf internationaler Ebene zu fördern. Dafür stehen in einer ersten Runde 20.000 € für Recher-

chestipendien zum Abruf bereit.
Informationen zum Prozedere der Stipendienvergabe, zum organisatorischen Aufbau des Fonds sowie zu den erforderlichen Kontaktdaten:
Lutz Mücke, Board of the European Fund for Investigative Journalism,
Fon: 0032 (2) 705 59 19, E-Mail: info@journalismfund.eu, Internet: www.journalismfund.eu, www.efij.eu.

Varia

Lehrgang Medienproduktion digital
MÜNCHEN. Der sechsmonatige Vollzeitlehrgang zum „Digital Media Producer Audio/Video“ vermittelt Kompetenzen im Bereich der digitalen Filmgestaltung durch professionelle Bearbeitung von Bild- und Tondaten. Gelehrt werden etwa Grundlagen der Video- und Ton-technik, der Filmgestaltung und -dramaturgie, Postproduktion, Special Effects und DVD-Erstellung. Der Lehrgang kann von der Arbeitsagentur gefördert werden, dju-Mitglieder erhalten 50% Rabatt. Er startete offiziell am 9. März, ein nachträglicher Einstieg ist u. U. möglich.
Kontakt: Journalistenakademie
Dr. Hooffacker, Fon: 089/167 51 06,

E-Mail: info@journalistenakademie.de,
Internet: www.journalistenakademie.de.

Grenzgänger-Recherchen in Mittel- und Osteuropa

BERLIN. Die Robert Bosch Stiftung und das Literarische Colloquium Berlin unterstützen Autoren bei den Recherchen für Veröffentlichungen, die Mittel- und Osteuropa als Thema grenzüberschreitend und für ein breites Publikum aufbereiten. Willkommen sind literarische und essayistische Prosa, Fototextbände, aber auch andere Formen wie Drehbücher für Dokumentarfilme und Hörfunkbeiträge. Dotierung: 4.000 bis 10.000 € je nach Rechercheaufwand. Bewerbungsfrist: 30. April.
Kontakt: Literarisches Colloquium Berlin e.V., Aylin Rieger, Fon: 030/81 69 96 64, E-Mail: rieger@lcb.de,
Internet: www.bosch-stiftung.de.

Europa-Seminare

BRÜSSEL/MAASTRICHT. Bis November 2009 können 120 Europäische Journalisten über das „European Journalism Centre“ verschiedene, jeweils 5-tägige Inforeisen in Nachbarländer der EU unternehmen. Sie besuchen vor Ort Seminare, in denen sie sich mit Fragen der „European Neighbourhood Policy“ (ENP) befassen. Themen sind etwa die regionale Sicherheit, die europäische Integration, der Nahost-Konflikt, die europäische Migrations- und Energiepolitik sowie ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit. Kontakt und Informationen: Kerstin Eigert, Project Manager European Journalism Centre, Residence Palace (IPC), Rue de la Loi 155, Block C Bureau 2/223, B-1040 Brussels, Fon: 0032 (2) 235 23 47, E-Mail: eigert@ejc.nl, Internet: www.ejc.net, www.ejcseminars.eu, www.eufeds.eu.

Journalistenbüros

Für die Teilnahme an einer wissenschaftlichen Abschlussarbeit an der Universität Leipzig wird der Kontakt zu Journalistenbüros jeder Art und Größe in ganz Deutschland gesucht. Mit Hilfe einer Online-Befragung soll die Vielfalt von Journalistenbüros in den Bereichen Organisationsstruktur, Ökonomie und Mehrmedialität erfasst werden. Die gesammelten Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt. Es besteht die Möglichkeit, die Ergebnisse der Arbeit einzusehen. Die Erhebungsphase beginnt voraussichtlich Ende April/Anfang Mai 2009. Bitte melden sich für genauere Informationen bei: Maxie Thielemann,
E-Mail: maxie.thielemann@gmx.de,
0151-53023837

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030/69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030/69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner: Michael Blum (Leiter)
Tel: 030/255 94 – 150
Fax: 030/255 94 – 190
E-Mail: blum@nwmd.de

Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 14 gültig ab 1.1.2009

M im Internet
<http://mmm.verdi.de>

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030/322 18 57

Titelbild: Hermann J. Haubrich,
Berlin, Tel. 0171/343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,- € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711/700 15 30. Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur“
verantwortlich: Burkhard Baltzer
„Druck + Papier“ verantwortlich:
Henrik Müller 030/69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:
M 03.2009: 1.3.2009
M 04.2009: 1.4.2009
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

leute

Markus Bernard, zuvor beim Wissensradio Wilantis (Stuttgart) und Radio Königswusterhausen (bei Berlin) tätig, wurde Redaktionsleiter von Radio Ton Neckar Alb (Reutlingen).

Markus Berger-de León, Vorstandsvorsitzender der Abacho AG und bisher auch der My-Hammer AG, wurde Chef der ebenfalls zur Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck gehörenden Internet-Plattform studiVZ.

Axel Beyer verlässt nach Ablauf seines Vertrags als Unterhaltungschef zum 1. April den WDR. Kommissarischer Nachfolger wird **Siegfried Grewenig**, Leiter des Bereichs Kinder und Familie. Beyer wirkt als Professor an der Kölner Hochschule Fresenius und wird für den WDR in freier Mitarbeit tätig sein.

Leni Breymaier, stellv. Vorsitzende des DGB-Bezirks Baden-Württemberg, löste als Mitglied des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) **Sybille Stamm** ab, die 13 Jahre lang das DGB-Mandat in dem Gremium inne hatte.

Deutscher Presseclub: Vorsitzender bleibt **Gerd Depenbrock**, Leiter des WDR-Hörfunkstudios in Berlin. Stellvertreter sind **Dieter Keller** (Südwest Presse) und **Birgit Wentzien-Ziegler** (SWR). Weitere Mitglieder des Vorstands: **Kristina Dunz** (dpa), **Philipp Kirschner** (Frankfurter Neue Presse), **Wolfgang Koch** (Stuttgarter Zeitung) und **Holger Schmale** (Berliner Zeitung).

Heike Dising, Verwaltungsangestellte im ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg wechselt zur IG Metall in Esslingen. Heike Dising war im Medienbereich verantwortlich für Presseausweise, Journalisten-Tage, Freien-Betreuung, Journalisten-Streiks, nicht zuletzt stellte sie die Online-Publikationen des Fachbereichs ins Internet. **Dafür Danke!** Nachfolgerin wird **Renate Wirsching** aus dem ver.di-Bezirk Fils-Neckar-Alb. Sie ist schon seit vielen Jahren im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie tätig.

Reinhold Elschot, derzeit Geschäftsführer der Produktionsfirma Network Movie, einer Tochter der ZDF Enterprises GmbH, folgt zum 1. August 2009 als Leiter der Hauptredaktion Fernsehspiel und stellv. Programmredirektor des ZDF auf **Hans Janke**, der in den Ruhestand

Wie erscheint man / frau in der Rubrik leute / preise?

Durch unsere Auswertung von Pressediensten, Zeitungen, Informationen der Institutionen, Redaktionen, Verbände ... oder besser durch eigene kurze Mitteilung an die „Redaktion M“: Fax (030) 69 56 36 76 oder per E-Mail: karin.wenk@verdi.de

geht. In den 90er Jahren war Elschot bereits beim ZDF-Fernsehspiel tätig.

Amelie Fried, Autorin und TV-Moderatorin („3 nach 9“, RB), und **Ijoma Mangold**, derzeit Literaturredakteur der SZ, ab April 2009 Redakteur im Feuilleton der Zeit, werden ab Frühjahr 2009 eine neue Literatursendung im ZDF moderieren, die an die Stelle des eingestellten Formats „Lesen!“ mit **Elke Heidenreich** treten soll.

Ernst Fuchs, bislang stellv. Chefredakteur der Passauer Neuen Presse (PNP), folgte als Chefredakteur auf **Hans Schregelmann**, der das Unternehmen verließ. Der frühere PNP-Redakteur **Werner Windpassinger**, unterdessen Leiter des Bistumsblatts, wurde neuer stellv. Chefredakteur. **Helmut Rücker**, im November 2008 als Lokalchef des Blatts entlassen, wurde jetzt auch von seinem Amt als Geschäftsführer des „Instituts für Journalistenausbildung an der Universität Passau e.V.“ abberufen.

Isabell Funk, derzeit Chefredakteurin der Ludwigsburger Kreiszeitung, löst zum 1. Oktober 2009 als Chefredakteurin der Zeitung Trierischer Volksfreund **Walter Wolfgang Weber** ab. Beide Blätter gehören zur Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck.

Anne Hoffmann, bisher schon beim Gong Verlag (München) tätig, löst als Chefredakteurin der Zeitschrift die aktuelle **Tonio Montel** ab, der aus Altersgründen auch die Chefredaktion der Zeitschrift die 2 abgeben wird.

Thomas Jung, bislang Programm-Manager und stellv. Programmchef der Welle SWR3, löste als Programmchef für zwei Jahre **Gerold Hug** ab, der für diese Frist zum Leiter der strategischen Unternehmensentwicklung beim SWR berufen wurde. Jungs Position bei SWR3 übernahm **Edgar Heinz**, bisher Leiter von SWR3-Aktuell.

Sprecherin der „Initiative Qualität im Journalismus“ (IQ) ist jetzt **Ulrike Kaiser**, stellvertretende DJV-Bundesvorsit-

zende. Sie tritt damit an die Stelle von **Volker Hummel**, der bei IQ weiter mitarbeiten wird. In der Initiative treffen sich Medienverbände und -gewerkschaften – darunter die dju in ver.di, Einrichtungen der Medien(selbst)kontrolle sowie Bildungseinrichtungen.

Steffen Klusmann, Chefredakteur der Financial Times Deutschland, übernahm zusätzlich interimistisch die Chefredaktion des Wirtschaftsmagazins Capital von **Klaus Schweinsberg**. Er ist nach Umstrukturierungen im Segment Wirtschaftsmedien bei Gruner + Jahr (FTD, Capital, Börse Online, Impulse) auch Leiter der Zentralredaktion mit Chefredakteurskollegium der G+J Wirtschaftsmedien. Stellv. Chefredakteur von Capital bleibt **Paul Prandl**, der ebenfalls dem Leitungsgremium angehört.

Burkhard von Pappenheim, bisher bei der FR Leiter des Gesamtressorts Politik und Nachrichten, folgte zum 1. März 2009 als stellv. Chefredakteur der Mitteldeutschen Zeitung (ebenfalls Verlagshaus M. DuMont Schauberg) auf **Torsten Kleditzsch**, der Chefredakteur der Tageszeitung Freie Presse (Chemnitz) wird.

Jobst Plog, Ex-Intendant des NDR, löst im November 2009 als Leiter des europäischen Film- und Fernsehfonds Eurimages, der zum Europarat gehört, **Jacques Toubon** ab.

Hans Helmut Prinzler, Leiter der Abteilung Film- und Medienkunst in der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg, die ihn auch in den RBB-Rundfunkrat entsendet, folgte als Vorsitzender des Gremiums auf Dr. **Ulrike Liedtke**. Ihr Mandat als Vertreterin der Landesmusikräte Brandenburg und Berlin sowie des Filmverbands Brandenburg und des Berliner Film- und Fernsehverbands wird nun von Dr. **Jutta Brückner** vom Film- und Fernsehverband Berlin wahrgenommen. Stellv. Rundfunkratsvorsitzender, entsandt von der Ausländerbeauftragten von Berlin und Brandenburg, ist **Suat Bakir**, Leiter der Oyak Anker Bank in Berlin.

Holger Schellkopf, Chef vom Dienst bei der Mittelbayerischen Zeitung, wird überdies stellv. Chefredakteur. **Christian Kuczniarz** folgt als Leiter des Ressorts Politik / Nachrichten auf **Ulrike Strauß**, die zur Sprecherin des Bayerischen Umwelt- und Gesundheitsministeriums berufen wurde.

Inez Sharp, bisher schon im Spotlight Verlag (Verlagsgruppe Handelsblatt) tätig, rückte zur Chefredakteurin der Zeitschrift Spotlight auf; ihre Stellvertreterin wurde **Claudine Weber-Hof**.

Dr. **Willi Steul**, bisher Landessenderdirektor Baden-Württemberg des SWR, löst zum 1. April 2009 als Intendant des Deutschlandradios (Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur) Prof. **Ernst Eitz** ab, der in den Ruhestand tritt. Nachfolgerin Steuls als Landessenderdirektorin und stellv. Intendantin des SWR wird **Ingrid Felgenträger**, bisher Leiterin der Hauptabteilung für Programmkoordination und Service.

Frank Syré, bisher Chefredakteur des Nachrichtenportals zoomer.de (Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck), wurde stellv. Chefredakteur von bild.de. Die Position wurde neu geschaffen.

Der Rundfunkjournalist **Pascal Thibaut** (Radio France Internationale) wurde zum neuen Vorsitzenden des Vereins der Ausländischen Presse in Deutschland (VAP) gewählt.

Birgit Wahrenburg-Jähne, zuletzt kommissarische Redaktionsleiterin der dpa-infografik GmbH, wurde Chefredakteurin des dpa-Tochterunternehmens.

Heide-Ulrike Wendt, Autorin und Journalistin (zuletzt freischaffend u.a. für Die Zeit, Brigitte), folgte als Chefredakteurin des Medienmagazins Berliner Journalisten auf **Sabine Pamperrien**.

preise

Der Autor und Regisseur **Itamar Alkaly** und die Drehbuchautorin **Suha Arraf** (beide Israel) wurden für das Artist-in-Residence-Programm „Berlin – 3 Months 24/7“ ausgewählt, das vom Medienboard und der FFA gemeinsam mit dem Israel Film Fund und Jerusalem Film Festival getragen wird.

Basel_Karlsruhe Forum on educational and societal TV and Media – City of

Basel Prize (7.000 sfr): „Abi“ (KRO Youth and IJswater Films, Niederlande); SRG SSR idée suisse Prize (5.000 sfr): der Dokumentarfilm „Hochburg der Sünden“ (Koproduktion SWR) von **Thomas Lauterbach**; City of Karlsruhe Multimedia Prize (5.000 €): „Draw Me a Story“ (Televisió de Catalunya); Youth Jury Prize (3.000 sfr): „On the Run“ (Koproduktion Danish Television); International BaKaForum Proposal Prize (10.000 sfr): „Lost Faces“, Autoren: **Sofia Tzavella** und **Jordan Todorov** (Bulgarien).

B.Z.- Kulturpreise 2009 – zu den Preisträgern gehören der Regisseur **Christoph Schlingensiefel**, die Schauspielerinnen **Dagmar Manzel** und **Karoline Herfurth** sowie der Komödiant **Dieter Hallervorden**.

Deutscher Hörbuchpreis 2009 – Fiktion: das Hörstück „Herr Lehmann“ von **Sven Stricker** nach **Sven Regeners** gleichnamigem Roman mit den Sprechern **Florian von Manteuffel** und **Florian Lukas** (der Hörverlag); Information: **Maximilian Schönherr** für „Die Stammheim-Bänder“ (Produktion WDR; Der Audio Verlag); Interpretin: **Irm Hermann** für ihre Rolle in dem Hörstück „Enigma Emmy Göring“ von **Werner Fritsch** (Produktion SWR; der Hörverlag); Interpret: **Manfred Zapatka** für Homers „Ilias“ (Koproduktion HR/DLF; der Hörverlag); Kinderhörbuch: „Der Krieg der Knöpfe“ (Regie: **Judith Lorentz**; Komposition: **Henrik Albrecht**) nach dem französischen Kinderbuch von **Louis Pergaud** (Koproduktion SWR/DLR Kultur/HR/MDR/NDR/WDR; Headroom); Das besondere Hörbuch: „Reise ans Ende der Nacht“ von **Louis-Ferdinand Céline** (Ton und Technik: **Hans Scheck** und **Angelika Haller**, BR; der Hörverlag); Beste verlegerische Leistung: **Till Tolkemitt** (Verlag Zweitausendeins), **Robert Galitz** und **Kurt Kreiler** (mOcean O-TonVerlag) für das Programmsegment „Zweitausendeins Dokumente“. Die Preisgelder betragen insgesamt 23.331 €.

Gregor Dotzauer, Literaturredakteur des Tagesspiegels (Berlin), wurde der mit 5.000 € dotierte Alfred-Kerr-Preis für Literaturkritik 2009 des Börsenblatts – Wochenmagazin für den Deutschen Buchhandel zuerkannt.

30. Filmfestival Max Ophüls Preis in Saarbrücken – Max Ophüls Preis: „Universalove“ von **Thomas Woschitz** (Österreich); Filmpreis des saarländischen Ministerpräsidenten: „Ein Augen-

Anzeige



Die Fachzeitschrift «M» hat eine Auflage von 57.000 Exemplaren und ist exklusiv, denn: «M» gibt es nicht am Kiosk! Das Jahresabonnement kostet 36,- Euro, ermäßigt 18,- Euro.

Probeheft und Abonnement: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann, Tel. 0711 / 700 15 30 oder per Formular bei: <http://mmm.verdi.de>

blick Freiheit“ von **Arash T. Riahi** (Österreich / Frankreich); Darstellerpreis: **Sergej Moya**; Darstellerinnenpreis: **Irina Potapenko**; Kurzfilmpreis: „Schautag“ von **Marvin Kren** (Deutschland); Preis für den mittellangen Film: „Torpedo“ von **Helene Hegemann** (Deutschland); Dokumentarfilmpreis: „Alias“ von **Jens Junker** (Deutschland); Interfilmpreis: „Ein Augenblick Freiheit“; Preis der Schülerjury: „Kleiner Sonntag“ von **Philip Ramspeck** (Schweiz); Publikumspreis: „Ganz nah bei dir“ von **Almut Getto** (Deutschland); Filmmusikpreis: „So glücklich war ich noch nie“ (Musik: **Dieter Schleip**, Regie: **Alexander Adolph**, Deutschland); Förderpreis der DEFA-Stiftung: „Ein Teil von mir“ von **Christoph Röhl** (Deutschland); SR/ZDF-Drehbuchpreis: „Der Architekt“ von **Ina Weisse** und **Daphne Charzani** (Deutschland).

Jochen Alexander Freydanck gewann mit „Spielzeugland“ den Oscar in der Kategorie Kurzfilm.

44. Goldene Kamera von Hörzu – eine Auswahl der Preisträger. Deutscher Fernsehfilm: „Mogadischu“ (ARD) von **Roland Suso Richter** (Drehbuch: **Maurice Philip Remy**); Schauspielerin: **Anja Kling** („Wir sind das Volk“); Schauspieler: **Christian Berkel** („Mogadischu“); Unterhaltung: **Olli Dittrich**; Information: „Maybrit Illner“ (ZDF); Lilli Palmer & Curd Jürgens-Gedächtniskamera (20.000 €): Nachwuchsschauspielerin **Paula Kalenberg**.

Der Regisseur **Oliver Hirschbiegel** gewann beim Sundance Filmfestival in Utah/USA mit dem Spielfilm „Five Minutes of Heaven“ den Regiepreis; er war für Großbritannien angetreten.

59. Internationale Filmfestspiele Berlin – eine Auswahl der Preisträger. Preise

der Internationalen Jury / Goldener Bär: „La teta asustada“ von **Claudia Llosa** (Peru / Spanien). Silberne Bären / Großer Preis der Jury: „Alle Anderen“ von **Maren Ade** (Deutschland) und „Gigante“ von **Adrián Biniez** (Uruguay / Deutschland / Argentinien / Niederlande); Regie: **Asghar Farhadi** für „Alles über Elly“ (Iran); Darstellerin: **Birgit Minichmayr** („Alle Anderen“); Darsteller: **Sotigui Kouyate** („London River“ von Rachid Bouchareb, Algerien / Frankreich / Großbritannien); Drehbuch: **Oren Moverman** und **Alessandro Camon** für „The Messenger“ von Oren Moverman (USA). Alfred-Bauer-Preis: „Gigante“ sowie „Der Kalmus“ von **Andrzej Wajda** (Polen). Preis für den besten Erstlingsfilm: „Gigante“. Preise der Internationalen Kurzfilmjury / Goldener Bär: „Please Say Something“ von **David O'Reilly** (Irland); Silberner Bär: „Jade“ von **Daniel Elliott** (Großbritannien); DAAD Kurzfilmpreis: „Die Illusion“ von **Susana Barriga**. Preise der Jurys Generation / Kinderjury Generation Kplus – Spielfilm: „Ich schwör's, ich war's nicht!“ von **Philippe Falardeau** (Kanada); Kurzfilm: „Buddhas Lächeln“ von **Bair Dyshenov**. Jugendjury Generation 14plus – Spielfilm: „My Suicide“ von **David Lee Miller** (USA); Kurzfilm: „Aphrodite's Farm“ von **Adam Strange** (Neuseeland). Preis des Deutschen Kinderhilfswerks: „Ich schwör's, ich war's nicht!“; Kurzfilm: „Oh, mein Gott“ von **Anne Sewitsky**. Preise der Ökumenischen Jury / Wettbewerb: „Kleiner Soldat“ von **Annette K. Olesen** (Dänemark); Panorama: „Welcome“ von **Philippe Lioret**; Forum: „Treeless Mountain“ von **So Yong Kim**. Preise der FIPRESCI Jurys / Wettbewerb: „La teta asustada“; Panorama: „North“ von **Rune Denstad Langlo**; Forum: „Love Exposure“ von **Sono Sion** (Japan). Preis der Gilde Deutscher Filmkünstlertheater: „Sturm“ von **Hans-Christian**

Schmid (Deutschland). Preise der C.I.C.A.E. / Panorama: „Ander“ von **Roberto Castón**; Forum: „The Happiest Girl in the World“ von **Radu Jude** (Rumänien). Teddy Awards / Spielfilm: „Raging Sun, Raging Sky“ von **Julián Hernández** (Mexiko); Essay Film: „Feigenbäume“ von **John Greyson**; Kurzfilm: „A Horse Is Not A Metaphor“ von **Barbara Hammer**. „Dialogue en perspective“: „Gitti“ von **Anna Deutsch**; Darsteller: **Franziska Petri** („Für Miriam“ von Lars-Gunnar Lotz) und **Jacob Matschenz** („Fly“ von Piotr J. Lewandowski). Caligari-Filmpreis: „Love Exposure“. Friedensfilmpreis: „The Messenger“. Amnesty International Filmpreis: „Sturm“. Femina-Filmpreis: **Silke Fischer** für das Szenenbild in „Alle Anderen“. Preis des Berlinale Talent Campus / Volkswagen Score Competition: **Atanas Valkov** (Polen); Berlin Today Award: **Supriyo Sen** (Indien) für „Wagah“. Goldener Ehrenbär: der Filmkomponist **Maurice Jarre**. Berlinale Kamera: **Claude Chabrol**, **Manoel de Oliveira** und **Günter Rohrbach**.

Ruth Jakoby, Mitarbeiterin bei der SWR2-Landeskulturredaktion im SWR-Studio Tübingen, erhielt für das Hörfunkfeature „Goodbye Humboldt? Baden-Württembergs Universitäten im Umbruch“ den mit 5.000 € dotierten Goethe-Preis für wissenschafts- und hochschulpolitischen Journalismus, der von der Goethe-Universität Frankfurt und der Fazit-Stiftung zum ersten Mal vergeben wurde.

Journalistenpreis Informatik des saarländischen Wirtschaftsministeriums und der Universität Saarbrücken – Print: **Helmut Martin-Jung** (SZ); Hörfunk: **Wolfgang Schiller** (BR); Fernsehen: **Valentina Hirsch** (3sat); Sonderpreis (500 €): **Anne Klesse** (Berliner Morgenpost). Die Hauptpreise sind mit je 5.000 € dotiert.

Bas Kast, Wissenschaftsjournalist und Autor, erhielt für seinen Artikel „Amoklauf der Abwehrkräfte“ (Die Zeit) den mit 3.000 € dotierten Medienpreis Sepsis 2008 der Deutschen Sepsis-Gesellschaft e.V.

Oliver Kienle (Filmakademie Baden-Württemberg) erhielt für sein Drehbuch zu „Bis auf's Blut“ (Koproduktion Filmakademie / CP Medien / SWR 2009) den mit 25.000 € dotierten Thomas Strittmatter Drehbuchpreis 2009, der von der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg vergeben wird.

Dirk Kurbjuweit und **Christoph Schwennicke** vom Spiegel wurde für ihren Beitrag „Gefährliche Trägheit“ der mit 5.000 € dotierte Medienpreis Politik des Deutschen Bundestags verliehen.

Kurzfilmwettbewerb

„Talentprobe@DaskleineFernsehspiel“ des ZDF – 1. Preis: „Kopfgeburtenkontrolle“ von **Jan Riesenbeck** (Kassel); 2. Preis: „Regenbogenengel“ von **Anna Kasten** (Hannover) und „Security“ von **Lars Henning** (Köln); Publikumspreis: „Gabra2“ von **Jan Karpiński** (Hamburg).

Die Drehbuchautorin **Beate Langmaack** (u.a. „Polizeiruf 110“, „Bella Block“) erhielt den „Polizeistern“, den die Hamburger Polizei jährlich vergibt.

Ludwig-Bölkow-Journalistenpreis 2008 der EADS – Print: **Ulli Kulke** für sein Feature „Showdown beim Rennen zum Mond“ (Welt am Sonntag); Radio: **Dirk Lorenzen** für den Beitrag „Weltraumlabor Columbus: Happy End nach zwei Jahrzehnten“ (Deutschlandradio Kultur); Fernsehen: **Petra Reinfelder** und **Benedikt Burkard** für ihre Dokumentation „Robert Lusser und die ‚V1‘ – Hitlers Ingenieur für die ‚Wunderwaffe‘“ (SWR). Die Preise sind mit jeweils 5.000 € dotiert.

Medienpreise für Meteorologie 2009 – Moderation: **Gunther Tiersch**, Leiter der Wetterredaktion beim ZDF; Wetterpräsentation Fernsehen: die Sendung „SF Meteo“ (Schweizer Fernsehen); Wetterpräsentation Hörfunk: Radio Hitwelle für die Wetterschaltungen im Rahmen der Sendung „Hitwelle am Nachmittag“ (Moderatoren: **Mark Schepp** und **Christian König**); Print-Reportage: **Maik Michalski** für den Beitrag „Klimawandel und Wetter – Auswirkungen auch für Wilhelmshaven“ (Wilhelmshavener Zeitung); Webanwendung: **wetter3.de**, entwickelt von **Rainer Behrendt** und **Holger Mahlke**.

Medienpreis Schleswig-Holstein – Kategorie „Dr. Hans Hoch-Preis für Medienkunst“ (Multimedia-Kurzbeiträge von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 30 Jahre): 1. Preis (2.000 €): **Dörte Lange** für den Film „Stadt der Narren“; 2. Preis (1.000 €): **Julian van Dieken** und **Colin Wernicke**, Studenten des Fachbereichs Medien der Fachhochschule Kiel, für „Student Hunter“; 3. Preis (je 500 €): **Andi Kern**, **Martin Golombek** und **Michael Schmidt-Voigt** für die Internetseite „listed design conferences“ sowie **Marcel Kolbe**, **Jan**

Niebuhr und **Andreas Taske** für das PC-Spiel „Bum Bum Boodoo“. Kategorie Online-Förderpreis der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (Arbeiten von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden bis 23 Jahre): 1. Preis (600 €): Mitglieder der Video AG der Meldorfer Gelehrtenschule; 2. Preis (200 €): **Lasse Bruhn** und **Marc Schulz**; 3. Preis (100 €): Schüler der Klasse 5a der Käthe-Kollwitz-Schule in Kiel.

ModeMedienpreis 2009 des German-Fashion Modeverbands – Kategorie Wirtschaft und Gesellschaft: Vanity Fair für die Produktion „Fortschritt halten“ (Fotos: **Julia Freitag**; Text: **Silke Wichert**); Kategorie Damenmode: Elle für die Bildstrecke „Made in Germany“; Herrenmode: Playboy für die Bildstrecke „Naturgestalt“.

New York Festivals 2009: Die ZDF-Fernsehfilme „Das Wunder von Berlin“ (Regie: **Roland Suso Richter**; Buch: **Thomas Kirchner**) und „An die Grenze“ (Regie: **Urs Egger**; Buch: **Stefan Kolditz**) gewannen je eine Gold World Medal.

Yasmin Osman erhielt für ihre Beiträge „Feind im eigenen Bett“ und „Nützliche Heintzmannchen“ (Financial Times Deutschland) den mit 15.000 € dotierten Medienpreis der Initiative Finanzstandort Deutschland.

Der undotierte Preis des Verbandes der deutschen Filmkritik für die besten Filme des vergangenen Jahres – Film: „Jerichow“ von **Christian Petzold**; Darstellerin: **Karoline Herfurth** („Im Winter ein Jahr“ von Caroline Link); Darsteller: **Elmar Wepper** („Kirschblüten – Hanami“ von Doris Dörrie); Drehbuch: **Philipp Stölzl**, **Christoph Silber**, **Rupert Henning** und **Johannes Naber** für „Nordwand“ (Regie: Philipp Stölzl); Kamera: **Kolja Brandt** („Nordwand“); Schnitt: **Andreas Wodraschke** („Dr. Alemán“ von Tom Schreiber); Musik: **Niki Reiser** („Im Winter ein Jahr“); Dokumentarfilm: „Holunderblüte“ von **Volker Koepf**; Experimentalfilm: „Falsche Freunde“ von **Sylvia Schedelbauer**; Spielfilmdebüt: „Nacht vor Augen“ von **Brigitte Maria Bertele**; Spezialpreis: Filmpromotor **Klaas Akkermann**.

Der puk-Journalistenpreis wird von politik und kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, verliehen. Die Preisträger für das Jahr 2008: **Eckard Fuhr** (Die Welt), **Stefan Koldehoff** (Deutschlandfunk) und die Redaktion des Hörfunk-Jugendmagazins „Zündfunk“ (BR).

Jule Reiner erhält für ihren Beitrag „Insel der Robbenmenschen – Kalymnos: Begegnungen aus der Tiefe“ („Sonntagsspaziergang“, Deutschlandfunk) den Columbus-Radiopreis der Vereinigung deutscher Reisejournalisten in der Kategorie Langbeiträge.

Der internationalen Journalistenvereinigung Reporter ohne Grenzen (ROG) wurde die „Médaille Charlemagne pour les Médias Européens“ 2009 zuerkannt, die im Vorfeld der Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen von dem gleichnamigen Verein für Verdienste „um den Prozess der europäischen Einigung und um die Herausbildung einer europäischen Identität“ vergeben wird.

Frank Schirrmacher, Journalist, Autor und Mitherausgeber der FAZ, wurde der mit 20.000 € dotierte Ludwig-Börne-Preis zugesprochen, und zwar von der türkischstämmigen Autorin und Sozialwissenschaftlerin **Necla Kelek**, die im Auftrag der Börne-Stiftung dieses Jahr über die Vergabe des Preises entschied.

Der Sven-Simon-Preis für Fotografie wird von der Welt am Sonntag für „das beste Sportfoto des Jahres“ vergeben. Die Preisträger – 1. Preis: **Enno Friedrich**; 2. Preis: **Maurizio Gambarini** (dpa); 3. Preis: **Valeria Witters**. Der Preis ist mit 10.000 € dotiert.

Dem Kameramann **Wolfgang Thaler** (Österreich) wurde im Rahmen der 11. Marburger Kameragespräche der mit 5.000 € dotierte Marburger Kamerapreis 2009 „für herausragende Bildgestaltung im Film“ verliehen, den Stadt und Universität Marburg ausloben.

Videojournalismus (VJ) – die Preisträger der 4th international VJ Awards. Kategorie German TV: **Philip Müller** und **Dara Hassanzadeh** für „Moderne

Diener“ (ZDF); Kategorie International Independent: **Frank Helbert** für „Matanza-Requiem“ (TV Pronto); Kategorie International TV: **Hansjürg Zumstein** für „Thief or Whistleblower“ (Schweizer Fernsehen); Kategorie Reportage: **Ina Reuter** für „Trocken oder Tod“ (WDR); Kategorie Newcomer: **Michael Wigge** für die Serie „Die Wahrheit über Deutschland“ (DW-TV); Kategorie Online: **Benjamin Jung** und **Melanie Höld** für „The last descent“ (Kajak-Magazin); Spezialpreis der Jury: **Nicole Rautenberger** und **Christian Wüstenberg** für „Mit eisernem Willen zum Ironman“ (HR). Die VJ Awards werden kuratiert von der VJ-Trainerin **Sabine Streich** (S. 6 in dieser Ausgabe) und unterstützt von der Multimediainitiative Rheinland-Pfalz (rlp-inform).

Peter Weibel, Leiter des Zentrums für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe, wurde der mit 10.000 € dotierte Ferdinand-Runge-Preis der Stiftung Preußische Seehandlung (Berlin) zugesprochen.

Michael Wiedemann, Redakteur beim ZDF, erhält für die Reihe „Kochen für Kids“, die er gemeinsam mit dem Koch **Christian Kolb** für das ZDF-Magazin „Umwelt“ realisiert, den Journalistenpreis Bio, den das Presse-Forum Biobranche vergibt.

Wilhelm und Ingeborg Roloff-Preis / Medienpreis der Deutschen Lungenstiftung – 1. Preis (2.500 €): **Volkart Wildermuth** für die Radiosendung „Arme sterben früher – die Tuberkulose“ (Deutschlandfunk); 2. Preise (je 1.500 €): **Katharina Haagen** und **Steffen Schrottko** für den TV-Beitrag „Im Kopf des Rauchers“ („Welt der Wunder“, RTL II) sowie **Georg Rüschemeyer** für das Feature „Eine Geißel kehrt zurück“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung).